

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleines Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Korrespondenz: Brief 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 15. September 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Nach dem Justizmord.

Paris, 13. September.

Die ersten stürmischen Eindrücke, die Gehirn und Herz schier lähmten und für welche die Menschensprache keine adäquaten Worte finden konnte, sind nun einem ruhigeren Gemütszustand gewichen. Die Bedeutung einer moralischen Generalschlacht, wie der Dreyfus-Prozess, kann am wenigsten von den kämpfenden selbst unmittelbar nach der Entscheidung mit sicherem Urteil abgemessen werden. Und doch hängt diese Bedeutung zum großen Teil von dem Bewußtsein der kämpfenden ab, von der Tragweite, die sie selber ihrem Sieg oder ihrer Niederlage beimessen.

Wie steht es nun mit dem relativ ruhigeren und daher sichereren Urteil der Kämpfenden von Hüten und Brüden?

Im Lager der Generalschüler, der Chauvinisten, Antisemiten und der nicht verkappten Klerikal-Monarchisten klingt der Siegesjubel in recht bescheidenen Schlußsätzen aus. Da die Freiheit dieser Parteien niemals eine Spur von Ermüdung zeigte, da die unermüdbare Freiheit ihr wirksamstes Kampfmittel ist, so muß ihre Bescheidenheit nach einem so eklatanten „National-sieg“, nach einem so herrlichen „französischen Siege“ — wie die Generalschüler den schmachvollen Justizmord benannt haben — in anderen Verhältnissen wurzeln. Und noch weniger sind es verspätete Gewissensbisse nach dem vollendeten Verbrechen, die den Jubel gedämpft haben. Im Kampfe gegen Dreyfus haben sie jedes, aber auch jedes Gefühl, das den Kulturmenschen von dem Wilden unterscheidet, gänzlich verlernt. Den Kranz um den Hals (Schädelhaut) des erlegten Feindes sehen sie vielmehr mit wilder Grausamkeit fort. So spie Rochefort noch gestern die Worte aus, Dreyfus würde sich mit Vergnügen einer nochmaligen Degradation unterziehen, wenn man ihm dafür zum Diner eine saftige Schaafskote, garniert mit bretonischen Bohnen, verspräche.

Die Bescheidenheit der Frechen erklärt sich aus dem schmerzenden Bewußtsein, daß der Justizmord zumindest ein nutzloses Verbrechen ist. Sie hatten auf eine einstimmige Verurteilung gehofft, auf die einfache Wiederholung des Justizmordes von 1894. Das hätte die übergroße Volksmasse im Glauben an die Schuld des „Verärrers“, die Unfehlbarkeit der Militärjustiz und die engelhafte Reinheit der Götter und der Weineidigen endgültig bestärkt. Damit hätten die Reaktionsparteien, die ihr Glück auf den Justizmord von 1894 gesetzt, einen entscheidenden Sieg von großer politischer Tragweite errungen. Anstatt dessen haben zwei Militärrichter, zwei leibhaftige Offiziere, die selbst von Rochefort und Drumont nicht als bestochene Agenten des „Verärrers“ verurteilt werden können, Dreyfus freigesprochen und die Mehrheit des Militärgerichts hat ihm sogar „mildernde Umstände“ zugestimmt und das Strafmaß auf die Hälfte des zulässigen Maximums der betreffenden Strafart herabgesetzt! Es giebt nun gewiß unheilbar verblödete Elemente, — insbesondere unter den Pariser Kleinbürgern — die trotz alledem in ihrem Glauben an Rochefort und Drumont nicht wankend gemacht werden. So zahlreich aber diese Elemente sein mögen, sie können höchstens nur den Einzelverlauf der Generalschüler-Zeitungen auf der früheren Höhe erhalten helfen; zu einer offensiven politischen Aktion auf Grund des Justizmordes von Rennes, einer Aktion, von der die Reaktionsparteien so sehnsüchtig geschwärmelt hatten, reichen sie nicht aus, weder quantitativ noch qualitativ.

Die Justizmord-Politiker beschränken sich nun in grümmiger Bescheidenheit darauf, aus ihrem „National-sieg“ einige defensive Vorteile ziehen zu wollen. Sie möchten dem Justizmord zu Ehren die Verfolgung der Staatsverbrecher vor dem Staatsgerichtshof eingestellt sehen. Und sie sind sogar bereit, die vollständige Begnadigung von Dreyfus mit in den Kauf zu nehmen, wenn zugleich Déroulède und Konforten der verdienten Strafe entzogen werden.

Die dicke und indirekte Zustimmung mehrerer „angesehener“ — man vergleiche das Wort — Generalschülerorgane zur Begnadigung von Dreyfus durch den Präsidenten der Republik ist der denklichste Beweis für den politischen Kagenjammer der „National-sieger“.

Dagegen verharret das revisionistische Lager in seiner offensiven Politik — aus denselben Gründen, welche die Generalschüler zur Bescheidenheit gezwungen haben. Ich spreche freilich nur von den Kerntruppen der Revisionisten, denn die sehr verspätet und sehr zaghaft in den Kampf eingegriffenen Hilfstruppen möchten bereits Frieden schließen. Sie sehnen sich nach „Beschwichtigung“ — natürlich im Namen der „höheren“ Interessen des Vaterlandes und der herannahenden Weltankündigung. Bezeichnend ist namentlich die Frontänderung des „Temps“, der sich drei Tage nach dem Justizmord zu einem allseitigen Beschwichtigungspostel umgehängt hat. Das Organ des linken Flügels der Bourgeoisie verschweigt aber einen der wesentlichsten Gründe seiner Kaufmännerei. Es ist ihm bange geworden nicht nur um den Erfolg der Weltankündigung, sondern auch ob der schlimmen Konsequenzen des feigen, sich selbst brandmarkenden Justizmordes für die Militärjustiz und den Militarismus im allgemeinen. Die liberale Bourgeoisie ist eben nur für einige kleinliche Forderungen zu haben, die am gemeinschaftlichen Wesen des Militarismus nichts ändern würden. Abgesehen vom Klasseninteresse der gesamten Bourgeoisie an der unveränderten Aufrechterhaltung ihres wichtigsten Herrschaftsmittels, fürchtet die gute liberale Bourgeoisie den etwaigen Widerstand der Pratorianer gegen gründliche antimilitaristische Reformen.

Doch keine Beschwichtigungs-Predigten können verhindern, daß sowohl die eigentliche Dreyfus-Affaire wie die Affaire des Militarismus und des mit ihm verbandenen Klerikalismus auf der Tagesordnung der französischen Politik nach wie vor, mehr denn je bleiben. Mehr denn je, weil

die persönliche Seite der Dreyfusfrage nunmehr als erledigt zu betrachten ist. Bisher spielten im Kampfe nebst allgemeinen auch individuelle Motive des Mitleids mit. Nach Rennes ist Dreyfus als Person moralisch endgültig rehabilitiert und physisch wird er unzweifelhaft jeder weiteren Pein durch die Begnadigung entzogen werden. Damit erhebt sich der Kampf zu einem reinen Allgemeininteresse, zu einer reinen Strafprobe zwischen Recht und prätorianischer Gewalt, zwischen Demokratie und Militarismus, zwischen Demokratie und Klerikalismus.

Die Aenderung der Situation in Bezug auf den eigentlichen Rechtskampf wird am zutreffendsten von einer revisionistischen Schriftstellerin in die Worte gekleidet: „Jetzt fordern wir die Gerechtigkeit nicht mehr für Dreyfus, sondern für uns... Es ist unsere eigene Schmach, die wir abzuwaschen haben werden. So lange nicht das infame Urteil in Fegen zerissen ist, an dessen Spitze man zu schreiben gewagt hat: „Im Namen des französischen Volkes“,... bleiben alle Franzosen persönlich entehrt vor der civilisierten Welt und vor der Geschichte.“

Auf dem Gebiet der allgemein politischen Konsequenzen des Justizmordes wird die erste Probe aufs Exempel in der nächsten Herbstsession des Parlaments stattfinden. Selbstverständlich gilt es zuerst der Militärjustiz. Während ein 1893 eingebrachter sozialistischer Antrag auf Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeiten sang- und klanglos begraben wurde, hat jetzt der gleiche, von mehreren Seiten eingebrachte Antrag in dieser oder jener Form große Ausfichten, angenommen zu werden. Am Abend des Justizmordes hat ein gut bürgerlicher Abgeordneter telegraphisch dem Kammerpräsidenten einen Antrag auf vollständige Abschaffung der Militärjustiz angelündigt. Und in der revisionistischen Presse agitieren vormalig militärfremde Journalisten für die gleiche Forderung.

Nach alledem ist es klar, daß die Stellung des Ministeriums durch den Justizmord mindestens nicht erschüttert, vielleicht sogar befestigt wurde. Das Geschrei der Generalschüler nach der sofortigen Einberufung des Parlaments ist von neuem wirkungslos verhallt. Der staatsmännische Anführer der Justizmord-Parteien, Meline, hat von neuem vorsichtig abgewartet. Er will bis Ende Oktober, d. h. bis zum gewöhnlichen Datum der Herbstsession, warten. Die Früchte sind dem Frucht zu sauer.

Desto dringender ist die Pflicht der Regierung, all' die in der Kompetenz der Exekutivgewalt stehenden Konsequenzen aus den Prozeßverhandlungen und dem Justizmord von Rennes zu ziehen. Es heißt, die Regierung müsse vorerst das Urteil des militärischen Appellgerichts abwarten, ehe sie einschreiten könne. Sonst aber soll über die Notwendigkeit des Einschreitens innerhalb des Ministeriums vollkommene Einstimmigkeit herrschen.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß die Macht der internationalen öffentlichen Meinung gewiß zur Lösung der Krise im Sinne des Rechts und der Civilisation beitragen kann. Aber unter der Bedingung, daß sie sich ebenfalls im Rahmen des Rechts und der Civilisation bewegt. Mit anderen Worten: die internationale Öffentlichkeit darf nicht gegen die französische Nation, sondern lediglich gegen die französische Reaktion auftreten. Actet sie in eine antifranzösische Bewegung aus, dann sinkt sie auf das gleiche Niveau mit den französischen Generalschülern.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. September.

#### Die Flucht nach China.

Ueber die Beweggründe der plötzlichen Reise des Führers des Centrums nach Kiantjhou bemerkt die „Post“:

„Warum geht er gerade jetzt? Sollte es mit der unerquicklichen Situation zusammenhängen, die das Centrum im Reichstage erwartet und ebenso im Landtage? Der Kampf um die Arbeiterrechtlage beginnt aufs neue, und das Centrum muß ernstlich Farbe bekennen; 7000 Mann, die im Vorjahre gestrichen wurden und auf die für diesmal Hoffnung gelassen war, möchte die Regierung bewilligt haben. Hier ist die Annahme für das Centrum ebenso richtig, wie die Ablehnung. Es hat in jedem Falle schwere Vorwürfe zu gewärtigen, entweder von der Regierung oder von den militärischen Herren auf der Linken, entweder muß seine nationale Gesinnung Abbruch leiden, oder es muß den Vornurs einstecken, seine vorjährige Streichung der 7000 Mann sei ein auf Täuschung berechnetes Scheinmanöver gewesen. Und nun die Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus und die noch unerledigte Gemeindegewaltreform! Da Dr. Lieber angesichts so vieler schwieriger Aufgaben reißt, so muß das mit Recht Anlaß zur Vermutung von „diplomatischen“ Beweggründen geben. Wenn Centrumsblätter die Hoffnung ausdrücken, er möge bis zu den Reichstags-Verhandlungen zurück sein, so ist das nichts als Höhn; denn der reisefähige Pilger wird dann noch kaum die Hinfahrt beendet haben.“

Die Ausführungen der „Post“ besagen mit anderen Worten: Herr Lieber nimmt als parlamentarischer Bankrottierer Reißaus. Er hat so viel versprochen, so viel „Vorbedingungen“ gefordert, daß er seine belastete Person rechtzeitig in Sicherheit bringt.

Der innere Zwiespalt im Centrum wird dadurch offenbar. Es ist über keine Frage einig. Wir wissen bereits, daß ein anderer Führer des Centrums für die Justizhausvorlage eintritt. Andererseits ist der Marinismus und Militarismus der Lieber-Demokraten den Anhängern der alten Tradition verhaft. Auch in der Kanalvorlage waren die Ruhhändler die arg Blamierten.

Es ist interessant, daß die Abstrichspitze, die das Centrum gelegentlich der letzten Militärvorlage in Scene setzte, um dem

angedrohten Konflikt auszuweichen, schon jetzt den Ausgang nimmt, den wir damals voraussetzten, als der Freisinn von einer Niederlage der Regierung fabelte, während in Wahrheit der Reichstag der Dupierte war. Schon in der nächsten Session sollen die 7000 Mann nachgefordert werden. Gerade in dieser Frage ist zwar Herr Lieber nicht gebunden, denn er hatte sich doppelzünftig in der zweiten Lesung bereit erklärt, „bei einem späteren Anlaß“ wieder über die 7000 M. zu verhandeln, obwohl der spätere Anlaß nicht gerade als nächste Session gemeint sein sollte. Indessen das zweideutige Spiel, das der Herr auch bei dieser Gelegenheit getrieben, würde in der That zu unangenehmen Auseinandersetzungen führen, wenn die Heeresverwaltung es wirklich wagen sollte, die 7000 Mann schon im Herbst einzufordern.

Der Weggang Liebers schafft für den Herbst bis zu einem gewissen Grade eine veränderte parlamentarische Situation. Wenn auch Lieber nicht persönlich, sondern im Namen seiner Partei sprach, als er sich gegen die Justizhausvorlage feierlich engagierte, indem er als Vorbedingung die vollständige Koalitionsfreiheit für alle deutschen Bürger mit Einschluß der Landarbeiter forderte, so ist es natürlich moralisch leichter für eine Partei umzusallen, als für den Wortführer, der sich derart gebunden hat. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Teil der Centrumpresse entschieden für die Justizhausvorlage agitiert. In jedem Falle ist die China-Reise sehr verdächtig.

Für das Centrum würde es sich — wenn Lieber mit dem Gepäc seiner Versprechungen flüchtet — dann um eine verhängnisvolle Wendung handeln, von der seine fernere Existenz abhängt. Es kann sich aus dem Ruhhändlerpomp, in den es als regierende Partei geraten ist, befreien, indem es wieder an die mehr demokratischen Ueberlieferungen anknüpft, oder es wird in ihm versinken, wenn es den feudalen und kapitalistischen Tendenzen in der Partei noch mehr Konzeptionen macht.

Die Haltung zur Justizhausvorlage wird über die Zukunft des Centrums entscheiden.

#### Hammersteins Sammelrede.

Bei den Kanaldebatten im preussischen Abgeordnetenhaus wurde niemand von den Konservativen so mißachtend behandelt, als der preussische Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein. Während er seine schönsten Gründe für den Kanal entwickelte, konstituierten die Agrarier ein Privatparlament, in dem es so lebhaft herging, daß Herr v. Hammerstein, der in vertrauten Kreisen unter dem Namen Herr v. Null gewürdigt wird, trotz allen aufgewandten Schwweißes sich nicht verständlich machen konnte.

Das hinderte Herrn v. Hammerstein nicht, die schon erwähnte Berühmungsrede zu halten, indem er wie auch früher schon zwischen Staatshilfe und Landbesitzern wohlwollend pendelte und die Viehzucht als besonders förderlich feierte. Am Schluß kamen dann die bereits mitgeteilten Sätze:

„Das landwirtschaftliche Gewerbe aber solle und müsse lobnend bleiben, sonst müßte Deutschland zu Grunde gehen. Die Landwirtschaft sei der feste Grundstein des Staates, das sei nicht nur seine Ansicht, sondern auch die Ansicht des ganzen Ministeriums, insbesondere aber auch die des Kaisers. Darum werde der Landwirtschaft stets Staatshilfe gewährt werden, wo solche notwendig ist, aber Staatshilfe an unrechter Stelle gegeben, trage dazu bei, daß die eigene Thatsache erlahme, so lange sich aber die Landwirtschaft selber helfen könne, solle sie es thun, erst wenn die eigene Kraft erlahmt sei, solle der Staat helfend eintreten.“

Es ist klar, daß so verbindliche Worte die rebellierenden Junker nicht versöhnen, sondern aufreizen und in ihrem Kraftbewußtsein steigern. Und die „Deutsche Tageszeitung“ äußert denn auch gar trostige Worte zu den wohlwollenden Wendungen des Herrn Ministers:

„Wir haben dazu nur zweierlei zu bemerken. Gewiß ist die Viehzucht für die Landwirtschaft außerordentlich wichtig, aber sie ist nur eine ihrer Tragsäulen; die andere bleibt der Körnerbau. Wenn sich alle Landwirte ausschließlich auf die Viehzucht legen wollten, so würde sie sehr bald nicht mehr lohnen. Das weiß auch der Herr Landwirtschaftsminister. — Daß die Landwirtschaft sich gegen den übermächtigen Wettbewerber des Auslandes nicht allein helfen kann, so daß die Staatshilfe eintreten muß, darüber ist man innerhalb der Landwirtschaft, jedenfalls auch einschließend des Herrn Landwirtschaftsministers, fast allgemein einig. Wenn die maßgebenden Stellen überzeugt sind, daß Deutschland zu Grunde gehen müßte, wenn das landwirtschaftliche Gewerbe nicht lobnend bleibe, so dürfen wir wohl hoffen, daß diese Ueberzeugungen sich in wirksame, kraftvolle Thaten umwandeln. Diese sind seither vermisst worden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ganz recht, daß sie wirksame kraftvolle Thaten seitens der Regierung vermisst. Sie schätzt also weder die fürchterliche Drohung mit der Wiederkehr der Kanalvorlage noch die Verhängung von Parteigeldstrafen für ein paar Landräte als wirksame, kraftvolle Thaten.

#### Bündlerentz.

Obwohl der preussischen Regierung nichts ferner liegt, als unter Abschöpfung ihres ureigenen Wesens dem Junkertum ernsthaft entgegen zu treten, so hat doch bereits der gelinde Versuch des Ministeriums, dem agrarischen Joch ein wenig zu entrinnen, eine lebhaftige Opposition bei den Agrariern

entstehen lassen. Selbstverständlich ist diese Opposition ebenso wenig eine ernste, wie der Kampf der Regierung ein ernster ist. Sie brauchen einander, die Regierung und die Junker. Sie werden sich nach dem jetzigen Schmolz- und Groll-Intermezzo um so freundschaftlicher die Hand drücken.

Die Ostelbischen verstehen es auch nicht übel, alle Register zu ziehen, um die ein wenig widerspänstige Regierung niederzuzwingen. Heute kündigt die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze ihres Blattes, wie die Maßnahmen der Regierung gegen den Bund doch nur dazu dienen, die bisher Regierungstreuen zu verlegen und dem Bündertum Zugang zu schaffen:

Eine wohl nicht beabsichtigte Wirkung haben die letzten Maßnahmen der Regierung gezeitigt. Obwohl in der jetzigen Zeit das Interesse der Landwirte am politischen Leben nicht allzu reger ist, und obwohl der Bund der Landwirte nirgends Versammlungen abhält, die ihm neue Anhänger zuführen könnten, mehren sich die spontanen Beitrittserklärungen zum Bunde in den letzten Tagen ganz erheblich. Die meisten Landwirte und Gewerbetreibenden, die ihren Beitritt anmelden, begründen es damit, daß sie zwar bisher aus äußerlichen und innerlichen Gründen dem Bunde ferngeblieben seien, es aber jetzt für ihre unabweisbare Pflicht erachten müßten, beizutreten, damit der Bund seine Tätigkeit zu Gunsten der Landwirtschaft und des Mittelstandes trotz der Verfechtung um so entschiedener und kräftiger durchführen könne. Unter den Beitretenden sind, — und das ist besonders interessant, — ziemlich viele, besonders aus Schlesien, die offen erklären, daß sie früher freiwillig gewesen, jetzt aber durch das Vorgehen der Regierung und durch die Haltung der freisinnigen Partei befehlet seien. Endlich verdient auch hervorgehoben zu werden, daß eine ziemlich Anzahl von Staatsbeamten a. D. dem Bunde in jüngster Zeit beigetreten sind. Einer dieser Beamten begründet seinen Beitritt damit, daß er für seine Pflicht halte, die Bestrebungen des Bundes im Interesse des Landes zu unterstützen, der diejenigen Elemente in sich vereinige, welche unterm Reichshause, unterm Heere und den Beamten hauptsächlich dazu verhelfen könnten, Preußen zum großen Staate zu machen. Ein anderer schreibt, daß er sich dem Bunde jetzt um so lieber anschließen, als es den aktiven Beamten verwehrt werden sollte, mit den staatsverhaltenden Landwirten zusammenzugehen und ihrer Interessensvertretung anzugehören. Einige dieser Beamten a. D. stellen sich dem Bundesvorstande mit That, Wort und Schrift zur Verfügung. Vielleicht darf anhangsweise auch erwähnt werden, daß die Ursache der technischen Abstellung des Bundes der Landwirte von Tag zu Tag wachsen. Viele Auftragsgeber schreiben, daß sie ihre Aufträge früher anderen Vermittelungsstellen geben, aber jetzt dem Bunde zugewiesen hätten, weil sie es für ihre Pflicht hielten, ihm auch dadurch mehr Mittel zu verschaffen in seinem guten und gerechten Kampfe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schneidet gern auf. Aber wenn man auch einen Teil ihrer Freudenmots als Benennung erkennt, so ist doch deutlich, daß die Bündler sich bei dem kleinen Ausnahmegeheiß, das gegen sie geübt wird, ganz wohl fühlen. Vielleicht lernen sie bei der Gelegenheit begreifen, daß ungerichtete Behandlung stets verbitternd wirkt. Vielleicht mindert diese Erkenntnis auch ihre zärtliche Neigung zu Ausnahmegeheiß gegen die Arbeiter.

Treffend ist der Stich gegen den Liberalismus, der sich im Verlauf der Kanalkrise und besonders in der Frage der Beamtenmaßregelungen allerdings so jüngerlich gezeigt hat, daß es kein Wunder ist, wenn bisherige Liberale keinen Grund mehr sehen, von der Bündlerorganisation fern zu bleiben.

Aus Breslau wird der „Voll. Jtg.“ berichtet: Die Mitglieder des Wohlauer Kreisrates beabsichtigen den zur Verfügung gestellten Landrat v. Brochem wiederzuzwängen und der Regierung zur Bestätigung vorzuschlagen. Es ist öfter vorgekommen, besonders in Sachen, daß Gemeindebeamten, denen die Behörde wegen sozialdemokratischer Gesinnung die Bestätigung versagte, von neuem, zuweilen drei- und mehreremale gewählt und der Regierung vorgeschlagen wurden. Es ergötzt uns, an den Bündlern gelehrige Schüler zu finden.

### Eine neue Konferenz.

—st— Wien, 13. September.

Das also war des Pudels Kern: Eine neue Konferenz. Und zwar eine, die wirklich lochen macht! Seit ein paar Wochen ist in dem Sumpfe der österreichischen Politik eine große Bewegung wahrzunehmen. Der Kaiser empfängt unausgesetzt Politiker von einem gewissen Ansehen. — Nach Herrn v. Schumacher war Dr. v. Rathenau, der Obmann der katholischen Volkspartei, und Dr. v. Fuchs, der Präsident des Abgeordnetenhauses zur Audienz beschieden worden. — Herr v. Szell, der ungarische Ministerpräsident war bereits zweimal in Wien, und Graf Thun „konferiert“ fast täglich mit einem andern Politiker der Majorität. All das deutet darauf hin, daß die Regierung den dringenden Wunsch hat, das österreichische Parlament aus seiner mitleiderregenden Bewegungslösigkeit zu reizen. Der Wunsch ist nur allzu begreiflich; aber entstanden ist er sicherlich nur aus der Angst vor der Möglichkeit, die Delegationswahlen könnten im Abgeordnetenhaus vereitelt werden. Wir haben das schon ausnahmsweise gesehen: Mit der Verhinderung dieser Wahlen stirbt das künstlich gefügte Gebäude des Dualismus krachend zusammen, und dann ist es mit der Fiktion der österreichischen „Großmacht“ definitiv aus. Deshalb die plötzliche Sorge um das österreichische Parlament, das man zwei Jahre lang beharrlich ignoriert hatte, dem man mit dem verfassungswidrigen Ausgleich das Klugrot gebrochen hat. In der Politik entscheidet aber niemals das Wollen, sondern nur das Können, und da die Arrangements der Konferenz nichts anderes mitbringen als den etwas berichtigt gewordenen „guten Willen“, so ist das Klack der Konferenz schon entschieden, bevor es noch sicher ist, ob sie überhaupt zusammentreten wird.

Die Konferenz wird von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses einberufen, und zwar werden alle Parteien des Hauses, also diesmal auch die Sozialdemokraten, geladen; die Einladungsschreiben sind gestern bereits verschickt worden. Die Sache schaut einer dummen List verdammt ähnlich; die Opposition, die sich mit der Staatsrecht-Regierung auch nicht in einen Nebewechsel, geschweige denn in Verhandlungen einlassen könnte, soll durch den „neutralen“ Präsidenten in die Konferenz förmlich gelockt werden. Der Regierung ist es nämlich nicht um das Ergebnis der Verhandlungen zu thun, sondern ihr ist das Zustandekommen der Konferenz Selbstzweck. Offenbar merkt man, daß die Existenz einer Konferenz auf die Lage im Parlament mildern einwirken könnte, und es dann gelingen kann, während der milderen und auf die Konferenz gerichteten Stimmung die ominösen Delegationswahlen durchzuführen. Einen besonderen großen Zug hat diese Politik,

wie man sieht, nicht; aber die Regierung Thun hat nie eine andere Politik gekannt, als eben die, für den unmittelbaren Augenblick freie Luft zu bekommen. Da man aber schließlich die Regierung nicht verdrängen kann, so wird der so sinnreich ersonnene Plan wohl sehr rasch zu Schanden werden. Die Chancen, daß die Konferenz überhaupt zu Stande kommen wird, sind wirklich sehr gering. Herr v. Fuchs hat zwar auch den Radikalen, diesem vollen Luch für alle „Patrioten“, eine Einladung zukommen lassen, und den Abgeordneten Wolf, den er noch vor sechs Tagen als eine „katholische Erstzinst“ angefleht hatte, mitgeladen. Wenn aber auch die Radikalen und die Sozialdemokraten kommen sollten, bleiben werden sie sicher nicht lange, jedenfalls nicht so lange, als es Herr Thun und seine Komplizen brauchen.

Man steht an dieser Konferenz sehr deutlich, wie die besten Gedanken durch eine unfähige Regierung kompromittiert werden. Der Plan nämlich, durch eine freie Beratung aller Parteien das in der Sprachenfrage Notwendige und Mögliche festzulegen, schiene an sich natürlich ganz vernünftig; wäre die Verbitterung des Volkes nicht so weit vorgeschritten und würde ein Mann da sein, dem die Parteien nicht vorweg misstrauen, so könnte eine solche Konferenz immerhin ein annehmbares Resultat zeitigen. Bei der Konferenz, die am 24. September zusammentreten soll, ist das vorweg ausgeschlossen. Die gescheitete Regierung Thun stellt sich die Sache denn doch zu simpel vor. Nachdem sie durch ihre Thaten die Opposition auf die tiefste erregt, seit zwei Monaten ein wahres Schandenspektakel inauguriert hat, nachdem sie die Verfassung gebrochen, die politischen Freiheiten erstickt hat, nach den Schüssen von Graz und den strafgerichtlichen Verfolgungen sonder Zahl: nach all dem wünscht und erwartet die Regierung, daß die Parteien einander in die Arme fallen und ein einzig Volk von Brüdern sein werden! Ob sich die Völker in Oestreich überhaupt noch verständigen können, ist zweifelhaft; daß sie es nicht auf Kommando und sicherlich nicht dem Grafen Thun zu Liebe thun werden, ist jedoch ganz sicher. Die neue Konferenz wird also nur eine neue Blamage sein.

In dem Einladungsschreiben, das der Präsident des Abgeordnetenhauses gestern ausgehändigt hat, heißt es:

Wenn ich die parlamentarische Arbeit ins Stocken geriet, muß der ruhig denkende Politiker danach bestrebt sein, Mittel und Wege zu suchen, diesen Zustand wieder zu beseitigen und durch Herbeiführung gegenseitiger Verständigungen der Gegner ihre Verständigung zu bewerkstelligen. Auf neutralem Boden, von dem zum Vetter und Hüter des Parlaments gewählten Präsidenten des Hauses geladen, können sich die Gegner, ohne sich etwas zu vergeben, begegnen und den Versuch machen, die Gegensätze soweit auszugleichen, daß eine gerechte Arbeit des Parlaments, die alle Völker unserer Monarchie heilsprechen, ermöglicht zu erwarten stünde.

In erster Reihe wäre daher die Aufgabe zu lösen, jene Form zu finden, in welcher die Sprachenfrage einer geordneten Lösung zugeführt wird.

Es bedarf keines Beweises, daß die friedliche Lösung der Sprachenfrage — und eine solche schwebt allen Parteien gleichermaßen vor — nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung und unter vorzeitiger Bedachtnahme auf die beiderseitigen Rechte erzielt werden kann. Zu diesem Zwecke sollen Verhandlungen auf neutralem, friedlicher Arbeit gewidmetem Boden geführt werden, zu welchen ich mit diesem Schreiben den ersten Schritt geben will.

Die eingeladenen werden aufgefordert, am 24. September um 11 Uhr vormittags im Bureau des Präsidenten zu erscheinen. Herr v. Fuchs behält sich vor, im passenden Zeitpunkt auch an die Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dieser Aktion die geeignete Mittels zu gewähren.

Wien, 13. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In der deutschen Fortschritt- und deutschen Volkspartei besteht die Absicht, die vom Präsidenten Fuchs einberufene Konferenz zu besuchen, aber jede Verhandlung über die Sprachenfrage abzulehnen, solange die Sprachverordnungen nicht aufgehoben sind.

### Die Situation in Südafrika.

Die letzte englische Note hatte nicht einen so drohenden Charakter wie es nach der ersten kurzen Meldung schien. Auch die Eröffnung einer Antwort binnen 48 Stunden ist nicht verlangt worden. Die Regierung von Transvaal hat, wie aus Pretoria gemeldet wird, den ersten Entwurf einer Antwort auf die Doppeldeutige Chamberlains fertig gestellt. Die Antwort wird von den beiden Mächten, welche sich am Donnerstagmorgen in geheimer Sitzung versammelten, in Gegenwart der Mitglieder des ausführenden Rates in Erwägung gezogen. Es heißt, in der Frage des Schiedsgerichts sei ein gewisses Einverständnis erzielt worden und die Regierung sei zu einer gemeinsamen Konferenz bereit. Man glaubt, es handle sich zur Zeit hauptsächlich nur um die Frage der fünfjährigen Anstaltigkeit behufs Erlangung des Wahlrechts. Man nimmt an, daß die endgültige Antwort Transvaals nicht vor Freitag erfolgen wird.

Aus Bloemfontein wird gemeldet: Die Mitglieder des Raads des Oranje-Freistaats wurden benachrichtigt, sich für eine schnelle Einberufung des Raads zu einer außerordentlichen Sitzung bereitzustellen. Eine Versammlung von Vurghees des Oranje-Freistaats beschloß, im Falle eines Ausbruchs von Feindseligkeiten mit Transvaal Schulter an Schulter zu stehen.

Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Lord Salisbury, welche den Schluß der zahlreichen in Südafrika anfallenden deutschen Reichsangehörigen und ihres Eigentums für den Fall eines Krieges betraf.

### Deutsches Reich.

Kriegsminister v. Wöhler ist zum General der Infanterie befördert worden. Diese Rangbezeichnung wird dem Herrn Kriegsminister ein Ansporn sein, weitere Militärvorlagen mit Eifer zu vertreten.

Ein wertvolles Jugendstudium. Nach Schluß der großen Manöver in Süddeutschland hat der Kaiser in einem Schreiben an den Großherzog von Baden den Truppen höchstes Lob ausgesprochen, ihren vortrefflichen Zustand betont. Es ist damit wiederum festgestellt, daß die zweijährige Dienstzeit zur Ausbildung des Soldaten vollständig hinreicht. Wenn berücksichtigt wird, daß so treffliche Ergebnisse erzielt wurden, trotz mannigfacher, für die Waffenausbildung unwilliger Dienstleistungen der Soldaten — Wurfen, Nacht-, ParadeDienst etc. —, so ist der Beweis geliefert, daß nicht nur die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werden muß, sondern weiter bedeutend zu verkürzen ist.

Noch ein Mittel gegen die Sozialdemokratie. Herr Schweinburg hat wieder ein unfehlbares Mittel gegen die Sozialdemokratie erfunden. Im Anschluß an den Parteitag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie und an die Bemerkung, daß die Stellung der Sozialdemokratie zur Marinevorlage mit Schuld an dem Verlust des Kieler Mandats trüge, gab die „Verl. Pol. Nachr.“ folgenden Rat:

„Diese Wahrnehmung sollte den nationalgesinnten Bevölkerungsklassen nicht nur Schleswig-Holsteins, sondern ganz Deutschlands zu denken geben und ihnen den Blick schärfen für die ungeheure Summe patriotischer Spannkraft, welche in Massen schlummern, schlummernd vorhanden ist, aber nur eines Aufstoßes, z. B. in der Richtung der Flottenvermehrung, bedarf, um sich alsbald in lebendige Kraft umzuwandeln und die unpatriotische, undeutsche Agitation der Sozialdemokratie auf den Sand zu setzen.“

Schweinburg wird von Krupp bezahlt, der an der Flottenvermehrung geschäftlich interessiert ist. Daß er zur höheren Ehre der Flottenvorlage den durch das Jagdhandgeheß bedrohten Massen, den vaterlandlosen Gesellen, sogar eine ungeheure Summe patriotischer Spannkraft verleiht, wird aus dem Ueberflusse geschäftlichen Anreizertums begreiflich.

Abgeblüht. Vom süddeutschen Gewerbebund in München wurde den Gewerbevereinen die Petition an den Reichstag zugesandt, in welcher der letztere gebeten wird, dem Gebanten, welcher dem sogenannten Jagdhandgeheß zu Grunde liegt, Gesetzesform zu geben. Bei der Ueberlegung ist die Bitte ausgesprochen, sich derselben anzuschließen. Aus Wollensbüttel berichtet der „Braunschweiger Volksfr.“, daß der dortige Gewerbeverein dieses Ansuchen abgelehnt und die Meinung ausgesprochen hat, daß man mit den vorhandenen Gesetzen vollständig auskäme.

Ähnliches berichtet die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ Auch der Dresdener Maler-Handwerksverein war seine Aufforderung des Münchener Gewerbevereins ausgegangen. Ein großer Teil der Meister lehnte jedoch mit Entrüstung das Ansuchen ab und einer von ihnen lenkte die mit einigen kräftigen Worten den samstäglichen Gesetzentwurf, wie es ihm gefiel. Es sei überhaupt eine Schande, daß über eine derartige Petition debattiert werde. Es kam zur Abstimmung und siehe — mit 88 gegen 20 Stimmen wurde die Unterzeichnung der Petition abgelehnt. Man kann sich die langen Gesichter der alten Juningsköpfe vorstellen. Wohl bekommt den Scharfmachern!

Polenbekämpfung. Aus Polen wird geschrieben: Der Redacteur der hiesigen polnischen Wochenchrift „Praca“, Dr. Kasimir Rakowski, ist ausgewiesen worden. Rakowski, ein russischer Staatsangehöriger, erhielt die Aufforderung, drei Tage nach Empfang der ihm zugesetzten Ausweisung Polen und Preußen zu verlassen. Der Ausgewiesene war wiederholt Vorsitzender des Berliner polnisch-palastemischen Vereins. Seit dem März d. J. redigierte er die polnische „Praca“. Eigentliche Ursache der Ausweisung soll seine Stellungnahme zur Kanalkrise sein.

Landwirtschaftliche Genossenschaften. In Breslau tagt gegenwärtig der 15. Vereinstag des Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. In seiner Begrüßungsrede beehrte die Regierungsdirektor die Umwandlung der landbaren landlichen Privatbesitzungen in unkündbare Anstalts-Hypotheken als ein wichtiges Ziel der Zukunft und betonte auch die Wichtigkeit der Erziehung der Landwirte für die Erreichung gemeinsamer wirtschaftlicher Ziele.

Ein Jagdhandgeheß gegen den Derrortismus landwirtschaftlicher Organisationen scheint also nicht in Vorbereitung.

Demerschen Vortrag über die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Schlesien, hielt der Verbandsdirektor Parzer Wolff aus Hohenfriedberg. Verbandsdirektor Rittergutsbesitzer Plehn sprach darüber, wie Produktgenossenschaften (insbesondere Molkereigenossenschaften) sich gegen die schädlichen Folgen des Ausdrüts ihrer Mitglieder schützen können. Es folgte eine Beratung über die neuen Erfindungen über Bau, Einrichtung und Betrieb der genossenschaftlichen Molkereien. Berichterstatter war der Generalsekretär Dr. Rabe aus Halle. Zur Zeit bestehen im ganzen 38 Derrortvereine-Genossenschaften im Deutschen Reich. Er beantragte u. a. folgende Sätze:

Die genossenschaftliche Verwertung des Getreides durch Errichtung von Kornhäusern erscheint zur Erlangung eines gesunden Abzuges und einer gesunden Preisbildung der Rohstoffe erstebedeutend; es empfiehlt sich, unter geeigneten Verhältnissen mit dem genossenschaftlichen Getreideverkauf auch den Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel an die Mitglieder zu verbinden; die Verleihung des Getreides in den Kornhaus-Genossenschaften in Form der Lombarddarlehen ist nach Möglichkeit zu erleichtern; da die allgemeine Errichtung des Kornhäuser auch im Staatsinteresse liegt, so erscheint eine staatliche Unterstützung zur Errichtung weiterer Kornhäuser in Form verzinslicher und amortisierbarer Darlehen auch für die Zukunft wünschenswert.

Die Anträge wurden angenommen.

Zur Nachwahl im 8. sächsischen Reichstags-Wahlkreise. Die Initiative wird nunmehr, kurz vor dem Wahltage, von allen beteiligten Parteien in äußerlich ruhiger Weise betrieben. Jeden Tag finden Versammlungen statt. Am thätigsten sind unsere Genossen. Unsere Versammlungen bleiben in der Hauptsache auf die Sonntage beschränkt, da sie fast durchweg unter freiem Himmel stattfinden müssen. Wir haben nur fünf Lokale im ganzen Kreis, wozu nun jetzt kurz vor der Wahl noch ein großes — ca. 1600 Personen fassend — im Industriegebiet Mügeln, der wahrscheinlich ausschlaggebend für die Wahl sein wird, gekommen. Nächsten Sonntag werden wir, wenn das Wetter günstig ist, über 20 Versammlungen abhalten, und auch die gemäßigten Versammlungen werden und werden, soweit notwendig, von Diskussionen unersetzlich befruchtend. Die „Abgeleitete“ wurde bereits in 4 Nummern (etwa 125 000 Exemplare) verbreitet. Die Stimmung ist für uns durchweg günstig, was durch das ungeschickte Vorgehen der Gegner in Versammlungen, Flugblättern etc. gefördert wird. Sehr wichtig ist, daß wir diesmal in einer Reihe von Bezirken des ausgebeuteten Wahlkreises Versammlungen abhalten konnten, wozu wir bisher niemals bringen konnten. Wir hoffen, den Kreis im ersten Wahlgange zu erobern. Die Wahl findet am nächsten Montag statt.

Zur Ersatzwahl im neunten badischen Reichstags-Wahlkreise (Durlach-Forstheim-Gerssbach-Entlingen) treffen bereits, wie man uns aus Baden schreibt, die bürgerlichen Parteien ihre Vorbereitungen, ohne daß noch der Name irgend eines Kandidaten genannt wird, dem die Nachfolge des unglücklichen Kasper zugesprochen würde. Das Organ der konservativen Partei besitzt ein wirkungsvolles Rezept, den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu entreißen; es lautet: Zusammenschluß der nationalliberalen, konservativen und centristischen Ordnungsbücher zur Unterstützung einer rechtsliberalen oder protestantisch-orthodoxen Kandidatur, an welcher auch das Centrum seinen Gesandten finden könnte. Und ein Regierungsrat befreundet sich in der liberalen „Straßburger Post“ schon einigermaßen mit diesem Gedanken, obwohl ihm das Opfer der Nationalliberalen, auf eine kulturkampferische Kandidatur zu verzichten, wie ein Parteiselbstmord erscheint. Eine Enttäuschung erfahren aber die Kartellbrüder jetzt schon von jener Seite, welche zum Bunde den Dritten stellen sollte. Der Führer des badischen Centrums, Weiffelbar Wacker, erklärt im „Bad. Beob.“, daß nur ein Centrumsmann in Betracht kommen kann, wenn der Nationalliberalismus auf einen eigenen Kandidaten verzichtet. Denn bei der Reichstagswahl 1888 erzielte im ersten Wahlgang die zukünftige Kandidatur des nationalliberalen Frank 72 2/2 Stimmen (einschließlich eines Teils der konservativen Partei); dies sind nur 81 Proz. der abgegebenen Stimmen. Mehr als ein Viertel der Stimmen besaß damals die nationalliberale Partei für sich allein nicht; das Centrum füßte sich stark genug, angesichts der konfessionellen Zusammensetzung des Bezirks, die 27 Proz. der Stimmen, die es 1884 erhielt, die zur äußersten Grenze von 30 Proz. zu erhöhen. Dagegen haben die Nationalliberalen nur mit einem Einlen ihrer Stimmenzahl zu rechnen. Herr Wacker sagt nun: Es steht fest, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste im Bezirke ist und in nächster Zeit keine Rückschritte machen wird.

Nach dem von der nationalliberalen Fraktion der II. badischen Kammer in der Wahlrechtsfrage neuerdings gemachten Vorschlag:

ein Abgeordneter gilt auch dann schon als gewählt, wenn er auch nur die relative Stimmenmehrheit erlangt hat, müßten nach Waders Ansicht die Nationalliberalen konsequenterweise sagen, der Bezirk Durlach-Ehlingen-Bernsbach-Wortheim gehört den Socialdemokraten. Wenn sie dies nicht wollten, dürften sie den anderen bürgerlichen Parteien keine Vorwürfe machen.

Diese Abgabe der Centrumsleitung an die nationalliberal-konservative Bourgeoisie mit dem Hohn, daß den Nationalliberalen nur die Wahl eines Centrumsmannes übrig bleibt, wenn der Socialdemokrat besiegt werden soll, lag in der Luft; wir bedanken uns in Baden im Zeichen der Landtagswahl, wo der geistliche Rat Wader seine Katholiken zur Vernichtung des Nationalliberalismus aufruft. Die Situation beunruhigt somit wegen der Feindseligkeiten im bürgerlichen Lager die Chancen der socialdemokratischen Partei. Die Genossen des IX. badischen Wahlkreises bezw. die badische Landesorganisation müßten nun allen Ernstes daran gehen, einen geeigneten Kandidaten zu proklamieren. Die Agitation müßte praktischweise mit der Erregung der Kammerwahlen verknüpft werden. Wir müssen den Kreis der Partei erhalten, wenn wir auspassen. —

Der Stadtrat von Karlsruhe forderte die Arbeitgeber auf, den bei ihnen beschäftigten Personen, die sich am 8. d. M. beim Empfang des Kaiserlichen Befehls zu weigern, soweit thunlich, während der erforderlichen Zeit frei zu geben.

Infolge dessen ließ man in der Bahnhofsverwaltung eine Liste cirkulieren, worin sich alle Arbeiter einzutragen mußten, die wünschenswert, am vorigen Freitag einen Urlaub zu machen. So bietet man durch Verbindung der Arbeiter mit „Freiwilligen“ auf zum Hurraufen und erspart dem Staate den Arbeitslohn. —

Darmstadt, 14. September. Das Urteil des Verwaltungsgerichts gegen Oberlehrer Deitweiler lautet auf einen gerichtlichen Verweis sowie 500 M. Geldstrafe, außerdem hat der Angeklagte zwei Drittel der Kosten zu tragen. Demselben wurden weitestgehende Milderungsgründe zurkannt. Der Vertreter der Regierungsbehörde hatte Diensteinlassung unter Zuerkennung der Pension beantragt. Schulrat Deitweiler war angeklagt, seinem Sohne mit Hilfe eines anderen Lehrers die Schularbeiten vorher mitgeteilt zu haben.

### Landarbeiter-Dringlichkeit.

Ein Landarbeiter in Johannstorf in Mecklenburg-Schwern erhielt folgenden Strafbescheid: „ritterlich-fürstlichen“ Polizeiamts:

„Der Tagelöhner H. Deuge zu Johannstorf hat am 2. August abends und am 3. August morgens die Arbeit niedergelegt und mehrmals ausdrücklich betweigert, auch die ihm aufgetragene Arbeit angetreten.“

Der Antrag auf Strafe ist von dem Gutspächter Edermann-Johannstorf am 3. August dieses Jahres gestellt. Es wird deshalb hiermit... auf Grund der § 1 und 2 der Verordnung vom 3. August 1890 betr. Bestrafung von Dienstvergehen eine... Geldstrafe von 3 M., an deren Stelle für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von zwei Tagen tritt, festgesetzt. Kosten 1.00 M. falls dem Angeklagten zur Last.“

Die Beschwerdeschrift, die Deuge darauf an das Ministerium richtete, ist so charakteristisch für die Zustände auf dem Lande, daß wir sie hier wörtlich (nach dem Lübecker „Volkboten“) wiedergeben wollen:

„Am 2. August war ich an der Dampfsechmaschine als Tagelöhner mit beschäftigt, wo ich meinen Verdienst etwas höher bringe, als bei gewöhnlichen Tagelohn. Herr Edermann jun., Johannstorf hat ausdrücklich in Gegenwart von 8-8 Pönggen erklärt, daß keine Ausnahme im Arbeitsverhältnis gemacht würde. Da nun die Erntearbeiten in dieser fürchterlichen Hitze überaus anstrengend sind und den Körper total ermatten, insbesondere, wenn man, wie hier überall Sitte, von morgens 6 Uhr bis abends 9 1/2 und 9 Uhr, fortwährend anstrengend schafft, so war ich auch am 2. August, wie schon erwähnt, 8 Minuten nach 8 Uhr müde und mußte die Arbeit einstellen, auch war die Sonne bereits untergegangen. Da nun aber Edermann vordennannte Handlung als ein Dienstvergehen ansieht, so hat er mich mit drei Tagen Erbsenmäh, d. h. Kleinarbeit auf einem großen Schlag bestraft, wo er selbst zu mir sagte, er wolle mich mit dem Erbsenmähen bestrafen. Ich wollte dieses Erbsenmähen nicht gleich annehmen, 1. weil ich glaubte, daß um 8 Uhr Feierabend ist, und 2. weil ich durch dieses Kleinarbeiten geschädigt werde in meinem Verdienst; habe aber heute schon drei Tage allein Erbsen gemäht. Da hat nun Herr Edermann ausdrücklich versprochen, keine Ausnahmen machen zu wollen, dieses Versprechen aber 1. dadurch nicht gehalten, daß wir so spät abends arbeiten mußten und 2. mich von meinem Verdienst weg zur Strafarbeit, Klein-Erbsenmähen, geschickt. Gestern, am 7. d. M., erhielt ich nun noch diese in Anlage befindliche Strafverfügung, da ich doch schon, wie gesagt, heute die letzte Strafarbeit abmache. Ich erhebe gegen dieses Verfahren ausdrücklich Beschwerde und bitte, mir in Geneigtheit berathen zu wollen, wie lange wir des Abends für den lang bemessenen Tagelohn von durchschnittlich 2 M. von morgens bis abends ungenügend arbeiten müssen? Ich meine doch, wenn wir bis 8 Uhr in dieser fürchterlichen Hitze schaffen, ist es gerade genug; mehr kann nach jedes Sachverständigen Gutachten ein Mensch nicht leisten.“

Die Beschwerde wurde als unbegründet verworfen. Die bestehenden Vorschriften geben der Polizei und dem Gutbesitzer recht. Wer will sich dann aber noch wundern, daß die Agitatoren über „Deutenot“ zu klagen haben?

### Ausland.

#### Dreyfus und Rußland.

Einige bürgerliche Blätter täuschen noch immer den Anschein auf, Dreyfus könnte an Rußland Verrat gelbt haben. Das Berliner Tageblatt weiß über die Entstehung dieses letzten antisemitischen Ausflusses einiges mitzuteilen. Der Name des russischen Militärattachés Baron Fredericks wird citirt und dabei so gethan, als hätte dieser eine besondere Rolle in der Dreyfussache gespielt. Die Wahrheit ist weit einfacher. Fredericks hat Dreyfus nicht anders gekannt als aus dem Nordprozeß Bladomirov. Fredericks war befreundet mit der Familie Bladomirov, deren Sohn jener junge Bladomirov war, welcher eine junge Dame tötete, die ihn nicht hatte erheben wollen. Dreyfus hatte in der Familie des ermordeten jungen Mädchens verkehrt und trat als Belastungszeuge im Prozesse gegen den jungen Bladomirov auf. Baron Fredericks suchte Bladomirov zu retten. Bladomirov wurde aber verurteilt. Dreyfus hatte sich sehr absprechend über seinen Charakter geäußert. Seitdem hätte Fredericks Dreyfus, als die Verhaftung Dreyfus in der Zeitung stand, auf Fredericks den General Mercier auf der Straße und rief ihm zu: „Da haben Sie ja eine nette Kanaille verhaftet!“ Mercier hat das weiter erzählt, und man hat aus Fredericks Worten geschlossen, daß er etwas von Dreyfus' Spionagebegehungen gewußt habe. Diese Geschichte mit Fredericks ist das einzige Moment, wo Rußland in der Affaire Dreyfus eine Rolle spielt.

„Aurore“ veröffentlicht einen Brief des Professors Andrae von der Universität Montpellier, der an den Justizminister gerichtet ist und in dem er mitteilt, daß er im Besitze eines Schriftstückes sei, welches die Unschuld Dreyfus beweise. Er fordert, da dies eine neue Thatfache sei, die Revision des Processes, und behauptet, er habe das Schriftstück dem Präsidenten Jaurès angeboten, derselbe habe aber nicht für nötig befunden, ihm zu antworten. Der Professor schließt seinen Brief mit der Verurteilung, das Kriegsgericht von Rennes habe sich auf eine grobe Weise täuschen lassen. „Ich schwöre, daß Dreyfus unschuldig ist, und erkläre mich bereit, dies vor der Justizammer auf Grund unüberleglicher Beweise darzulegen.“ „Aurore“ bemerkt, daß das Schriftstück ein Brief eines Schweizer Obersten sei und vom September 1890 datirt sei.

Der „Gaulois“ glaubt nicht, daß der Revisionsrat in der Dreyfus-Angelegenheit vor dem 1. Oktober die Entscheidung treffen könne; wenn eine Richtigerklärung erfolgen sollte, so würde die Angelegenheit vor das Kriegsgericht in Nantes oder Rouen kommen.

Dem „Journal“ zufolge wird sich Mercier zur Kur nach Colan begeben; er soll, wie das Blatt wissen will, erklärt haben, er glaube nicht das letzte Wort in der Dreyfus-Angelegenheit gesprochen zu haben; binnen kurzem werde er das Schweigen brechen müssen.

### Die West.

Operto, 14. September. Am Dienstag ist ein Todesfall, am Mittwoch eine Enttarnung an der West vorgekommen. Der Eisenbahnverkehr wird wieder ausgenommen.

Die hier weilenden ausländischen Ärzte erklären sich gegen die militärische Absperrung der Stadt als eine unnütze Maßregel.

Petersburg, 14. September. Der „Regierungsbote“ schreibt: In Ergänzung ihrer früheren Mitteilungen über die in Samara vorgekommenen Enttarnungen infektiosen Charakters macht die Anti-Pestkommission bekannt, aus den letzten dem Prinzen von Oldenburg vorgelegten Berichten sei ersichtlich, daß die zweifelhafte Krankheit ausschließlich unter der Arbeiterbevölkerung vorgekommen sei und sich nach den ausgeführten pathologisch-anatomischen und bakteriologischen Untersuchungen als eine schwere durch Komplikationen verurteilte Malaria erwies, mit der Peulenpest jedoch nichts gemein habe. Die Quarantäne sei daher aufgehoben und Samara als pestfrei anzusehen. —

### Schweiz.

Bern, 12. September. (Sig. Ver.) Die außerordentliche Versammlung der Bundesversammlung wird am 25. September eröffnet. Die Geschäftsliste verzeichnet 45 Nummern, worunter 17 Eisenbahn-Geschäfte (Konzeptionsbewerbungen). Das wichtigste Geschäft, das überhaupt die Herbstsession veranlaßt, ist die Kranken- und Unfallversicherung, über deren Durchführung heute die Ansichten noch so weit auseinander gehen, wie seit Jahren. Gewinnung der Mittel zur Finanzierung aus den laufenden Einnahmen, Eröffnung neuer Einnahmemeßeln, speziell Einführung des Tabakmonopols, baldige Durchführung der Versicherung oder weitere Finanzschiebung bis 1902 oder noch später, das sind die Fragen, bei deren Diskussion neuerdings die Geister auseinanderplagen werden. Die ganze Versicherungsangelegenheit ist nachgerade zu einem Trauerspiel geworden, das das Ansehen der demokratischen Republik als eines Wohlfahrtsstaates nicht gebietet hat.

Die sogenannte „äußerste Linke“ hat in einer am Sonntag in Zürich abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung beschlossen, für das Tabakmonopol einzutreten, ferner auf eine tätige Beschneidung der Militärtausgaben hinzuwirken und jede Erhöhung der Sollausgabe auf Massen-Verbrauchsartikel zu bekämpfen.

Basel, 12. September. (Sig. Ver.) Auch die hiesigen Genossen haben sich bereits mit den kommenden Nationalwahlen beschäftigt und in einer Vertrauensmänner-Versammlung beschlossen, wiederum den so porzällig bewährten Genossen Bullisleger als Kandidaten aufzustellen.

### Frankreich.

#### Güerins Proviant.

Aus Paris wird der „Kölnischen Zeitung“ vom 12. d. M. geschrieben:

Bisher hatten sich alle Nachforschungen der Polizei bezüglich der geheimnisvollen Verproviantierung der mit Gueude zusammen im „Fort Chabrol“ eingeschlossenen „Rebellen“ als vergeblich erwiesen. Nunmehr sind sie aber doch von Erfolg gekrönt und haben in der letzten Nacht zu vier Verhaftungen in dem Hause Nr. 24 der Rue de Chabrol geführt, das der Antisemitenburg schräg gegenüberliegt und bisher nicht scharf genug von der Geheimpolizei überwacht worden war. Die Festgenommenen sind der 43-jährige Ingenieur Francois Jaboulet, der 40-jährige Straßenverkäufer Victor Dorville, der 23-jährige Louis Lizotte und die 40-jährige Frau Forst. Diese letztere hatte eine Wohnung im sechsten Stockwerke des oben bezeichneten Hauses inne und von dieser aus kamten die drei Antisemiten eine Schnur nach dem Fort Chabrol alle Nächte hinüber, die entlang mittels Kupferdrähten Pakete mit Lebensmitteln aller Art den Belagerten zugeführt wurden. Eines dieser Pakete war in der vergangenen Nacht durch einen Unfall abgeglitten und zu Boden gefallen, was die Aufmerksamkeit der Wacht haltenden Beamten erweckte. Diese suchten dem schlammigen Hunde nach und sahen das Fenster der Wohnung der Frau Forst nach der Straße hinaus trotz der vorgehenden Stunden hell beleuchtet. Dann erklärten sie auch die nach dem Fort Chabrol hinübergehende Schnur und eilten sofort die Treppen des Hauses Nr. 24 hinauf, um die Helfershelfer Güerins festzunehmen. Da man ihnen trotz heftigen Klappens und trotz der Rufe: „Im Namen des Gesetzes!“ nicht antwortete, brachen sie die Thür gewaltiam ein. Die drei Antisemiten leisteten den eindringenden Beamten heftigen Widerstand, wobei der Inspektor Momet durch Schritte in den Hinterland und Hilfe recht erheblich verletzt wurde. Schließlich bemächtigte man sich aber doch der Gefangenen und brachte sie gefesselt nach dem Polizeidepot. In dem Zimmer wurden 48 wohl gekleidete Pakete gefunden, die Brot, Fleisch, fettes Gemüse, Salat, Pasteten etc. enthielten. Das merkwürdigste an der Sache ist, daß zwei Geheimpolitisten in einem Zimmer neben der Wohnung der Frau Forst eingeschloß waren, die von der seit Wochen dauernden Verproviantierung der Antisemitenburg nicht das mindeste bemerkt haben!

Paris, 13. September. Die „Agence Havas“ meldet aus Tripolis: Nach Meldungen aus guter Quelle können die von englischer Seite stammenden Nachrichten über den Untergang der Mission Gouraud-Lomys für unrichtig erklärt werden. Die Mission kam vor einigen Wochen am 1. d. M. an. Seitdem ist keinerlei Meldung eingetroffen, welche die alarmierenden Gerüchte irgendwie bestätigt. Wenn diese Gerüchte wahr wären, wären sie auf dem Wege über Tripolis gekommen. Das General-Gouvernement von Algier entsandte mehrere Kuriers mit Instruktionen für die Mission.

Paris, 14. September. Das Budget für 1900 weist in den Einnahmen 3 523 183 019 Fr., in den Ausgaben 3 522 616 019 Fr. auf. Die Steuererzeugung in den Ausgaben, im Vergleich zu dem Budget für 1899, beträgt 45 Millionen, wovon 36 Millionen auf Meer und Marine entfallen. Letztere Mehrausgaben sind bedingt durch die infolge der Kaschoda-Begebenheit beschlossenen Truppenverstärkungen in Algier und durch Schiffsbauten. —

### Serbien.

Hochverrat-Prozess. Auch das Verhör der Angeklagten am Mittwoch hat nichts irgendwie Befriedigendes zu Tage gefördert. Von einem genehmigten Plane der Angeklagten zur Ermordung Wilans oder zum Sturz der Regierung ist keine Spur vorhanden. Die ganze Anklage ist ein jämmerliches Nachwerk der Rache Wilans gegen seine politischen Gegner.

Der Prozess ist so jämmerlich, daß selbst die streitsüchtige Regierung, die sonst stets Wilan folgt, nicht glaubt ruhig zusehen zu dürfen. Die schon gestern telegraphisch berichtet wurde, brachte das Wiener offizielle „Presidenblatt“ einen sehr eindringlichen Artikel, die Wachtgeber in Belgrad sollten sich vor der Ausführung des geplanten Justizmordes hüten und nicht mutwillig die Revolution im Lande entfesseln. —

### Partei-Nachrichten.

Jum Parteitage. Eine Parteiverammlung in Dortmund nahm folgende Anträge mitgenaus an:

Die Verneinung der Kritik der sozialistischen Grundanschauungen und des Erfurter Programms ist im wesentlichen anzutreffend und der Name „Socialdemokrat“ würde nahezu seinen politischen Inhalt verlieren, wenn der Parteitag diese Ansichten als socialdemokratische oder innerhalb der Socialdemokratie zulässige anerkennt. Der Parteitag lehnt daher die in der Verneinung Schrift enthaltenen Vorschläge als Ganzes ab.“

Der Antrag Litgenau und Genossen zur Haltung der sabbdeutschen Genossen:

Der Parteitag wolle erklären: Die Politik unserer bayerischen Genossen bei den letzten Landtagswahlen war verfehlt, indem sie das Centrum so allgemein unterstützte, daß es nur für sich allein über die Mehrheit in der Kammer verfügte.“

In Köln in Beschluß die Parteiverammlung, den Parteivorstand zu beauftragen, eine Broschüre in gedrängter, zur Agitation geeigneter Form herauszugeben, die die Erfolge der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen darstellt.

Erster Parteitag der Provinz Posen. Nachdem auf dem schlesisch-posenischen Parteitage die organisatorische Trennung der Provinz Posen von Schlesien beschlossen worden war, hat nun am Sonntag in Kolmar die erste Konferenz für diese Provinz stattgefunden, deren Hauptaufgabe die Schaffung einer selbständigen Organisation der Genossen Posens war. Sie war besetzt durch 24 Delegierte aus der Stadt Posen, Kolmar, Schönlanke, Bromberg, Schneidemühl, Gnesen, Ostrowo, Stenzewo, Rawitsch, Schwernin und Inowrazlaw. Außerdem waren anwesend der Mediceur der „Gazeta Robotnicza“, zwei Vertreter der polnischen Parteileitung und ein Vertreter der Agitationskommission in Breslau. Die Verhandlungen, die in deutscher und polnischer Sprache durchaus ruhig und sachlich geführt wurden, erbrachten den Beweis, daß ein nationaler Gegenstand zwischen den deutschen und polnischen Parteigenossen der Provinz Posen nicht besteht.

Die Vornachts-Sitzung wurde ausgefüllt mit Berichten über den Stand der Parteibewegung in der Provinz, die das bekannte Bild ergaben: Erfolge aller Art für die Hioniere der Socialdemokratie. Ist doch die Partei in dieser Provinz noch jung und erhellenderweise die Bewegung noch ziemlich schwach. Von 259 448 insgesamt abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl 1895 wurden im ganzen 4886 für socialdemokratische Kandidaten wovon weit über die Hälfte aus dem Kreise Bromberg stammen. In sieben von den 16 Wahlkreisen der Provinz wurden überhaupt noch keine socialdemokratischen Stimmen abgegeben.

Für die neue Organisation kommt nur das Vertrauensmänner-System in Betracht; als Centralstelle für die Provinz wurde ein Agitationskomitee gebildet aus den Genossen Gogowski und Maruzewski in Posen. Verschiedene Anträge zur Förderung der Agitation durch Schriften mußten wegen Mangel an Mitteln noch abgelehnt werden. Der nächste Parteitag soll, wenn es möglich ist, im Centrum der Provinz abgehalten werden.

### Politisches, Gerichtliches u. s. w.

Wer ist das Rätsel? In Wehe war eine außerordentliche Mitgliederversammlung der dortigen Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Verbandes angemeldet und die Anmeldebekanntmachung darüber erteilt worden. Am Tage vor der Versammlung wurde dem Birte des Bezirkslokals von der Polizeibehörde eröffnet, daß sie aus Sicherheitspolizeilichen Gründen nicht gestatten könne, daß eine solche Versammlung (im Hinterzimmer des Portiers) gleichzeitig mit der öffentlichen Tanzmusik (im Saale des ersten Stockes) stattfinden. Er müsse auf eines von beiden verzichten und solle wählen. Der Bund mußte sich aus Gründen des Erwerbes für die Tanzmusik entscheiden. Die Vereinsversammlung konnte nicht abgehalten werden. Der Verbandsvorsitzende beschwerte sich bei der Regierung in Stade und erhielt auch, obwohl ihm die Versammlung nicht formell verboten worden war, vom Landratsamte einen Bescheid. Hier ist er:

Wehe, den 24. August 1899. Der Herr Regierungspräsident zu Stade hat auf die an ihn gerichtete Vorstellung vom 2. v. M. entschieden, daß er die unter dem 10. Juni d. J. erteilte Anmeldebekanntmachung wegen mangelnder Vollziehung durch die zuständige Obrigkeit und, weil in Abreue hieher gerichteten Erlaßes vom 9. Juni d. J. eine Bescheinigung über eine „außerordentliche“ Mitgliederversammlung und nicht über eine „öffentliche“ Mitglieder-Versammlung erbeten war, nicht aufrecht erhalten könne. Sie werden hiervon im Auftrage des Regierungs-Präsidenten mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß letzterer, was die Versammlung des Vereins der Hafenarbeiter Deutschlands Mitgliedschaft Wehe und die Abhaltung eines Tanzvergnügens im selben Hause und zur selben Zeit anbelangt, die von der Ortspolizeibehörde vertretenen Auffassung teilt, wonach das zeitliche Zusammentreffen beider Veranstaltungen eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit befehlen läßt.

J. A.: Schmidt, Regierungs-Beisitzer. Wer uns sagt, was mit diesem Bescheide gemeint ist, der mag selbst den Bericht beschreiben, der ihm dafür gebührt.

Aufgehört wurde am Sonntag in Remscheid (Baden) eine Parteiverammlung der Genossen Strahburgs, die sich unter anderem auch mit der Ausweisung des italienischen Genossen Carantini beschäftigte. Er ist ausgewiesen worden, weil er italienische Flugblätter gegen die Justizausbeule verbreitet hat. Als ein Redner bei Schilderung der Einzelheiten des Verfahrens gegen C. dieses ein barbarisches nannte, erfolgte die Auflösung auf Grund des badischen Vereinsgesetzes.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Zu den Forderungen der Berliner Putzer hat der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin und den Vororten in einer dieser Tage abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung Stellung genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme folgender Resolutionen:

1. Die heute im „Hotel“ zu den vier Jahreszeiten tagende außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin und den Vororten hält die Forderung der Putzer auf acht Mark garantierten Tagelohn für unerschämmt, weil sie wirtschaftlich ganz unbegründet ist gegenüber den Lohnansprüchen anderer Arbeitnehmer-Gruppen, deren Lebenshaltung sich unter den gleichen Verhältnissen vollzieht. Zur Verstärkung der Arbeitszeit liegt ebenfalls kein Grund vor, wenn man erwägt, daß für die anderen Bauarbeiter, deren Thätigkeit eine nicht minder anstrengende als die der Putzer ist, die neunstündige Arbeitszeit besteht mit bis vor kurzem sogar noch der zehnstündigen Arbeitstag galt. Die Einbehaltung einer Kantion ist eine durch vielfache Vertragsbrüche begründete Konwendigkeit. Die Forderung der Putzer auf direkte Anstellung der Putzerträger durch den Arbeitgeber ist unerfüllbar, weil sie gegen das System der Accordarbeit verstößt. Eine Klenderung darin würde zu ungefähren Streitfällen Veranlassung geben. Die Sicherheit für die Putzungen muß den Putzern zufallen, weil bei der Accordarbeit der Arbeitgeber nicht den erforderlichen Einfluß hat. Die genügende Beleuchtung der Räume, sowie ausreichende Erhellung der Treppen und Gänge auf Kosten des Arbeitgebers, ferner die Lieferung genügender und guten Nistzuges durch den Arbeitgeber wird den Putzern als selbstverständlich angesehen. Die Aufstellung eines einheitlichen Vertrages für die Uebernahme und Ausführung von Putzarbeiten halten auch die Arbeitgeber für ein dringendes Bedürfnis und haben demzufolge bereits einen Vertragsentwurf festgestellt, den sie allen Interessenten zur Einführung empfehlen. Bei alledem muß auf alle Fälle an dem bisher

# Verfassungen.

gezahlten Abschlagslohn von 7 M. pro Tag und neunständiger Arbeitszeit festgehalten werden. Außerdem wird einstimmig beschlossen, gegen alle diejenigen Fabrikanten gerichtliche Vorzugehen, welche ihre eingegangenen Verträge nicht erfüllt haben. Die hieraus entstehenden Kosten werden auf die Bundeskasse übernommen.

2. Das unerträgliche Drängen der Berliner Bauarbeiter, ihre unrichtige gute Position über Gebühr zu verbessern, sowie die maßlosen Ansprüche an Arbeitsbedingungen, welche täglich von den Bauarbeitern an die Bauarbeiter gestellt werden, erfordern energische Gegenmaßnahmen der gesamten Arbeiterklasse. Die heutige Generalversammlung des Arbeiterbundes für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin und den Vororten erklärt es daher für ihre Pflicht aller noch außerhalb des Bundes stehenden Arbeiter im Baugewerbe, unverzüglich dem Bunde beizutreten.

Wir wollen zunächst mit den Unternehmern ob ihrer schneidigen Resolutionen, die natürlich den Beifall der „Post“ und anderer Scharfmacherorgane finden, nicht rechten. Die Verechtigung der Forderungen der Arbeiter mag von sachverständiger Seite nachgewiesen werden; es dürfte nicht allzu schwer sein, sie aus den besonderen Verhältnissen der betreffenden Arbeiterkategorie heraus zu begründen. Nur soviel möchten wir schon heute bemerken: Die weitgehenden Forderungen der einen Arbeiterkategorie werden darum noch lange nicht unberechtigt, weil sie von einer anderen Gruppe nicht auch gestellt werden.

**Rübelvolierer!** Ausständig sind noch die Kollegen von Zelder u. Platen, Seifert u. Wolf und Friedrich Käfers am Montag in der öffentlichen Versammlung bei Keller, Klosterstr. 29. Die Lohnkommission.

**Zur Lohnbewegung der Posamentiere.** Folgende Firmen haben noch nicht bewilligt: Winger, Wendel u. Co., S. Blüschke, G. Gustedt, Köstermann u. Jastrandtsch, Sochs u. Schwarz, W. und G. Kehler, A. Sinsel, Hoffmann u. Weiland, Th. Bagler, Reif u. Gurneiser, G. Hoppe, M. Hoppe, Eisner u. Hausig, Przygode, Solmer, Brechmer, S. Schmidt, Fr. Edel Nachf.

Von Seiten der Kommission der Arbeitgeber wird versucht, Unbilligkeit in unseren Reihen hervorzurufen. Wir stellen hierdurch fest, daß die Firma Gebr. Prinz uns brieflich mitgeteilt hat, daß Abweichungen des Memorandums, wie fälschlich behauptet, nicht stattgefunden haben; daselbe gilt für die Firma Hugo & Schulz Nachf. Die Lohnkommission der Posamentiere.

**Die Rabibpuyer** können bei nachstehenden Firmen die Arbeit wieder aufnehmen: Czarnikow, Lenja, Günter u. Goldwedel, Vertz u. Schabe, Gebr. Müller, Rabib, Nagur, Schmidt, Drechsler, Schulz, Passage, Waj, Lütman und Stehle.

Der Vertrauensmann der Rabibpuyer.  
**Dem Berliner Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes** ging folgendes Dankschreiben der dänischen Kollegen zu:

Indem wir Euch hiermit für die uns geleistete kollegiale Unterstützung in dem schweren Kampfe diesen Sommer unseren herzlichsten Dank übersenden, teilen wir Euch gleichzeitig mit, daß dieser Kampf nun beendet ist, und zwar so beendigt, daß hier nur die Rede von einer totalen Niederlage der vereinigten dänischen Kapitalisten sein kann.

Wir haben diesen viermonatlichen Kampf ausgehalten ohne das geringste Schwanken und wir schließen ihn mit einer Verdoppelung des Wochenbeitrages an unseren Verband. Wir werden mit Begeisterung die Arbeit fortsetzen, das kapitalistische Joch zu brechen und für unser Mitbestimmungsrecht im Verhältnis zwischen Meister und Geselle, zwischen Arbeitgeber und Arbeiter einzutreten.

Wir werden ebenso wenig vergessen, wenn es an Euch ist, in den Kampf zu kommen, Widervergeltung gegen Euch zu üben. Wir haben vollkommen einsehen gelernt, was die internationale Solidarität bedeutet im Verfechtungskampfe der Arbeiter, und wir versprechen Euch, daß wir mit Dank für die erhaltene Unterstützung zu Gegenleistungen bereit sein werden.

Mit kollegialem Gruß und Dank  
Für den dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverband:  
J. A. Hansen, Vorsitzender.

## Deutsches Reich.

**Die Tischler und Maschinenarbeiter der Wäntscherei von S. Mittag in Kottbus** haben eine Erhöhung des Minimallohnes von 30 auf 33 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Von den 85 dort beschäftigten Arbeitern sind 75 organisiert und ist es wohl diesem Umstande zu verdanken, daß die Firma die Forderungen bewilligte. Die Arbeitszeit in diesem Betrieb beträgt 07 1/2 Stunden. Leider arbeiten bei den Kottbusser Kleinmeistern die Gesellen noch 61-66 Stunden wöchentlich.

**Die Lohnbewegung der Hamburger Klempner** ist für die Arbeiter durchaus günstig verlaufen, so daß sie in einigen Tagen wohl für beendet erklärt werden wird; es sind nur noch 70 Mann ausständig.

**Die Hamburger Glaser** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen gehen auf 27 M. Minimallohn, 30 Pf. für die Ueberstunde, 75 Pf. pro Stunde für Sonntagarbeit, für Zuschläge bis zu vierzehn Tagen 5 M. pro Tag. Diese Forderungen sollen der Innung unterbreitet werden.

**Der Streik in der Lachmannschen Fabrik für Musikwerke** in Leipzig-Gohlis ist eingetreten. Der letzte Versuch, die Direktion zur Zurücknahme der provisorischen Entlassung der 18 alten Arbeiter zu veranlassen, schlug fehl. Darauf erfolgte die Arbeitsentlassung. Von mehr als 600 Arbeitern und Arbeiterinnen blieben etwa 30 stehen. In die Streikkommission ist auch ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen, die ebenfalls mit ausständig geworden sind, gewählt worden.

**An die Zimmerer Deutschlands!** Schon seit 9 Wochen befinden sich die Zimmerer Elberfelds im Streik. Trotzdem die Herren Meister sehr unter dem Streik leiden, weigern sie sich hartnäckig, unsere Forderungen anzuerkennen. Nachdem wir den Meistern in einer Besprechung, an der beide Parteien teilnahmen, sehr weit entgegengekommen sind, indem wir von den ohnehin sehr minimalen Forderungen noch etwas absetzten, die Meister uns gegenüber aber fast gar kein Entgegenkommen zeigten, scheiterten die Verhandlungen. Die Meister versuchen nun alles Mögliche, um Kameraden von Kundwärts heranzuziehen; sie scheuen sich auch nicht, mit einer faulstüchtigen Unwahrheit haufenweise zu gehen, indem sie in den Zeitungen ganz Deutschlands bekannt machen, der Streik sei hier beendet.

Zusolgedessen ist der Zugang in der letzten Zeit bedeutend stärker geworden, die Angekommenen sind aber wieder abgereist.

Wir erklären, der Streik dauert unverändert fort und wir erheben sämtliche Zimmerer, sich nicht von dem Unternehmertum umgarnen zu lassen und den Zugang nach Elberfeld fernzuhalten.

Die Streikleitung,  
J. A. Wils, Jung.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Ausland.

**Bei den „Typographen des heiligen apostolischen Stuhles“**, wie sich die frommen Besitzer des großen polygraphischen Establishments mit seinen 700 Arbeitern in dem frommen Wallfahrtsorte Einsiedeln selbst nennen, ist ein Konflikt ausgebrochen. Das jetzt einer Aktiengesellschaft gehörige Geschäft, dessen Vorbesitzer, die Gebr. Verziger u. Cie., schwere Millionäre sind, zeichnet sich von jeher durch die miserabelsten Arbeitsverhältnisse aus. Die Mitglieder des Typographenbundes, sowie andere organisierte Arbeiter sind in dem Betriebe nicht zugelassen. Die Tagesverdienste der Arbeiter betragen dort nicht mehr als 3 bis 3,50 Fr., und nur ist den Arbeitern noch eine Lohnreduktion von 20 bis 25 Proz. angekündigt worden. Arbeiterssekretär G. Reulich und der bekannte Professor Dr. Wed sind zur Vermittlung angegangen worden. Mittlerweile organisieren sich die „so lange indifferenten Arbeiter.“ Hoffentlich teilt die heyerische „Wäntschische Volkszeit.“ auch diese Vorgänge ihren frommen katholischen Lesern mit.

**In einer Wäntschler-Versammlung**, die am Dienstag bei Keller tagte, referierte Glode über den Verlauf der Lohnbewegung der Wäntschler. Er sagte, mit Rücksicht darauf, daß die Bewegung nicht lange vorbereitet war, und auch ein nicht unerheblicher Teil der Wäntschler der Organisation fern stand, könne man mit dem Resultat des Streiks immerhin zufrieden sein. Etwa 2000 Kollegen in 150 Werkstätten haben die Forderungen bewilligt erhalten. Jetzt gelte es, die Errungenschaften festzuhalten, und auch in denjenigen Werkstätten, die sich der Bewegung nicht angeschlossen hatten, die Forderungen zur geeigneten Zeit zur Durchführung zu bringen. Wenn es sich diesmal auch nur um eine Erhöhung der Accordpreise handelte, so müsse doch die allgemeine Einführung der Lohnarbeit das Ziel der Bewegung sein, welches jedoch nur erreicht werden könne durch eine starke Organisation. Pflicht der Wäntschler sei es daher, zusammenzuhalten, die Reihen der Organisation zu mehren, damit nicht nur das jetzt Errungene dauernd zu erhalten, sondern auch weitere Maßnahmen im Interesse der Berufsgenossen durchgeführt werden können. — Die nachfolgenden Redner gaben derselben Meinung Ausdruck.

**In einer Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen**, die am Mittwoch im Lokal Königsbank tagte und sehr zahlreich besucht war, referierte Koyke über den Streik bei der Firma Feibisch. Der Redner teilte mit, daß die Weber in Nowawes im Anschluß an die Lohnbewegung der Berliner Teppichweber selbständig Forderungen stellen wollen, und daß sie bereit wären, wenn nötig, im Interesse ihrer Berliner Kollegen die Arbeit ruhen zu lassen. Diese Bekundung des Solidaritätsgefühls wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Es werde — meinte der Redner — wohl nicht nötig sein, von dem Anerbieten der Nowaweser Kollegen Gebrauch zu machen, da der Streik in der Wäntschlerischen Fabrik so günstig stehe, daß der Sieg gewiß sei. Dann besprach Koyke die Lohnbewegung der Posamentierer und sicherte denselben die volle Sympathie sämtlicher Textilarbeiter zu. Nachdem sich mehrere Redner in gleichem Sinne geäußert hatten, wurde eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung mit der Lohnbewegung der Teppichweber und der Berliner Posamentierer solidarisch erklärt und den Streikenden moralische und materielle Unterstützung verspricht.

**Die Holzarbeiter** versammelten sich in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung bei Stechert, Andreasstraße, um zu der vorzunehmenden neuen Organisationsgestaltung Stellung zu nehmen. Um den Kollegen ein klares Bild über das Wesen der eventuellen neuen Organisationsform geben zu können, hatte der Vorstand als Referenten Genossen F. Kater (Anhänger der centralisierten Lokalvereine), als Korreferenten Genossen Glode (Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes) ersucht, in der Versammlung zu erscheinen. Nachdem beide, Kater und Glode, die bekannten Anschauungen über die Organisationsformen entwickelt hatten, fand eine lebhafte Diskussion statt, an der sich Anhänger beider Richtungen in gleichem Maße beteiligten. Schlußendlich wurde ein Antrag angenommen, eine Urabstimmung in den einzelnen Werkstätten vorzunehmen. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, welche das erhaltene Material zu bearbeiten und in der nächsten Versammlung vorzulegen hat.

**Schöneberg.** Eine von dem Vertrauensmann einberufene Versammlung der Parteigenossen erstreckte sich eines sehr guten Besuchs. Die Gedrängtheit stand dem Mann am Mann im Oblichen Lokale, um Stellung zu nehmen zu den im November bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnissen. In längeren Ausführungen gaben die Genossen Meiling und Schuberth einen Situationsbericht. Da in der 3. Abteilung 5 Stadtverordnete aufgelöst wurden, von denen jedoch 2 Hausbesitzer sein müssen, so ergab sich für die Schöneberger Parteigenossen die Notwendigkeit, zu prüfen, ob es möglich sei, alle 5 Bezirke mit Kandidaten zu besetzen. In der darauf folgenden Diskussion wurde von allen Seiten betont, daß man sich mit Besetzung der Bezirke begnügen möchte, in denen keine Hausbesitzer anzustellen seien, da uns dazu geeignete Kandidaten fehlen. Es wurde auch dementsprechend beschlossen. Als Kandidaten wurden aufgestellt im 6. Bezirk W. A. W. im 12. Bezirk Schuberth und im 13. Bezirk Sämler. Ein Wahlvorstand, bestehend aus Käta, Pfeiffer, Obst, Marx, Wurre, Gäbener und Nagel, soll die Agitation leiten und alle sonstigen Maßregeln treffen.

**Nordorf.** Hier fand am 7. d. M. eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt. Einisch berichtete über den Verlauf des stattgefundenen Streiks der Wäntschler Berlins und der Kororie. Redner hob hervor, daß die fast sämtlich bewilligten Forderungen nur aufrecht erhalten bleiben durch ein festes Zusammenhalten der Kollegen, und daß es ratsam ist, unter Hinweis des zum nächsten Frühjahr in Aussicht stehenden Streiks, jeden nicht dem deutschen Holzarbeiter-Verband angehörenden Kollegen zu veranlassen, demselben beizutreten. An Stelle des Kollegen Vogel wurde Kollege Wignath als Vertrauensmann gewählt. Zur Annahme einer Kandidatur zum Gesellenauschub der Zwangsinnung wurden 8 Kollegen, und zur Gewerbeerichtswahl 5 Kollegen veranlaßt.

## Das Hochwasser

hielt sowohl in Bayern, wie in Schlesien und Oesterreich auch gestern noch an. In Bayern hat es zu einem furchtbaren Eisenbahnunglück geführt.

Gente nacht wurde infolge eines Wehrbruchs der Ilen der Pfeiler Flußbrücke bei Kilometer 85,9 zwischen Mähldorf und Koberbach unterbrochen. Der Zug Nr. 977 ist an der Stelle abgestürzt. Derselbe steht ungefähr drei Meter tief im Wasser. Das Zugpersonal, mit Ausnahme des Wagenwärters Reuhäuser, welcher angab, daß sich keine Reisenden im Zuge befanden, ist ertrunken. Als Beiräte befanden sich bei dem Zuge der Führer Rechner, der Heizer Obenaier, der Hülfsheizer Vrenbl, der Zugführer Ballbrunn und die Schaffner John und Lutz, sämtlich aus Rosenheim.

Weiterhin wird aus der bayerischen Hauptstadt gemeldet: Der fremden Regen hat seit heute früh sechs Uhr nachgelassen. Vom Gebirge wird aber gemeldet, daß in letzter Nacht neue Wolkenbrüche niedergegangen sind, und daher ein weiteres Steigen des Hochwassers zu befürchten ist.

Obwohl gestern in München und, soweit Meldungen vorliegen, auch im oberbayerischen Gebirge kein Regen niedergegangen ist, ist die Flut im Laufe des Tages noch nicht weiter gefallen. Abends 6 1/2 Uhr ist die erst vor einigen Jahren erbaute eiserne Prinzregenten-Brücke, welche bei der Prinzregenten-Strasse gegenüber dem neuen Friedens-Denkmal über die Flut fährt, infolge Untergründung eines Pfeilers vollständig eingestürzt.

Infolge andauernder Schwierigkeiten bei den Elektrizitätswerken mußte der Verkehr der elektrischen Tramway in München gestern abend um 8 Uhr eingestellt werden. Die elektrische Stadtbeleuchtung wird in halbem Umfang durchgeführt. Die Abgabe von elektrischem Licht an Privats unterliegt starken Einschränkungen. Aus mehreren Orten Oberbayerns wird der Einsturz von Brücken und einzelner Häuser gemeldet. Aus Brien am Chiemsee und Rosenheim kommen Nachrichten von großen Verheerungen. Der Eisenbahnverkehr ist auf den Linien nach Süden und Südosten von München unterbrochen. Traunstein ist von allem Bahn- und Postverkehr abgeschnitten.

Die Hochflut erreichte Passau gestern um mittag, das Rathaus, das Postamtgebäude und mehrere andere öffentliche Gebäude und Privatgebäude stehen unter Wasser. Mehrere Häuser drohen einzustürzen. Die Inndämme ist abgeperrt. Die Brücke zwischen Schärding und Reubaus ist eingestürzt. Viel Vieh ist ertrunken. Aus Breslau meldet ein Telegramm: Infolge Hochwassers ist die Straße Bad Hermsdorf-Schmiedeberg gesperrt. Der Güterverkehr wird umgeleitet, der Personenverkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Vom Oberlauf aller schlesischen Flüsse wird Zurückgehen des Hochwassers gemeldet. Die Bewohner der gefährdeten zweifeln Ortschaften kehren in die Wohnungen zurück.

Den bis 1 Uhr mittags in Breslau eingelaufenen amtlichen Telegrammen zufolge steigen gegenwärtig nur noch der Quelllauf der Oder, die Glaser Reisse von Reisse abwärts, das Striegauer Wasser, der Bober, von Sagan abwärts, und die Lausitzer Reisse unterhalb Görlitz.

Der Wasserstand des Bober ist auf 3,70 Meter gestiegen, und steigt noch. Die Woberaue, das Mühlenwerder und das Fischwerder sind überflutet.

Aus Dresden wird amtlich berichtet: Auf der Linie Aue-Kdorf ist ab 13. September die Strecke zwischen Schönheider Hammer und Wilschhaus infolge Hochwassers für den Güterverkehr auf längere Zeit gesperrt. Umleitung über Kdorf bezw. Aue ist angeordnet, Personenverkehr ab 15. d. M. durch Umsteigen möglich.

Auch aus allen Teilen Oesterreich-Ungarns treffen Nachrichten über die durch das Hochwasser angerichteten Schäden ein.

In Gmunden steht der Seebahnhof unter Wasser, die Brücken sind eingestürzt. Die Stadt ist völlig überflutet. Der Hochwasserstand von 1897 ist überschritten, die Lage ist hoffnungslos. Unweit Linz ist der Damm bei Kleinmünchen gerissen, die Traumbücke bei Rembach wurde weggerissen, ebenso der Inundationsdamm bei Wels. In Walshtadt herrscht große Gefahr, ein Haus ist bereits eingestürzt. In Fischl sind sämtliche über die Traun führende Brücken zerstört. Pioneer sind zur Hilfeleistung entsendet.

Troy des enormen Hochwassers der Donau ist Wien nicht bedroht, daß der in den letzten Jahren gebauten Dämme, Schleusen und Kanäle. Aber durch die Zerstörungen der Bahndämme am rechten Donau-Ufer ist der ober- und niederösterreichische Bahverkehr zwischen Linz und Wien unterbrochen. Nur durch Böhmen über Budweis ist der Verkehr möglich.

Aus Linz wird gemeldet: Die Aufseiterung des Wetters hält an. Gestern abend sind an verschiedenen Orten mehrere Brücken weggerissen und zahlreiche Häuser eingestürzt; der Verkehr ist unterbrochen. In den Bezirken Nied und Schärding fanden große Ueberschwemmungen statt, im Bezirke Steyr sind große Verheerungen angerichtet. Der Jura steigt bedeutend, die Traun bei Wels fällt langsam, Budweis, Maltitz und Wolfau sinken langsam.

Ein Teil der Stadt Salzburg und mehrere Ortschaften der Umgegend sind überflutet. Der Wasserstand ist höher als im Jahre 1897. Ueberall hin ist Militär zur Hilfeleistung entsandt. Alle Bahnverbindungen sind unterbrochen. Heute heitert sich das Wetter auf. Das Wasser fällt langsam.

In Payerbach bei Gloggnitz ist die eiserne Weide über die Schwarz eingestürzt. Der Einsturz erfolgte so rasch, daß zwei Feuerwehrlente und ein Wirtschaftsbesitzer sich nicht mehr retten konnten und ertranken. Wie aus Payerbach und Gmunden gemeldet wird, hat das Wetter sich aufgelockert; der Wasserzufluß nimmt ab. Der verursachte Schaden ist sehr groß.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg, 14. September.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen Unterschlagung von dreihunderttausend Mark sind heute die Prokuristen der Hamburger Kommerz- und Diskontobank, Dittmer und Läubert verhaftet worden. Die Unterschlagung wurde durch den Bücherrevisor entdeckt.

**Köln, 14. Sept. (V. G.)** Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt zu den beantragten Nachrichten aus Schantung: Eine Erklärung, der man von amtlicher deutscher Seite bisher eine Bestätigung nicht gegeben habe, liegt vielleicht darin, daß die aus dem Alt-Bezirkegebiet an den deutschen Gesandten in Peking gerichteten Telegramme von der chinesischen Regierung ausgegangen worden seien. In Berlin halle man an der Auffassung fest, daß der diplomatische Schutz sich nur auf deutsche Staatsangehörige zu erstrecken habe, aber nicht auf die christlich genordnete chinesische Bevölkerung, da man sonst zu unabwehrbaren Konflikten mit der chinesischen Regierung kommen werde. Das Blatt sagt, aus dieser unklaren Lage werde die Diplomatie eine Ausflucht suchen müssen, zumal die Kulturarbeit der dortigen deutschen Ingenieure bedroht ist. Man macht sich darauf gefaßt, daß der Bahnbau unter beständigem militärischem Schutz betrieben werden muß, und daß nach der Fertigstellung der Bahn die einzelnen Stationen militärisch besetzt bleiben müssen, um sie vor der Zerstörungswut des chinesischen Pöbels zu sichern.

**Reichenberg i. B., 14. Septbr. (M. T. B.)** In der Baumwollwaren-Fabrik von Frisch u. Co. in Paudorf haben heute 400 Weber die Arbeit eingestellt. Sie haben 10 Forderungen überreicht, darunter den Lohnstundentag, eine 25prozentige Lohn-erhöhung und die Freigabe des ersten Vol.

**Prag, 14. Septbr. (M. T. B.)** In einer heute stattgehabten Besprechung von Vertretern des tschechischen Reichsrats-Klubs mit Vertretern des konservativen Großgrundbesitzes wurde ein solldarisches Vorgehen beider Klubs bei der von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. v. Fuchs einberufenen Konferenz beschlossen.

**Venedig, 14. September. (V. G.)** Morgen findet hier eine Versammlung hiesiger Industrieller und Künstler statt bezw. Entscheidung über einen Vorkott der Pariser Weltausstellung.

**Paris, 14. September. (V. G.)** Guerin hielt heute auf dem Dache seiner Festung eine Truppenchau ab über seine 12 Mann zählende Besatzung. Eine Dame, welche sich aus einem gegenüber liegenden Fenster mit Guerin durch die Zeichensprache unterhielt, wurde verhaftet.

**Paris, 14. September. (V. G.)** Der Senatspräsident lehnt am Sonntag nach hier zurück. Die Inhaftierung der neuen Gefängniszellen im Bibliotheksaale des Senatspalastes wird am Sonntag abend beendet. Weiter wird ein spezieller Saal eingerichtet, damit die Angeklagten sich nicht mit den Familienmitgliedern unterhalten können. Auch für den Gerichtshof und für den Regierungskommissar wird ein Saal eingerichtet. Die Senatoren sollen zur Verhandlung im Saal und weißer Binde erscheinen, um der Angelegenheit den Stempel der Feierlichkeit aufzudrücken.

**Paris, 14. September. (V. G.)** Die „Patrie“ meldet, die Regierung sei hauptsächlich bereit, eine allgemeine Amnestie zu fordern, in welcher alle mit der Dreifus-Anglegenheit zusammenhängenden Prozesse einbezogen sein sollen. Nur die Komplottangelegenheit soll ausgeschlossen sein.

**Paris, 14. September. (M. T. B.)** Das „Journal de Debats“ meldet, die gerichtliche Untersuchung, welche bezüglich des dem Staatsgerichtshof überwiesenen Komplotts eingeleitet worden ist, habe ergeben, daß alle Kundgebungen der letzten Zeit, namentlich die gelegentlich der Wahl Doubeis, des Begrüßtes haures und der Wetremen in Anteil usw. von Agenten der royalistischen Ligen vorbereitet worden sind, die in beständiger Verbindung mit dem Herzog von Orleans waren. Der „Temps“ veröffentlicht eine ähnliche Meldung und fügt hinzu, daß in einigen Städten Mitglieder der Freisinnlichkeit die royalistischen Umtriebe unterstützt hätten.

**Rom, 14. Sept. (M. T. B.)** Der Vorklagelammer des Appellgerichtshofes sind die Anträge des Generalsstaatsanwalts zugegangen, welcher die Deputierten Brissolati, de Felice, Brampolini und Morgari verantwortlich für die Beschädigung der Abstammungsurnen in der Kammer Sitzung vom 30. Juni macht und die Verweisung derselben vor die Geschworenen verlangt.

**Petersburg, 14. September. (M. T. B.)** Die Dampfer der russischen, nach den Windungen des Ob und des Jenissei bestimmten Handels-Expedition, welche der Eisverhältnisse wegen umkehren mußten, sind in Hammerfest eingetroffen. Der Dampfer „Arthur“ ist vom Eise gedrückt worden und gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

**Kapstadt, 14. Sept. (Meldung des Meuterischen Bureaus“.)** Im Orange-Frisstaat ist eine Partei, die nachdrücklich für Erhaltung des Friedens eintritt, eifrig bemüht, auf Transvaal zwecks Annahme der in der Depesche Chamberlains enthaltenen Bedingungen einzuwirken.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Am Sonntag, den 17. September, findet der diesjährige Provinzial-Parteitag in Berlin im Lokale des Herrn Stecher, Andreasstr. 21, statt. Eröffnung präcise 12 Uhr mittags. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Bericht der Agitations-Kommission. Referent: Genosse F. Koyte.
2. Der Gesuchentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Arthur Stadthagen.
3. Agitation und Organisation.
4. Anträge.

Die Delegierten werden gebeten, pünktlich zur Stelle zu sein und sich mit einem Mandat zu versehen.

Parteigenossen und Genossen, welche den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben sich in den Besitz einer Einladungskarte zu setzen, da des beschränkten Raumes wegen der Zutritt nur gegen Vorzeigung einer solchen gestattet werden kann.

Mit Parteigrüß!

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. J. A.: Carl Dimmid, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 14. September, nachmittags 6 Uhr.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung wird beherrscht durch die bereits belananten Anträge Singer betreffend eine ausgiebigere Betätigung der Kommune auf den Gebieten des Arbeiter- und des Kleinfeldbesitzes; daneben kommt die von den Stadtv. Kreitzing u. Wen. schon vor den Ferien (27. Juni) gestellte Anfrage in Betracht, welche die Arbeiterverhältnisse und die Unterbringung der Arbeiter auf den städtischen Kleinfeldern zum Gegenstande hat und die der Magistrat heute zu beantworten gedenkt.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen Bewilligung von Altersvergütungen an Ranglisten ist u. a. Stadtv. Singer deputiert.

Als Nachtrag zur Tagesordnung steht die Verlesung über die Vorlage, betreffend die Erwerbung von Ländereien in Jepernitz, Schönow und Birkbusch zur Erweiterung der Kleinfelder. Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Die Anfrage der Stadtv. Kreitzing und Wenossen lautet:

Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat um Auskunft:

- 1. Sind die in einigen Berliner Zeitungen gemachten Darstellungen über die Arbeiterverhältnisse und die Unterbringung der Arbeiter auf den Kleinfeldern der Stadt Berlin der Wahrheit entsprechend?
2. Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat event. zur Abhilfe der Uebelstände zu ergreifen?

Stadtv. Kreitzing verweist auf die belananten Zeitungsaufsätze, welche im Juni über den Gegenstand der Anfrage erschienen sind, und erwähnt, daß auch im preussischen Abgeordnetenhaus die Sache gestreift worden sei, ebenso wie dies hinsichtlich der Unterbringungsfrage im Reichstags geschah; auch im Zusammenhang mit der Neuerung des Kaisers über die Arbeiterwohnungen in Cabinen habe man in den Zeitungen Kritik geübt.

Stadtrat Warggraff: Die betreffenden Angaben traten zuerst in der „Staatsbürger Zeitung“ auf, welche Graf Rindowstrom im Herrenhause citierte; danach seien 8 Schmitterfamilien in Plankenfelde in 8 nebeneinanderstehenden Betten untergebracht worden. Andere Notizen bezogen sich auf die Unzulänglichkeit der Löhne. In letzterer Beziehung sind nun aber eigentliche Klagen nicht zu konstatieren. Die sämtlichen städtischen Deputationen sind angewiesen worden, eine Nachweisung der Löhne, Arbeitszeit usw. der Arbeiter in sämtlichen städtischen Betrieben aufzustellen. Diese Nachweisung ist noch nicht fertig; es wird sich empfehlen, die Lohnverhältnisse erst bei Gelegenheit der Vorlegung dieses Materials zu erörtern. Hinsichtlich der Frage der Arbeiterverhältnisse ist vor 2 Jahren hier ausführlich verhandelt worden; die Deputation hat neuerdings eine Verfügung über die Beschäftigung von Kindern erlassen, welche strikte innegehalten wird, so sehr auch gerade die Eltern der betreffenden Kinder sich vielfach dagegen gestraubt haben.

Die Wohnungsverhältnisse anlangend, äußert sich die gesamte Presse, soweit es sich um Arbeiterwohnungen handelt, günstig und auch der Artikel des „Berliner Tageblatt“ vom 18. Juni 1899 hat gerade Veranlassung gegeben, das günstige Urteil zu bestätigen. Die Wohnungen der Arbeiter bzw. Tagelöhner werden auch vom „Tageblatt“ gelobt, die Häuser der Schmitter aber bemängelt; es wird hervorgehoben, daß, auch nachdem die Sache vor acht Tagen im Reichstag zur Sprache gekommen sei, noch fünf Ehepaare in fünf Betten in einem Zimmer schlafen müßten. Außerdem wird nur in einem anderen Blatte von Heinersdorf ein Fall hervorgehoben, wo zwei kinderreiche Familien unzulänglich untergebracht seien. In diesem Punkte ist der Magistrat in schlimmer Lage; er kann den Leuten, wenn die Familie sich vermehrt, doch deshalb die Wohnung nicht wegnehmen. Ehenso liegt es, wenn die Leute, wenn sie sich eingelebt haben, ihre Mutter, Schwiegermutter, auch sonst wohl noch ein Familienmitglied nachkommen lassen. Schritte der Magistrat da ein, so würde er der Härte geziehen werden. Es gibt ordentliche und unordentliche Frauen, es gibt sparame und verschwenderische Männer; mit allen diesen Faktoren muß gerechnet werden, und der Magistrat muß sich mit dem Maß von Einfluß, das er üben will, sehr versehen. Weiden Schmitter muß ich das Vorhandensein von Uebelständen offen und ehrlich eingestehen. Ich will das nicht entschuldigen, sondern zu erklären versuchen. Der Uebelstand, daß mehrere Ehepaare zusammen in einem Zimmer wohnen, ist sofort abgestellt worden. Aber damit ist allerdings noch nicht allen Ansprüchen, die wir machen, und die auch eine zu Recht bestehende Polizeiverordnung erhebt, entsprochen. Nun ist das Bedürfnis nach Vermehrung der Arbeitskräfte bei uns sehr schnell gewachsen. Mit den Bauten ist es nicht immer so schnell vorwärts gegangen, als wir es wollten, und für den betreffenden Beamten ist es wohl erklärlich, daß er für ein bloßes Provisorium nicht allzuvielle Umstände machen wollte. Nicht weniger als 5 Proz. des Bauwertes der Güter haben wir nachweislich für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgegeben. (Hört! hört!) Lange vor der Veröffentlichung der „Staatsb. Ztg.“ lagen eine Fülle von Anträgen auf Neubau von Schmitterbaracken zum nächsten Etat vor. Gebaut haben wir fleißig; ein vorsichtiger Haushalter soll auch nicht übermäßig viel Mittel auf einmal fordern. Die erste Sorge gilt doch auch den ständigen Arbeitern, welche manausgesetzt, auch den ganzen Winter, auf den Kleinfeldern verbringen. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten hat der Landrat von Niederbarnim die Baracken revidieren lassen, bei welcher Gelegenheit noch einige Monita gezogen

worden sind. Die Sanitätsdeputation hat die betreffenden Verbesserungen, obwohl Gelder dafür im Etat nicht vorgesehen sind, sofort vornehmen lassen, und eine neuerliche Revision hat ergeben, daß alle Bedenken erledigt worden sind, bis auf das eine, daß noch mehrfach zwei Personen in einem Bette schlafen. Nach der neuesten Revision ist aber auch dieser Zustand beseitigt, indem Zwischenwände in den Betten geschaffen worden sind, welche nicht herausgenommen werden können. Bisher ist es übrigens überall üblich, daß nicht die Gutsverwaltung über die Unterbringung der Leute disponiert, sondern daß das der sogen. Wortschmitter macht; in Zukunft wird daran bei uns natürlich nicht mehr festgehalten werden. Alles in allem war die Sache doch nicht so schlimm, wie die Zeitungen darüber geschrieben haben. Es werden sich nicht viel Güter in Preußen finden, wo die Arbeiterfürsorge so gut geordnet ist, wie seitens Berlins. Bezüglich der Sittlichkeitsfrage, die von mehreren Seiten mit solcher Entrüstung ausgepielt ist, muß doch daran erinnert werden, daß die Lebensgewohnheit dieser Leute vieles nicht für unbillig anstößt, was in verfeinerten Kreisen dafür gilt; ob die Leute deshalb unbilliger sind als andere, darf bezweifelt werden. Aber schon aus erzieherischen Gründen wird es gut sein, wenn Berlin in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangeht. (Beifall.)

Auf Antrag Singer wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Stadtv. Stadthagen: Die uns gegebene Auskunft hat bestätigt, daß, soweit es sich um die Wohnungsverhältnisse auf den Kleinfeldern handelt, Zustände herrschen, wie sie schlimmer auf vielen Gütern des Ostens und der Provinz Brandenburg nicht vorhanden sind. Es kann ja noch schlechtere Zustände geben, aber wenn das Zusammenwohnen mehrerer Familien in einem Räume hat zugegeben werden müssen, wenn Eltern, Großeltern und Kinder und vielleicht noch Einlieger in einer Stube zusammenschlafen, so haben wir Verhältnisse vor uns, wie sie den Gegenstand des allgemeinsten Tadels bilden, wenn sie im östlichen Grundbesitz konstatiert werden. So lange wir in unserer Verwaltung, in unserem Inspektorenpersonal agrarische Verhältnisse haben, werden diese menschenunwürdigen Zustände fortbestehen. (Unruhe.) Daß es noch schlimmer ist, als der Magistratsvertreter meint, ergibt sich daraus, daß, nachdem die Veröffentlichungen erfolgt waren, seitens des Inspektors in Malchow strenger Befehl gegeben ist, niemand in die Wohnungen hineinzulassen. Arbeiter haben mir vielfach gesagt, daß kein Besuch bei ihnen zugelassen wird, das ließe so in ihren Kontrakten. In Ost- und West-Sternberg werden auf den Gütern wenigstens höhere Löhne gezahlt. Menschenunwürdig ist es, Menschen verschiedenen Geschlechts zusammen wohnen zu lassen, die nicht verheiratet sind, und menschenunwürdig, solche Wohnungen anzuweisen. (Wachsende Unruhe.) Das ist durch die Wälder gegangen und vom Magistratsvertreter nicht widerlegt worden. Menschenunwürdig ist auch die lange Arbeitszeit auf den Kleinfeldern, wenn die mir aus Malchow gemachten Mitteilungen richtig sind. Der Tagelöhner dort muß 18 Stunden, der Kleinfelderer ebenso 18 Stunden arbeiten, die letzteren erhalten für die Stunde 25 Pf. und müssen das Essen während der Arbeitszeit stehend einnehmen. (Lachen.) Wenn Sie in dieser Lage wären, würden Sie Schmerz darüber empfinden; das Eintrittsverbot des Inspektors spricht für die Wahrheit auch dieser Behauptung. Mindestens müßte jeder Stadterordneter zugelassen werden. Daß das Essen stehend eingenommen werden muß, ist mir von mehreren Kleinfeldern mitgeteilt; es soll ihnen bei Strafe sofortiger Entlassung verboten sein, sich auch nur wenige Minuten zu setzen. Solche Zustände sind doch menschenunwürdig. (Lachen: Wir glauben nicht daran!) Ja, wir sind doch dazu da, solche Behauptungen anzuführen. Wie steht es mit der Sonntagstrabe, wie lang ist die Arbeitszeit der einzelnen Kategorien? Auf alle diese Fragen muß der Magistrat Auskunft geben. Bezüglich der Wohnungsverhältnisse ist auch nicht aufgeklärt worden, wieviel Luftstrom auf jeden Arbeiter entfällt. Ueber die Lohnverhältnisse sollen wir ja noch genauere Auskunft erhalten. Und sind Lohsätze von 48, 44, 40 M. monatlich genannt worden, ja ein Satz von 1,25 M., was selbst hinter Ost- und West-Sternberg zurückbleibt, wo 1,50 M. pro Tag und höheres Deputat als von Berlin gezahlt werden. Es müssen wenigstens 3 M. für die tägliche Arbeitszeit gezahlt werden; es ist unwürdig, sich darauf zu beziehen, daß auch andere Leute schlecht bezahlen. 3 M. ist als Minimum der Entlohnung keine übertriebene Forderung. Einige unserer Verwaltungsbeamten scheinen im Punkte der mangelhaften Entlohnung den Verhältnissen im Osten nachsehen zu wollen; das darf nicht sein. Aus Malchow ist mir hinterbracht worden, daß auch wegen ihrer politischen Gesinnung Maßregelungen der Arbeiter eintreten konnten; einem Wirte ist anheimgestellt worden, sein Lokal zu Arbeiterversammlungen nicht herzugeben. Die Mißstände, wie sie auf den Kleinfeldern bestehen, dürfen nicht ferner geduldet werden und ihre Abstellung darf nicht bis zur Staatsberatung hinausgeschoben werden. (Beifall und Zischen.)

Stadtrat Strube: Nachdem diese „menschenunwürdigen“ Anlagen hier gegen die Verwaltung geschleudert sind, bleibt mir trotz meiner Feindschaft und trotzdem die Auskunft schon gegeben ist, nichts übrig, als doch noch das Wort zu ergreifen. Es werden Anlagen gegen und geschleudert auf Grund vom Hörensagen, wie es ähnlich in einem anderen Lande zur allgemeinen Entrüstung geschehen ist. Sie haben Anlagen erhoben nicht auf Grund eigener Erfahrung (Stadtv. Stadthagen: Ich bin nicht Schmitter!), sondern bloß auf ein on dit hin. Wir sollen aus den Arbeitern Klagen machen, ihre politische Gesinnung unterdrücken. Jedem Beamten, den ich bestelle, mache ich zur Pflicht, seine Autorität auf politischem Gebiete nicht geltend zu machen, ich dulde keine Agitation für irgend eine Partei. Wie ist die ganze Frage entstanden? Wir haben einen Arzt gehabt, den wir entlassen hatten, um zwei andere anzustellen, weil wir die Verhältnisse der Arbeiter in diesem Punkte verbessern wollten. Unter den beiden befand sich zufällig ein Jude. Einige Tage darauf erschien in Plankenfelde ein Mann, der sich dort die Einrichtungen ansah und dem man arglos auch das Innere einer Schmitterbaracke zeigte; wenige Tage darauf stand der erste Artikel in der „Staatsb. Ztg.“ Die Wahl dieses Organs darf ich wohl darauf zurückführen, daß einer der Ärzte ein Jude war. Dann kam die Debatte im Reichstags, worauf ich dem Präsidenten des Reichstages schrieb, ich wäre bereit, jedem, der kommen würde, das Innere der Kleinfelder zu zeigen. Graf Rindowstrom hat dem Präsidenten erklärt, er seinerseits wäre nicht in der Lage, darauf einzugehen, weil er keine Garantie habe, daß die Zustände noch so wären, wie geschilbert. Er unterstellte also, daß betrügerisch vorgegangen werden könnte; mit einem Herrn, der solche Unterstellung macht, kam ich nicht in Korrespondenz treten, von dem muß ich jede Belehrung ablehnen. Später kam ein Reporter zu mir, der eine Revision der Wohnungsverhältnisse vornehmen und darüber gegen Honorar in den Zeitungen berichten wollte. Ich lehnte es ab, dazu meine Einwilligung zu geben, und dann ist er auf eigene Faust vorgegangen. Daher die „Tageblatt“-Artikel. Die Zustände auf unseren Kleinfeldern sind nicht menschenunwürdig, sondern mangelhaft, sie finden sich höchstens in derselben Verfassung bei einigen großen Magnaten. Wir haben die Güter in allerdings schauerlicherem Zustande übernommen; daß wir unsere Schuldigkeit nicht gethan hätten, um diesen Schaden gut zu machen, ist eine Unwahrheit, gegen die ich mich aufs eifrigste verhalten habe. Es ist aufs höchste zu beklagen, daß ein Mitglied der Verwaltung gegen dieselbe solche Angriffe schleudert. (Stadtv. Stadthagen: Welche meiner Behauptungen sind unwahr?) Ein Logierhaus Witten wir für die Kinder einer Arbeiter-

familie nicht bauen; wenn jedes Kind seine Stube allein haben soll, müssen Sie nur das Geld dazu bewilligen. Die Familie hat zwei Stuben und Küche. Was wir für menschenwürdig und angemessen erachten, das thun wir, nicht mehr und nicht weniger. Bei den Schmitterfamilien ist es ja zu Mißständen gekommen (Wah!), aber wie können Sie verlangen, daß wir damit so schnell vorwärts kommen, wenn der Grundbesitz der Stadt in kurzer Zeit von einem Gut auf zwei Quadratmetern gewachsen ist?

Stadtv. Kreitzing: Ueber die Lohnverhältnisse wird ja später zu reden sein; ein Lohn von 3 Mark scheint mir aber schon jetzt über das Mögliche hinauszugehen. Die Kinderbeschäftigung auf den Kleinfeldern weist immer noch bedenkliche Mängel auf. Die Arbeiterwohnungen geben überhaupt nur geringen Anlaß zur Klage. Aber die Schmitter sind doch auch Menschen und müssen menschenwürdig untergebracht werden. Eine Entschuldigung ist es nicht, wenn gesagt wird, in Ostpreußen sind die Verhältnisse noch viel schlechter. Darum bitte ich den Magistrat dringend, wenn solche Verhältnisse noch vorkommen, schnellstmöglich Abhilfe einzutreten zu lassen. Die Unverheirateten müssen nach Geschlechtern getrennt werden und die Verheirateten müssen zusammenbleiben, denn wir haben kein Recht, Eheleute zu trennen.

Stadtv. Stadthagen: Ich anerkenne den Standpunkt des Magistratsvertreters, daß politische Beeinflussung nach keiner Seite von den Beamten ausgeübt werden soll; Sache der einzelnen Arbeiter wird es sein, ihre hierher gehörigen Beschwerden vorzubringen. Wenn er es unerhört findet, daß solche Angriffe geschleudert werden, so halte ich für unerhört, solchen Ansprüchen zu thun, ohne irgend eine der von mir behaupteten Thatsachen zu widerlegen. Im Urteile können wir von einander abweichen, aber ich erwarte von Ihrer Liebeshuldigkeit, daß Sie die Thatsachen genau bezeichnen, welche unwahr sein sollen. Zugegeben ist, daß die Schmitterwohnungen sich in dem geschilderten Zustand befinden, und diesen nehme ich menschenunwürdig. Wenn auf 47 Kubikmeter Luftstrom 6 Menschen haufen sollen, so ist das ein Zustand, unter dem sich nicht einmal Juchthäuser befinden, denn für diese sind 10 Kubikmeter vorgeschrieben. Aus welchem Anlaß die Sache in die Zeitungen gekommen ist, ist ganz gleichgültig. Der Berichterstatter des „Tageblattes“ hat erklärt, ihm sei der Zutritt zu den Schmitterwohnungen verbot worden. Die Verwaltung hat kein Recht, Leute, welche die Schmitter besuchen wollen, zurückzuweisen. Deshalb habe ich auch hierüber den Ausschuss ersucht. (Fortdauernde Unterbrechungen, welche dem Redner den Vortrag sehr erschweren und wiederholt das Einschreiten des Vorsitzers-Stellvertreters Michelt notwendig machen.) Die Wohnungsverhältnisse haben den Anlaß zur Anfrage gegeben; von nicht minderer Wichtigkeit aber sind die Arbeiterverhältnisse, und in dieser Beziehung ist auch nichts von meiner Behauptung widerlegt. Der Stadtrat ist im Irrtum, wenn er verlangt, daß ich nur über das sprechen soll, was ich aus eigener Erfahrung weiß; er kennt auch nichts als die Aften, sonst hätte er widerprochen, wenn behauptet wird, es existiere 18 Stunden Arbeitszeit und dergleichen. Nicht die Gewährräumer haben sich zu melden, sondern ich trage für meine Behauptungen hier die Verantwortung. Was soll außerdem die Rede von dem fremden Lande? Damit lenkt man bloß die Aufmerksamkeit von den Thatsachen ab. Ich verlange und habe das Recht dazu, daß meine angeführten Unwahrheiten im einzelnen klipp und klar erwiesen werden, oder ich muß den Vorwurf zurückgeben, daß er mit allgemeinen Redewendungen die von mir behaupteten Thatsachen aus dem Wege zu räumen gesucht hat.

Stadtrat Strube: Auf die letzte Tirade lasse ich mich nicht ein, es ist unter meiner Würde, darauf einzugehen. Ich habe den Ausdruck „Unwahrheit“ nicht gebraucht, sondern dem Stadterordneten Stadthagen nur vorgehalten, daß er die Behauptungen, die ihm hinterbracht sind, als Thatsachen hinstellt und darauf Urteile gründet. Er muß mir angeben, welcher Kleinfelderer 18 Stunden gestanden hat, dann kann ich morgen Untersuchung veranlassen (Lachen: Und den Mann hinauswerfen!), aber mit einem Kleinfelderer X. kann ich nichts anfangen. (Lachen: Stadthagen: Sämtliche Kleinfelderer in Malchow!)

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich rufe den Schutz des Vorsitzenden gegen Beleidigungen von Mitgliedern durch Magistratsvertreter an! Ich bestreite das Recht eines Magistratsmitgliedes, Reden unserer Mitglieder als Tiraden zu bezeichnen und zu erklären, eine Antwort darauf sei unter seiner Würde. Ich bedaure, daß der Vorleser und diesen Schutz nicht gewährt hat.

Vorsitzer-Stellvertreter Michelt: Herr Stadtrat Strube hat mir gesagt, er habe keine Veranlassung, auf die nicht substantiierten Anlagen des Herrn Stadthagen zu erwidern. (Stadtv. Singer: Er hat gesagt, es sei unter seiner Würde!)

Stadtrat Strube: Nach den Ausführungen des Herrn Stadthagen so zu antworten, wie ich gethan, war mein Recht und meine Pflicht als Mitglied des Magistrats; solche Behandlung darf sich ein Magistratsmitglied nicht gefallen lassen.

Unter großer Erregung wird die Debatte für geschlossen erklärt. Persönlich bemerkt Stadtv. Stadthagen, daß er von seinen Ausführungen auch nicht ein Jota zurückzunehmen habe. Damit wird der Gegenstand verlassen.

Mit Rücksicht auf die vorgedachte Stunde (nach 9 1/4 Uhr) beschließt die Versammlung auf Antrag Spinola und unter Zustimmung des Antragstellers, die Anträge Singer heute nicht mehr zu verhandeln.

Mit dem 8. Oktober cr. scheiden die für die jährige Wahlperiode 1898-1899 gewählten Vertreter Berlins aus dem Kommunal-Landtage aus. Es sind dies die Stadtv. Michelt und Esmann, sowie Stadtrat Kochmann, und deren Stellvertreter Stadtv. Kuhlmann, Herbig (1 vacat). Die Neuwahl für 1899-1905 wird heute vorgenommen.

Gewählt werden zum 1., 2. und 3. Kommunal-Landtags-Abgeordneten die Stadtv. Esmann, Kuhlmann und Herbig; zum 1., 2. und 3. Stellvertreter die Stadtv. Jacobi, George und Dinse. Stadtv. Esmann erhält von 83 gültigen Stimmen 64, außerdem Stadtv. Singer 12, Stadtv. Rosenow 7; Stadtv. Kuhlmann erlangt 66 Stimmen, während 24 auf Rosenow, 4 auf Singer fallen und 3 zersplittern; Stadtv. Herbig siegt mit 68 von 81 Stimmen. Für Jacobi werden 69 von 73 gültigen Stimmen abgegeben, für George 62, daneben 8 Stimmen für Bruns und 5 für Singer. Im letzten Wahlgange wird Stadtv. Dinse mit 44 gegen den vorgeschlagenen Stadtv. Rosenow gewählt, der bloß 35 Stimmen erhält.

Entsprechend einer von der Versammlung bei der letzten Etatsberatung gefaßten Resolution hat der Magistrat die zur Unterstützung von Studierenden der Universität Berlin durch Stipendien ausgeworfenen Stadtmittel von 8600 auf 10000 Mark erhöht. Die betreffende Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern, nachdem von mehreren Seiten, auch vom Stadtv. Borgmann, gegen die Absicht des Magistrats, sich die Zustimmung über die Zuweisung der Stipendien in Höhe der jährlichen Neubewilligung von 6400 M. allein vorzubehalten, Protest erhoben worden ist.

Am Sonntag, 1. Oktober cr. soll der Festaal des Berlinischen Rathhauses dem Stenographen-Verband Stolze-Schrey zu einer öffentlichen Sitzung seines Stenographen-Verbandstages, verbunden mit einer Hundertjahr-Feier Wilhelm Stolzes, kostenlos überlassen werden. Die Versammlung giebt ihre Zustimmung. Schluß gegen 1/2 Uhr.

Der Stadterordnete Dr. Bergmann hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Er vertritt die erste Abtheilung im neunten Wahlbezirk.

# Lokales.

**In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung** wurde bei der Beantwortung der Anfrage der Stadtvorordneten Kreislige und Genossen, betreffend die Arbeiter- und Wohnungsverhältnisse auf den städtischen Kiezelgütern, von den Vertretern des Magistrats der Versuch gemacht, die Zustände auf den Kiezelgütern als im allgemeinen durchaus ordnungsgemäß hinzustellen. Stadtrat Marggraf meinte in seinem gemäßigten Tone, die Dinge seien ja gar nicht so schlimm, wie die Presse sie gemacht habe, und wenn wirklich hier und da etwas nicht so gewesen sei, wie es hätte sein sollen, so treffe die Schuld nicht die Verwaltung. Stadtvorordneter Stadthagen (Soe.) hatte an dem beschaulichen Bild, das der Herr Stadtrat von den Zuständen auf unseren Kiezelgütern entworfen hatte, einige Korrekturen anzubringen. Er erhob in längeren Ausführungen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließen, den Vorwurf, daß auf den Kiezelgütern der Stadt Berlin die Arbeiter ebenso lange arbeiten müssen, ebenso erbärmlich bezahlt und ebenso unwürdig behandelt werden, wie in den schlimmsten Teilen Ostindiens. Stadtrat Strube versuchte, diese Anschuldigungen durch einige allgemeine Nebenbarten zu entkräften. Die Behauptungen Stadthagens müßte er als ungläubig bezweifeln, so lange nicht die Namen der Gewährsmänner genannt würden, eine billige Anrede, die aber den Beifall eines großen Teiles der Versammlung fand. Er vermochte auch nicht eine der von Stadthagen angeführten Thatsachen zu widerlegen. Statt dessen leistete er sich zum Schluß einige Grobheiten, die ihm eine derbe Zurückweisung von Seiten des Stadtvorordneten Sings eintrugen. Der Versuch, die Arbeiter- und Wohnungsverhältnisse auf den Kiezelgütern als ordnungsgemäß oder, wie Herr Strube sagte, sogar als beinahe musterhaft hinzustellen, muß als total mißlungen angesehen werden. Den Vorwurf, daß die städtischen Arbeiter noch ostindischen Muster behandelt würden, kann der Magistrat weder durch lebenswürdige Beschuldigungen, noch durch polternde Grobheiten aus der Welt schaffen, sondern nur dadurch, daß er die Zustände auf den Kiezelgütern bessert.

## Der ärztliche Vornote

gegen die paar Frauen, die hier in aller Form Rechts die ärztliche Praxis ausüben, läßt erkennen, wie die drei Kardinaltugenden der Schneidigkeit, des klugen Sinns, der Keuschheit, der Weisheit und Unwissenheit sich selbst schon solcher Artreie bemächtigen, die durch den Ernst ihres Berufs eigentlich vor Infektion geschützt sein sollten. Die bekannte Denunziation der ärztlichen Standesvereine, durch die vorläufig erreicht worden ist, daß den Ärztinnen die Krankenlisten-Praxis abgeschnitten wurde, ist von Unwissenheit eingeleitet, weil sie den fortwährenden Entwicklungsprozeß ignoriert, der die Frau in allen Gesellschaftsklassen treibt, als Konkurrenzmittel des Mannes aufzutreten. Sie ist ein Produkt jener männlichen Kastei, die die Frau noch im kapitalistischen Zeitalter zu einem Nichts-als-Geschlechtswesen herabgedrückt erhalten möchte, und sie trägt auch den Stempel der bekannten Blasiertheit an der Stirn, die da glaubt, daß ein Einspinnen in müßige Standesbörse die bequemste Mittel sei, die Herrlichkeit der Spitze wieder heraufzubefördern.

Unerroßend ist das Verhalten der Ketzler ja nicht. Wir sind an schimmernd gewöhnt worden. Die Denunziation steht auf einer stützenden Stufe mit dem Protest der Klinikerschaft zu Halle vom März d. J. in der Angehörige jener schamhaften Junglingsgemeinschaft, die von allen Bevölkerungsklassen das größte Kontingent Syphilitiker stellt, aus Gründen der Schlichtheit und Moral die Ausschließung der Frauen vom klinischen Unterricht forderten. Ja, die Denunziation mag vor dem, was früher zuweilen geschah, sogar manchen Vorzug haben. Das Streben, die Ärztinnen zu viel als möglich zu diskreditieren, hat sich nämlich sonst unter den ärztlichen Jünglingen nicht ganz so offen hervorgetan, wie jetzt. Man führte den Kampf z. B. dergestalt, daß man auf Geschäftsreisen Berliner Standesvereine einen „Gerrit“ als Kertzin verkleidet auftreten ließ, der dann etwa nach der Melodie der Eigerklingen ein Couplet von einer gar nicht einmal anzudeutenden Obszönität zu singen und mit entsprechenden Gebarden zu begleiten hatte. Oder man verließ sich ihnen, am Ende auch unter Beachtung eines gewissen Schamgefühls, die Kufnahme in die medizinische Gesellschaft, wenn sie einmal zu dreißig waren, sich durch zwei vom Standebüchel freie Kertzer zur Mitgliedschaft vorschlagen zu lassen.

Zum Leidwesen für die Schamwache der ärztlichen Standesbehörde wird das medizinische Jünglingsleben in seinem Konkurrenzkampf gegen die Frau früher oder später allerdings auf den Bestand des Gesezes verzichten müssen. Denn wenn nicht alles kausch, hat sich selbst in den deutschen Regierungen die Erkenntnis durchgedrungen, daß der gemäßigend vorgebildeten Frauen fortan das Studium auch an deutschen Universitäten möglich gemacht werden müsse. Werden die jüdischeren Kertzer alsdann wieder den Kampf mittels Coupletterse aufzunehmen oder werden sie der besseren Einsicht vorgeleiteter Kollegen folgen und den weiblichen Berufsgenossen als gleichberechtigt anerkennen?

**Die Verbrechen zur Errichtung einer Fabrik- und Fabrikstraße** in Berlin, welche bisher gescheitert sind, sollen von neuem aufgenommen werden.

**Der Drehschloß-Prozess** zeitigt immer mehr sonderbare Gesandtschaften. Ein in Rabat wohnhafter Restaurateur führt ein Getränk, dem er den Namen „Drehschloß“ theilhaft beigelegt hat. Wie auf der Etikette bemerkt ist, soll er der „schönste aller Schmeißer der Welt“ sein und werden dem Käufer bei Entnahme von zehn Flaschen „milde Umstände“ in Form von Rabat bewilligt.

**Ein gekrankter Selbstmörder.** Im Bahnhof hat der Herr Berber in dem Hause Prinzen-Allee 13 Selbstmord verübt. In den letzten Wochen war den Angehörigen des 37jährigen Mannes das Verhalten schon und stille, von plötzlichen Hornes- und Wutausbrüchen unterbrochen, welches auf einen abnormen Geisteszustand schließen ließ, aufgefallen. Zu Anfang der Woche hatte Berber wieder einen solchen Wutausbruch, so daß seine bedrängte Frau ihn veranlaßt sah, aus der Wohnung zu einer Nachbarin zu flüchten. Als sie nach einer geräumten Welle ihre Wohnung wieder betrat, fand sie ihren Mann an einem Tischpfosten erhängt, als Leiche vor. Er hatte die Zeit des Aufhängens dazu benützt, Selbstmord zu begehen. Die Leiche wurde beschnitten, jedoch wieder freigegeben.

**Die erste öffentliche Ladestelle für elektrische Omnibusse** am Bahnhof hat jetzt fertig. Reguliert wird die Stromzuführung in einem Kontrollhäuschen, das in einiger Entfernung auf dem mit Balken versehenen Kinderdrehplatz aufgestellt worden ist, wohin die unterirdischen Kabel von der Ladestelle aus führen.

**Ein klüßliches Vörschen** aus Berlin ist in Hamburg festgenommen worden. Die junge Frau eines Maschinenmeisters hatte beim Raub die Bekanntheit eines Jubiläums gemacht, mit dem sie davon ging, nachdem sie ihrem Gatten Geld und Wertgegenstände entwendet hatte. Der betrogene Ehemann fand die Spur des Paares in Hamburg.

**Ein 12000 Mark** hat der beim Haupt-Postamt in der Spandauerstraße angelegte Geld-Verfänger Gustav Schwarz unterschlagen. Die Summe war ihm auf Postanweisungen zur Auszahlung anvertraut worden. Der Betrag stellt die hinterzogene Summe eines Tages dar; die Unterschlagung ist in der Weise bewirkt, daß Schwarz die Unterschriften unter den Postanweisungen gefälscht hat. Der Defraudant ist flüchtig. Alle Spurensuche nach dem hierigen Kriminalpolizei verständigt worden. Der argweilige Beamte ist 34 Jahre alt und war, einer hiesigen Zeitung zufolge, seit 12 Jahren bei der Reichspost thätig. Seit acht Jahren ist er fest angeheftet; seit vier Jahren ist er in der Geldbestellung thätig. Seine Antifälschung hatte bisher zu Tadel keine Veranlassung gegeben. Die Lebensweise war einfach; Schwarz hatte mit seiner Frau

in der Kleinen Hamburgerstraße eine sehr bescheidene Wohnung vier Treppen hoch inne.

**Ein Unglücksfall** ereignete sich am Donnerstagmorgen auf dem Land der Firma Reichens in der Wilhelmstraße. Der dort beschäftigte Maurer Ludwig verlegte mit einigen anderen Arbeitern in der vierten Etage die Balkenbohle. Schon lagen diese eiserne Träger auf dem probierischen Gerüst, als durch einen bis jetzt unauflärlchen Unfall, wie es scheint, waren die als Gerüst dienenden runden Kegeleisen ins Rollen geraten. Der Maurer L. mit seinem den Anlegern in die Tiefe führte. Er schlug auf einen Haufen alter Steine auf und hat sich anscheinend schwere Verletzungen zugezogen, die seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban nötig machten.

Nach Ansicht unseres Gewährsmannes ist wohl der Unfall auf die schlechte Abstreifung der Kegeleisen zurückzuführen. Trotzdem auf diese Art schon viele Unfälle passiert sind, geht man doch oft recht leichtfertig bei solchen gefährlichen Arbeiten um.

**Was thun junge Burken mit einem Revolver?** Eine Revolveraffäre im Eisenbahnen hat sich am Dienstagabend auf der Leichter Eisenbahn zugezogen. Verschiedene Unteroffizierskinder aus Jülich hatten ihren Urlaub in Berlin verbracht und befanden sich am Dienstag auf der Rückkehr in ihre Garnison, wobei einer von ihnen im Coupé mit einem in Berlin gekauften Revolver spielte. Aus Uebermut hielt er den Schießriegel mit der Mündung gegen ein kleines Kind, das sich in der Holzbank, welche das Coupé von dem daneben liegenden trennt, befand. Plötzlich ging aber ein in dem Revolver stehender Schuß los; die Kugel drang einem in Nebencompé sitzenden anderen Jülicher Unteroffizierskinder direkt an der Nase vorbei in den Kopf, wo sie stecken blieb. In Rathenow wurde der Schwerverletzte nach dem Garnisonlazarett gebracht, der jahrelange Schläge aber in Arrest abgeführt, von wo aus er am Mittwoch nach Jülich transportiert wurde.

**Der Circus Busch** traf gestern vormittag um 9 Uhr mittels Extrazuges von Hamburg auf dem Leichter Bahnhof ein. Aufsehen erregten beim Transport durch die Straßen die zahlreichen schönen und edlen Pferde, die Elefanten, die Büffel und sonstiges Getier, welches der Circus Busch dieses Mal in ausgedehntem Maße als je zuvor mit sich führt. Bemerkenswert sei, daß am Sonntag zwei Vorstellungen stattfinden, zu denen jeder Besucher ein Kind unter 10 Jahren frei mit einführen darf.

## Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** In der gestrigen Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung und des Magistrats wurden zunächst der zweite Bürgermeister Vögel und der desoldete Stadtrat Granier unter den üblichen Formalitäten in ihr Amt eingeführt. Die Stadtvorordneten-Versammlung verhandelte dann über die Errichtung des Gewerbegerichts. Der von einer gemischten Kommission festgestellte Entwurf eines darauf bezüglichen Ortstatuts, aus dem wir nachstehend einiges mitteilen, fand nach kurzer Debatte einstimmig Annahme. — **Osternitz (Soe.):** Nach einem Bericht der Rixdorfer Zeitung habe der Stadtrat Rechtsanwält Birchner im Rixdorfer Grundbesitzer-Verein vorgeschlagen, durch eigene Anteilnahme an den Wahlen zum Gewerbegericht der Wahl sozialdemokratischer Arbeitgeber vorzuziehen, weil eine Verurteilung des besagten Arbeitgebers sicher sei und der Beklagte nur gleich das Geld mitbringen könne, wenn rechts und links neben dem Richter ein Sozialdemokrat sitze. Namens seiner Freunde weist er (Osternitz) eine derartige Verurteilung als schändlich und gerechter Bürger mit Entrüstung zurück. Gerade die Sozialdemokraten zeichneten sich durch Berechtigtheitslosig besonders aus. Herr Birchner schloß sich auf diese Weise. — Das Schulmuseum des Herrn Lehmann Fischer befand sich bisher in zwei Klassenräumen des Schulhauses Rixdorferstr. 22/23, die jetzt anderweitig gebraucht werden. Es wird beschloffen, Herrn Fischer drei im Souterrain desselben Schulhauses belegene Räume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und die Räume auf Kosten der Stadt zweckmäßig einzurichten. Dazu wurden 600 Mark bewilligt. Ferner sollen mit Herrn Fischer wegen Erwerbung des Museums Verhandlungen angeknüpft werden. — Die Versammlung wählte die Absicht der Lehrer Vergütung und Gehalt, eine kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule für die weibliche Jugend zu errichten, und setzte hierzu folgende Beschlüsse: Der Antrag der Unternehmer, die Beleuchtung, Heizung und Reinigung auf Kosten der Stadt zu übernehmen, wird abgelehnt. Dagegen sind die zum Unterricht z. erforderlichen Räume unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs unentgeltlich herzugeben. Die Stadt bezieht sich das Recht vor, die Anstalt nach 5 Jahren lösen zu übernehmen. In diesem Falle ist sie aber verpflichtet, die bis dahin entstandenen Einrichtungs- und Inventarkosten den bisherigen Leitern in nachweisbarer Höhe zu erstatten. Auch wird den Begründern der Anstalt die weitere Leitung derselben, sowie den sonstigen Verhältnissen die Fortwirkung an der Anstalt in Aussicht gestellt. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß die demnächstigen hiesigen Abnehmer sich zu diesen Bemühungen berufen. Mit diesen Festsetzungen haben sich die Herren Vergütung und Engel einverstanden erklärt.

**Schöneberg.** Die Genossen wollen sich am Sonntag früh 7 1/2 Uhr zur Agitation für die bevorstehenden Stadtvorordneten- und Gemeindevorstandswahlen in einem der folgenden Lokale einfinden: Olla, Grunewaldstraße 110, Ley, Haus- und Wielandstraße-Edde, Der Verrentenmann.

**Der Sozialdemokratische Verein von Johannisthal-Nieder-Schöneweide** hält am 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Bastian eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Haber spricht über Ammungsgeetze.

**Sechs namhafte Straßen Charlottenburgs** haben wiederum durch einen Erlass des Kaisers nach den Vorschlägen des Magistrats Namen erhalten. Die Straßen nennen sich nach Wehrhahn, Ostbahn, Königin, Frankfurter, Werner Siemens und Reudahn. Es ist dem Kaiserreichhaltenden Standpunkte aus bezeichnend, daß der Charlottenburger Magistrat nur bürgerliche Gelehrte und keinen einzigen preussischen Herrscher zur Verehrung vorgezogen hat.

**Köpenick.** Die regelmäßigen Versammlungen des Sozialdemokratischen Arbeitervereins finden am Dienstag nach dem 15. eines jeden Monats im Vereinslokal von A. Stippelhof, Schöneberg, Lindenstraße 6, statt. Die nächste Versammlung ist am 19. d. M. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Vorlesung über die Voraussetzungen des Sozialismus von E. Dornstein.

**Kaiserliches Geld** ist in letzter Zeit in den westlichen Vororten in den Verkehr gebracht worden. Den Stationstaxiherren der Stadt-, Ring- und Boxortbahnen hat es seit einigen Tagen auf, daß an den Schaltern vielfach falsche, aber sehr gut geprägte Münzen in Zahlung gegeben wurden. Die Eisenbahn-Direktion Berlin hat sich deshalb veranlaßt gesehen, an die Schalterbeamten eine Verfügung zu erlassen, in der ihnen die Prüfung der eingezahlten Münzen zur Pflicht gemacht wird, damit unter Umständen einige der Verursacher gestellt werden können. Wie die vielbeschäftigten Beamten diese „Pflicht“ ausüben sollen, wird leider nicht gesagt.

**Das Schöneberger Amtsgericht** wird, wie jetzt besteht, auf dem von der Grunewald-, der Heinrich Höpfer- und der Göttscheerstraße umschlossenen Terrain errichtet werden. Der Fiskus hat das Angebot des Magistrats angenommen. Das Gericht wird, wie man hört, dort eingerichtet, daß 30 Richter fungieren können.

**Die Gemeinde Wilmerdorf** ist nach dem Aufheben von Rixdorf und Schöneberg aus dem Kreise Teltow der größte und neueste Ort des Kreises geworden. Wilmerdorf hat gegenwärtig über 2400 Einwohner. An Grund- und Gebäudesteuer werden 122 888 M. in diesem Jahre aufgebracht.

**Unsere lieben Hausgärtner.** Die Potsdamer Hausbesitzer, soweit sie in dem dortigen Haus- und Grundbesitzerverein vereinigt sind, gerieten in ihrer letzten Sitzung darüber ganz auf dem Häuschen, daß die Presse es gewagt habe, den von

dem Elberfelder Verbandstag angenommenen Mietvertrag zu kritisieren. Der Rechnungsrat Müller versieg sich sogar so weit, daß er den Vorschlag machte, die Hausbesitzer möchten gegen die hiesige feindliche Presse wegen Aufreizung zum Klassenhaß und wegen Verleumdung vorgehen, und der Tagesleitermeister Wilhelm Sandner rief während, daß man solcher Presse die Inzertate entziehen müsse, damit wäre sie am besten anzuheben.

Die Gesetgebung sollte im endlich beschließen, den Mietern auch ein paar nicht nur auf dem Papier stehende Rechte zu sichern. Und zwar in Kürze für die Hausbesitzer. Denn der Größtenwohn dieser Herren würde sonst vollends zu einer öffentlichen Kalamität ausarten.

**Die Regierung in Potsdam** ist neuerdings der Frage der Abholung der alten Fischereigesetze der Fischereidörfer Bickelsdorf und Tiefwerder bei Spandau näher getreten. Die alteingesessenen Bewohner der beiden an der Havel belegenen Dörfer haben von der Zeit des „Großen Kurfürsten“ her die vererbte oder auch durch Kauf erworbene Berechtigung zum Betriebe der Kleinfischerei und des Kalfangens. Das Gebiet der Tiefwerder Fischer reicht von Berlin (Mittendamm-Schleife) über Spandau bis Potsdam, das Gebiet der Bickelsdorfer Fischer von Spandau bis Potsdam. Ein Kommissar der königlichen Regierung hat dieser Tage mit den Fischereiberechtigten unterhandelt und ihre Forderungen entgegengenommen. Die Tiefwerder Fischer verlangen je 60 000 M., die Bickelsdorfer Fischer je 80 000 M. einmalige Abfindung für die Verzichtleistung auf ihre Rechte. Man glaubt, daß die Regierung hierauf nicht eingehen werde.

**Eine neuorganisierte Pflichtfeuerwehr** wird am 1. Oktober in Stralau in Tätigkeit treten. Der Pflichtfeuerwehr gehören alle männlichen Bewohner Stralaus im Alter von 20—60 Jahren an, die nicht in die freiwillige Feuerwehr des Ortes eingetreten sind.

## Gerichts-Beilage.

**Bewissensfreiheit in Preußen.** Der Parteigenosse Adolf Hoffmann zu Berlin, der seit vielen Jahren aus der Landeskirche ausgeschieden ist, wurde seit dem vorigen Jahre mit einer größeren Anzahl von Strafmandaten bedacht, weil er seinen etwa dreizehnjährigen Sohn vom Religionsunterricht in der Schule ferngehalten hatte. Er soll dadurch gegen das Gesetz vom 23. April 1883 und gegen die Verordnung des Provinzial-Schulkollegiums vom 6. April 1897 verstoßen haben. Hoffmann beantragte richterliche Einweisung und wurde auch vom Schöffengericht freigesprochen. Das Schöffengericht hielt ein Urteil des Kammergerichts vom 6. Februar 1890, durch das Hoffmann in einem gleichartigen Verfahren freigesprochen worden ist, für maßgebend. Das Kammergericht hatte damals u. a. ausgesprochen: „Schon das Allgemeine Landrecht spricht in § 11 II 12 den Grundsat, daß schulpflichtige Kinder zur Teilnahme an dem Religionsunterricht einer Konfession, welcher die Kinder oder ihre Eltern nicht angehören, überhaupt nicht angehalten werden dürfen. In Ausführung dieses Grundgesetzes, der noch zu Recht besteht, hat nun der Minister der geistlichen Angelegenheiten durch Erlasse von 1872, 1875 und 1877 bestimmt, daß Schüler, die in einer Religion beziehungsweise Konfession erzogen werden sollen, für welche im allgemeinen Lehrplan der betreffenden Anstalt Unterricht nicht angeordnet ist, auf den Antrag der Eltern ohne weiteres und bedenkenlos vom dem Religionsunterricht in der Schule zu dispensieren sind, und daß dies insbesondere auch für die Kinder von Dissidenten, welche in gültiger Form aus der Landeskirche ausgeschieden sind, gelten soll. Zu diesen Erlässen war der Minister befugt.“

Der Kammeradvokat sucht indessen das Schöffengerichtsurteil vom März 1890 durch die Berufung an und machte geltend, daß das Kammergericht seit dem Jahre 1893 den in dem citierten Erkenntnis vom 1890 und in anderen älteren Erkenntnissen vertretenen Standpunkt aufgegeben habe. Die achte Strafkammer des Landgerichts I hat denn auch im Juni die Berufung auf und verurteilte Hoffmann zu einer Geldstrafe von 5 M., indem sie eine sorgelegte Handlung annahm. Das Landgericht schloß sich der anderen Praxis des Kammergerichts an, wozu auch die Kinder von Dissidenten am Religionsunterricht in der Schule teilzunehmen haben, wenn ihnen nicht ein besonderer Dispens erteilt worden sei. Das Gericht berief sich besonders auf das Urteil im Falle Kräder. Indem es auf Ausführungen des Angeklagten zurückgriff, führte es noch aus: Hoffmann verwechselte Glaubenszwang und Unterrichtszwang. Der Begriff der Einwohner des Staats von Gott und den göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst, können nach dem Allgemeinen Landrecht allerdings kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein, wohl aber der Unterrichtszwang über diese Begriffe. Ueber ihn zu wachen habe der Staat ein Recht, wie er die Pflicht habe, eine grade auf diesem Gebiete den Individuen wie der Gesellschaft und der staatlichen Ordnung besonders gefährliche Begriffserverwirrung zu verhindern.

Hoffmann legte Revision ein. In der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht vertrat ihn der Rechtsanwalt Meierstein. Zur Begründung der Rechtsmittel wurde ausgesprochen: Der Angeklagte müßte auf jeden Fall freigesprochen werden, da er nicht im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt habe. Er sei ja der Rechtsprechung des höchsten preussischen Gerichtshofes gefolgt, indem er sich nach dem Kammergerichtsurteil von 1890 gerichtet und seine Kinder vom Religionsunterricht in der Schule ferngehalten habe. Dann berief er sich auf die Angeklagte aber auch jede rechtliche Verpflichtung, als Dissident sein Kind am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen zu lassen, weil eine derartige Verpflichtung der in der Verfassung und im Allgemeinen Landrecht gewährleisteten Bewissensfreiheit widerwärtig wäre. — Der Oberstaatsanwalt beantragte die Verurteilung der Revision. Hoffmann machte dann darauf aufmerksam, daß er 13 Jahre lang seine Kinder nicht in den Religionsunterricht geschickt habe und daß er bis zum Oktober 1898 unbeschäftigt geblieben sei. Sei er jetzt schuldig, dann seien die Klage des Kammergerichts mitschuldig, denn sie hätten ihn durch ihr Urteil vom Jahre 1890 zu den besagten Unterlassungen verurteilt.

Die Revision wurde mit folgender Begründung zurückgewiesen: durch seine frühere Freisprechung habe der Angeklagte noch nicht das Recht erworben, in alle Zukunft zu thun, was ihm zur Zeit jenes Urteils gestattet worden sei. Erkenntnis ein Gericht eine frühere Entscheidung als präjudizialmäßig an, dann verliere sie jede Rechtswirkung. Ferner könne sich der Angeklagte nicht auf den § 59 des Strafgesetzbuches berufen. Bei ihm wäre lediglich ein Rechtsirrtum anzunehmen, und der entbinde ihn nicht von der Strafbarkeit. In materielle Beziehung sei der Senat bei der neueren Rechtsprechung verblieben. Maßgebend sei der § 11 II 12 Allgemeinen Landrecht, worin es heißt: „Kinder, die in einer anderen Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, können dem Religionsunterricht in derselben teilzunehmen nicht angehalten werden.“ Diese Bestimmung sei so auszulegen, daß die Kinder am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen sollen, wenn nicht der Nachweis erbracht werde, daß sie außerhalb der Schule in einer anderen, vom Staate anerkannten Religion unterrichtet wurden. Der Sinn des Gesetzes sei, daß die Kinder irgend welchen Religionsunterricht auf jeden Fall bekommen müßten. Was ein solcher Religionsunterricht sei, das zu bestimmen habe der Schulbehörde zu. Die Verordnung vom 6. April 1897 sei rechtmäßig.

Da Hoffmann sich nunmehr dem gerichtlichen Zwange fügen muß, will er, wie wir vernehmen, seinen Sohn fortan in der jüdischen Religion unterrichten lassen.

**Eine Webertragde vor Gericht.** Eine große Weber-Versammlung hatte sich am Mittwoch im Saale der Potsdamer Strafkammer eingefunden. Der Jubelsturm war von Webermeistern und Fabrikanten aus Kottbus und Kottbus überfüllt und alle

harten Stundenlang, um den Ausgang eines Prozesses abzuwarten, der von der Reichsstaatsanwaltschaft gegen den aus Berlin stammenden Webermeister Franz Fehlemelcher zu Neuwied, wegen vorsätzlicher Unterschlagungen von Garn, und gegen den Webermeister und Garnhändler Albert Werner aus Rowawes, wegen Hehlerei, stattfand. Es handelte sich darum, festzustellen, ob die Hausweber berechtigt sind, von dem ihnen von den Fabrikanten zur Verarbeitung übergebenen Garne die Hehlerei, den sog. Samu, einzubehalten und für sich zu verwerthen. Die Weber behaupten, daß dies lang hergebrachter geschäftsmäßiger usus sei und daß sie bei den niedrigen Löhnen ohne den Samu nicht existieren können, während von Seiten der Fabrikanten das bestritten wurde. Der Angeklagte Fehlemelcher hatte seit 8 Jahren für die Teppichfabrik von Feibisch in Berlin gearbeitet. Die Firma beschäftigt in Rowawes-Neuwied ca. 50 Hausweber, welche durch einen dort wohnenden Aufseher die Stellen und Rollen zur Verarbeitung erhalten. Hier von soll nun F. im Jahre 1898 für 500 M. Garn an Werner, der pro Pfund 1,20 M. zahlte, während der Wert 1,60 M. betrug, verkauft haben. Als die Sache von zwei Webergehilfen dem Feibisch mitgeteilt wurde, normierte derselbe seinen Schaden auf 1000 M. und veranlaßte Fehlemelcher zur Anerkennung desselben durch einen Schuldschein, worauf dann die Sache nicht weiter verfolgt werden sollte, was sich aber als zu spät erwies. Fehlemelcher machte nun geltend, daß er nur, wie alle Weber dies thun, Garureste, die er beim Weben erpariert, verkauft habe. Es wurde aber festgesetzt, daß er das zu verarbeitende Garn häufig durch Aufseherin schwerer gemacht hat, um bei der Ablieferung des Stücks das richtige Gewicht herzustellen. Häufig wurden den Webern von den Fabrikanten Lohnabzüge gemacht, die als Strafe dafür gelten sollten, wenn das Gewicht bei der Ablieferung der Waren nicht stimmte. Fabrikant Feibisch sagte aus, daß man in Rowawes-Neuwied bei den Garnhändlern fast nichts weiter, wie den Fabrikanten „gestohlenen“ Garn ankäufte, dieselben verführten die Weber geradezu zum Diebstahl. Wenn die zurückbehaltenen Garne nur gering wären, jagten die Fabrikanten schon nichts, um sich die Arbeitkräfte zu sichern. Fabrikant Benjamin aus Berlin bekundete, daß in Rowawes-Neuwied der „unerbauten“ usus des Samu bestehe, was aber F. unterzulegen habe sei kein Abfall, sondern 12 Quetsen a 1 1/2 M. Rilo. Der Direktor Hederich von der Königl. Webeschule in Rowawes erklärte es als nicht bloß in Rowawes, sondern auch in Schlesien und anderen Weberbezirken allgemein üblich, daß keine Garureste von den Webern nicht wieder an die Fabrikanten zurückgegeben würden. Der Weber sagt sich, er habe das Garn erpariert und betrachte es als sein Eigentum, ohne dabei Gewissensbisse zu haben. Der Staatsanwalt ließ die Anklage gegen Werner fallen und beantragte dessen Freisprechung wegen der Hehlerei, gegen Fehlemelcher beantragte er aber sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. Der Gerichtshof verurteilte jeden Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis, weil das Garn Eigentum des Fabrikanten sei. Das Urteil wurde von den anwesenden Webern selbstverständlich sehr erregt kommentiert. Größtenteils noch das Urteil der Strafkammer eine neue Periode noch schlimmerer Verleumdung. Die Kriessieder zu solchen Handlungen sind die niederen Löhne.

Das Unternehmertum kannte diesen Brauch so gut wie der Arbeiter und duldet ihn schweigend. Würde es doch so gut wie dieser, daß der „Samu“ ein Stück Naturalkorn war und mit zur Existenz des Arbeiters gehörte. Jetzt wird ein fröhliches Jagen begrienen auf die „fremden“ Diebe“ in Rowawes, denen nimmehr wenigstens der Trost erblüht, daß sie sich im Gefängnis auf einige Monate fast essen können, was in der Freiheit trotz aller „Samu“ nicht immer möglich war. Wo freilich in dieser Zeit Weiber und Kinder bleiben sollen, ist eine andere Frage.

Das Verhältnis der Sargtischler zu den Küstern der Kirchen ist zumeist ein wenig freundliches, weil sich die Handwerker vielfach dadurch bedrückt fühlen, daß die Küster bei einretirenden Todesfällen den Verstorbenen bestimmte Sarglieferanten empfehlen. Im Bereiche der Verstorbenenstraße ist aus diesem Anlaß ein förmlicher Krieg zwischen drei Sargtischlern und dem Küster Wohlbeherr entstanden, der sogar die Gerichte beschäftigt hat. Die Sargtischler hängen an ihren Geschäftslokale Plakate aus, in welchen das Publikum ersucht wurde, den Anpreisungen des Küsters Wohlbeherr nicht zu folgen, sondern im Bedarfsfalle die Särge bei ihnen, als alten soliden und für gute Arbeit Gewöhrt leistenden Tischlermeistern, zu bestellen. Küster Wohlbeherr ging darauf gerichtlich gegen die drei Sargtischler vor und suchte eine einstweilige Verfügung zu erwirken, nach welcher die Tischler angehalten werden sollten, die Plakate sofort zu entfernen. Rechtsanwalt Hölzler begründete vor Gericht dieses Verlangen des Küsters, während Rechtsanwalt Morris im Namen der Sargtischler die Abweisung des Klägers beantragte, da dieselben gar kein rechtliches Moment zur Seite haben, daß ihn als legitimiert erscheinen lasse, ein solches Verlangen zu stellen. Das Gericht ist derselben Ansicht und wies den Küster ab. Dieser hat nun aber die drei Sargtischler auf Grund des Inhalts der Plakate wegen Verleumdung verklagt und so wird sich in wenigen Tagen auch das Schöffengericht mit diesem lästigen Krieg zu beschäftigen haben.

Der seltene Fall, daß die Polizei Gelegenheit fand, bei einem von bürgerlichen Kreisen veranstalteten Tanzvergnügen ebenfalls einzuführen, wie oft gegen Arbeiter Lustbarkeiten, hat sich kürzlich in Pehendorf ereignet. Es handelte sich um eine gegen den Restaurateur Josef Danneberg in Pehendorf vor dem Schöffengericht verhandelte Anklage wegen Hehlerei. Er hatte ein Strafmandat in Höhe von 10 Mark erhalten, weil er eines Sonntag ohne polizeiliche Erlaubnis eine Tanzlustbarkeit abgehalten haben sollte. Der Angeklagte ist Pächter des Restaurants auf dem Grundstück Bismarckstraße 34 in Pehendorf. Auf diesem Grundstück stehen außerdem noch Logierhäuser für Sommergäste. Zu dem Restaurant gehört auch eine offene Halle, in welcher ein Piano steht. Die Grundstücksbesitzerin, welche die Sommergäste bei sich beherbergt, hat sich konträrlich angedungen, daß es ihren Logiergästen jederzeit freisteht, die vorerwähnte Halle zu betreten und dort zu musizieren. Dies geschah denn auch häufig in künstlerischer Weise. An dem fraglichen Sonntage spielte ein Berliner Arzt dort Solos und eine Dame begleitete ihn auf dem Piano. Es wurde auch gesungen und als dann eine Tanzweise erkante, wendeten die Zuhörer, die nur aus wenigen unter sich durchs bekannten Personen bestanden, elektrisiert und bald drehten sich die Paare im Tanze. Herr Danneberg soll, indem er dies duldet, gegen die Oberpräsidial-Verordnung vom 14. Juni 1892 verstoßen haben. Rechtsanwalt Leopold Meyer erbeitet entschieden, daß bei dem vorliegenden Sachverhalt diese Verordnung überhaupt angewendet werden könne. Das Gericht schloß sich diesem Einwand an und erkannte auf Freisprechung.

Einstichtige Richter. Eine eigentümliche Verleumdungsaffäre kam am Dienstag in Dessau zur Verhandlung. Der Arbeiter Karl Wienthal aus Leipzig hatte im Anfang dieses Jahres einem Redakteur des „Vollblattes für Anhalt“ einen Privatbrief geschrieben, in dem er ihn unter anderem aufforderte, „wie bisher die schmuckvolle Justiz, die Ehre, die Verleumdung, Ausbeutung und Anrechtlosigkeit zu bekämpfen“. Der Brief wurde im Vollblatte ohne Wissen und Willen Wienthals veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft bezog diese allgemeine Redensart auf die anhaltischen Richter und erhob sowohl gegen Wienthal als auch gegen den verantwortlichen Redakteur Günther Anklage wegen Verleumdung. Schon vor einiger Zeit hatte Termin in der Sache ausstanden, der vorsitzende Richter, Justizrat Hennig, erklärte sich jedoch für bezogen, weil er sich durch die Art des anhaltischen Richters beleidigt fühle. Der Termin mußte deshalb vertagt werden.

In der neuen Verhandlung führte Amtsgerichtsrat Ost den Vorsitz. Er lehnte die Aburteilung nicht ab, weil er sich durch die inkriminierten Worte nicht beleidigt fühle. Schmuckvolle Justiz gebe es in der Welt. Dafür sei ja jetzt das Beispiel in Frankreich Beweis. Wenn man das nicht mehr sagen dürfte, was

mit den Worten hier gesagt sei, so dürfe man überhaupt nichts mehr sagen.

Der Vertreter der Anklagebehörde blieb bei der Auffassung, daß die anhaltischen Richter beleidigt seien und beantragte gegen Wienthal 1 Monat und gegen Günther 14 Tage Gefängnis. Das Gericht sprach beide Angeklagte frei. Die Ausdrücke seien für keinen Richter beleidigend, weder für einen anhaltischen Richter noch für irgend einen anderen. Es würde geradezu lässlich erscheinen, wenn man bei solcher Anklage gegenwärtig den Fall in Frankreich ignorieren, wenn man die Justiz nicht schmuckvoll nennen wollte. Es sei eben nur die Justiz gemeint, welche wirklich schmuckvoll sei und dann auch nicht die Richter als Personen, von denen ja überhaupt kein Wort gesagt sei.

Das Urteil ist durchaus vernünftig und nicht vorteilhaft von manchem anderen ab, wo mit der gewöhnlichen Auslegung Verleumdungen konstruiert werden, an die sonst niemand gedacht hätte.

Die Augsburger Krawalle vor Gericht. Vom Schöffengericht in Augsburg wurde am 9. September gegen 11 Mann verhandelt, die bei den Krawallen beteiligt waren. Als Beschuldigte und Verleumdete erschienen Schulze. Das Gericht verurteilte: Georg Kaiser wegen öffentlicher Verleumdung zu 8 Wochen Gefängnis, Gottlob Schmid, Anton Müller, Michael Maier und Robert Onowsky wegen Widerstand und Verleumdung zu je 14 Tagen Gefängnis, Friedrich Müller wegen Verleumdung zu vier Tagen, Eber Müller wegen Widerstand und Verleumdung zu 10 Tagen, Stephan Schmiedbauer wegen Verleumdung und Widerstand zu einem Monat und 15 Tagen, Franz Wöberhard wegen Widerstand, Verleumdung und Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis und Georg Hörper wegen Unfugs zu einer Woche Haft.

Ein lebendwürdiger Polizeibeamter. Wegen Vergehens im Amte ist, wie uns aus Essen a. M. gemeldet wird, am 11. September der Polizeisergeant Drabich aus Gelsenkirchen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war mit einer Prostituierten im Bachtlokal intim geworden.

Ein Unglücklicher. Der Insterburger Strafanstalt ist dieser Tage der Grenadier Schiemann vom hiesigen Grenadier-Regiment Nr. 1 zugeführt. Er ist vom Kriegsgericht der ersten Division wegen miltärischen Unfugs zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. — Da die Militärgerichte nicht öffentlich verhandeln, erfährt man nicht, wodurch der Mann sich eine so schwere Strafe verdient hat.

### Sociale Rechtspflege.

Arbeiter oder Unternehmer? Der Landwirt und Schlächter Meier hatte sich eine Blutvergiftung zugezogen, als er bei einem Kleinbauer Schafe schlachtete. Er verlangte dann von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, indem er sich darauf berief, daß er in dem landwirtschaftlichen Betriebe seines Vaters gearbeitet verunglückt sei. Die Berufsgenossenschaft wies aber seinen Anspruch mit der Begründung zurück, daß seine Tätigkeit bei dem Landwirt als eine Arbeit im eigenen Schlächtereibetriebe anzusehen sei. Auf seine Berufung sprach das Schiedsgericht dem Kläger die Rente zu und führte aus: Der Unfall sei als im landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt anzusehen. Das Schlachten von Schafen in Kleinbauernbetrieben sei bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert, und die Hauschlächtereien müsse dem landwirtschaftlichen Betriebe zugerechnet werden, wo geschlachtet werde. Die Berufsgenossenschaft legte Aktus ein und machte geltend, daß R. seiner ganzen wirtschaftlichen Stellung nach zum Unternehmerrange gehöre. Er bewirtschaftete zehn Hektar Land, während der Adbauer, bei dem er sich die Verletzung zugezogen habe, im ganzen nur 2 Hektar besitze. Im Sommer schlaachte R. im eigenen Hause. Demgegenüber betonte R. daß er bei dem genannten Adbauer gegen Tagelohn geschlachtet habe, also auch wohl während der fraglichen Zeit als dessen Arbeiter anzusehen gewesen sei. Das Reichs-Versicherungsamt erachtete indessen den Aktus für begründet und wies die Klage unter Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils ab. Es wäre anzunehmen, daß R. bei dem Kleinbauer als selbständiger Gewerbetreibender geschlachtet habe und nicht beim landwirtschaftlichen Betriebe verunglückt sei.

### Verhandlungen.

Zur Lohnbewegung der Bildhauer. Die selbständigen Bildhauer, die gestern eine öffentliche Versammlung abhielten, um zu den Forderungen der Gehilfen Stellung zu nehmen, beschloßen die Forderungen auf Einführung der Lohnarbeit (gegen 8 Stimmen), den Minimallohn von 24 M. für einen qualifizierten Bildhauer (gegen 10 Stimmen) anzuerkennen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 50 Stunden wurde abgelehnt. Für Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 50 Proz. abgelehnt und 25 Proz. bewilligt. Gleichfalls abgelehnt wurde der geforderte Zuschlag von 10 Proz. Endgültig anerkannt sollen die bewilligten Forderungen aber erst dann werden, wenn die Tagelohnarbeit auch in der höchsten eingeführt, und diejenigen, die sich weigern, von den Gehilfen gesperrt werden. Für die gesperrten Gehilfen dürfen die Bildhauermeister keine Arbeit übernehmen. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die mit den Gehilfen auf dieser Basis verhandeln soll.

Der Referent Herr Weisphaal führte aus, daß er schon längst erwartet habe, daß die Gehilfen mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten würden. Daß die Forderungen aber so scharf ausfallen würden, wie geschehen, sei nicht erwartet worden. Eine völlig unqualifizierbare Forderung sei die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, zumal sie den Gehilfen keine Vorteile bringt und die Verkürzung der Arbeitszeit, die gegenwärtig ein Verhältnismäßig sehr kurze ist, auch aus anderen Umständen nicht rechtfertigt. Gingen sei der Minimallohn von 24 M., wenn damit gemeint sei, daß dieser Lohn an mittelmäßige Arbeiter gezahlt werden solle, anzuerkennen. Reineswegs aber dürfe der Lohn für minderwertige Arbeiter verlangt werden. Der zehnprozentige Lohnzuschlag, der gefordert wird, sei angesichts der momentan günstigen Konjunktur nicht zu hoch, nur dürfte auch hier die minderwertigen Arbeiter nicht mit einbezogen sein. Die Forderung von 50 Proz. für Ueberstunden sei zu hoch geschildert, besser sei es gewesen, die Gehilfen würden konsequenter handeln und die Ueberstundenarbeit überhaupt verweigern. Er plädiert schließlich für die Wahl einer Kommission, die in Verhandlung treten soll.

Aus der Diskussion ist nur bemerkenswert, daß ein Herr Pieper, mit wenig Gehalt allerdings, den Scharfmacher spielte. Er berichtete über die Gehilfenversammlungen und zwar in einer Weise, wie er es zu seinem Vorhaben für richtig hielt. Er habe hier und dort herumgehört, wie er sagte, und erfahren, daß es sich nur darum handle, die Kleinmeister zu vernichten, und daß die Arbeiter von den Jahren tyrannisiert werden. Nachdem dieser Herr die Versammelten, die den Gehilfen nicht abgeneigt schienen, in dieser Weise gaulisch zu machen versuchte und unter anderem auch anführte, daß ihm wegen sein Entsetzen für die Meister von Arbeitern aufgelauert werde, wurde es doch schließlich dem Vorsitzenden zu dünn und ermahnte, doch zur Sache zu sprechen, wodurch dem Geschwätz dieses Herrn ein Ende gemacht wurde. In recht sachlicher Weise und für die Gehilfen in recht günstigem Sinne erläuterte Herr Bildhauermeister Donath, der aus dem Herrn Pieper kurz aber ganz treffend entgegnete, die von den Gehilfen aufgestellten Forderungen. Alle übrigen Redner, auch der Obermeister der Tischlerinnung Herr Marschall, stellten sich ebenfalls nicht auf den streng ablegenden Standpunkt, sondern wünschten eine Verständigung mit den Gehilfen, besonders aber, daß zunächst die Fabriken ebenfalls zur Anerkennung der Forderungen gezwungen werden.

Die Dachdecker und Berufsgenossen hielten am Dienstagabend im „Englischen Garten“ eine Versammlung ab, um die

Verichterhaltung des Delegierten von der Gewerkschaftskommission entgegenzunehmen und Stellung zu nehmen zu dem in der Gewerkschaftskommission beantragten neuen Abstimmungsmodus. Der Delegierte Petri legte dar, in welcher Weise die Abstimmungen bisher vorgenommen worden sind, und begründete den neuen Vorschlag, wonach den größeren Gewerkschaften bei den Abstimmungen mehr Stimmen zugewiesen werden sollen, als bisher. Der Delegierte legte die Notwendigkeit dieses Verfahrens dar und schlug der Versammlung vor, sich mit dem neuen Abstimmungsmodus einverstanden zu erklären. Aus der Versammlung wurde gegen die neue Abstimmungsweise in der Gewerkschaftskommission Widerspruch erhoben, die eine Vergeßlichkeit der kleinen Gewerkschaften bedeute. Die weitere Beteiligung an der Gewerkschaftskommission habe überhaupt keinen Zweck, da die Dachdecker von der Kommission abhört, keine Vorteile gehabt hätten. Mehrfach wurde auch die Ansicht vertreten, daß eine Lokalanorganisation der Dachdecker vorteilhafter sein würde. Schließlich erhielt der folgende Antrag die Zustimmung der Versammlung: „Die Gewerkschaft behält ihren Delegierten bei der Gewerkschaftskommission vorläufig bei. Doch wird der Delegierte beauftragt, gegen jede Resolution zu stimmen, welche die kleinen Gewerkschaften schädigt.“

Verichtigung. Wir erhalten nachstehende Zuschrift: In Sachen Piemer, Bau Ansbacherstr. 24, ausführender Maurermeister Mathews, ist die in der Maurerverammlung vom Sonntag, den 10. d. M. aufgestellte Behauptung, ersterer hätte den Maurern die versprochene Zulage von zusammen 4,10 M. nicht gezahlt, unzutreffend. Ich erkläre die Summe von Herrn Piemer erhalten und auch den Maurern gezahlt zu haben. Die auf den Bau Gärwalbstraße verschickten Leute durch den Maurer Lohra, Augsburgstraße, Bolker F. Robert, Maurer G. Gerhard, Maurer P. Krienke.

### Vermishtes.

Ein entsetzliches Unglück hat sich in der Nähe von Kallisch zugetragen. In der Synagoge zu Leutschitz entstand durch das Zerfallen einer Lampe eine Panik, bei welcher 33 Frauen und Kinder totgedrückt wurden. Viele Personen wurden verwundet.

Aus Gbrst wird berichtet: Der Ansbacher Grundmann verlegte durch einen Revolverknall seine Stiefelsohle schwer und tödete sich hierauf selbst. Er hatte wegen eines Sittlichkeitsverbrechens eine Zuchthausstrafe verbüßt und beging die That jetzt aus Rache.

Der bekannte Spezialist für Halskrankheiten, Universitätsprofessor Karl Stork, ist gestern Abend in Wien gestorben.

Ein furchtbarer Cyclon hat auf den Vermudas-Inseln große Verheerungen angerichtet. Der Materialschaden wird auf zwölf Millionen Dollar geschätzt. Eine große Anzahl Personen ist getötet worden. Einzelheiten fehlen noch.

Marktpreise von Berlin am 13. September 1899

Ware	D. Str.	15.20	14.60	Ware	1 kg	1.60	1.10
Wrigen	14.80	13.80	Schweinefleisch	1 kg	1.00	1.10	
Wrigen	13.80	12.80	Lammfleisch	1 kg	1.00	1.10	
Wrigen	13.20	12.20	Schmalz	1 kg	2.00	2.00	
Wrigen	14.50	13.50	Butter	60 Stk	4.50	2.00	
Wrigen	13.80	12.80	Butter	1 kg	2.20	1.20	
Wrigen	4.00	3.50	Käse	1 kg	2.80	1.20	
Wrigen	6.20	3.70	Rindfleisch	1 kg	2.60	0.90	
Wrigen	4.00	2.50	Wurst	1 kg	2.20	1.20	
Wrigen	5.00	2.50	Wurst	1 kg	1.80	0.80	
Wrigen	7.00	3.00	Wurst	1 kg	2.50	1.20	
Wrigen	7.00	3.00	Wurst	1 kg	1.40	0.80	
Wrigen	1.00	1.20	Wurst	per Schaf	14.00	2.00	

\*) Gruntheit pro Tonne von der Centralhalle der Brau- und Weinwirtschaftskammern - Kollernstraße - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. \*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 14. Sept. 1899. Der Umsatz war wegen des fehlenden Festtags bedeutungslos. Die Tendenz war, soweit zu erkennen, etwas freier als gestern, was wohl lediglich auf die höheren Marktpreise an den Getreidebörsen Nordamerikas zurückzuführen ist. Weizen und Roggen waren nominal 25-50 Pf. höher gehalten. Hafer behauptete sein letztes Preisniveau. Maltz wurde so gut wie gar nicht gehandelt. — Am Spiritusmarkt konnte die etwas reichlicher offerierte Vorräte infolge überausgehender Nachfrage leicht unterkauft werden und 0,10 M. anziehen. Gehandelt 30 000 Liter 70er mit 48,40. Die erzielten Konsumtionen der Spiritus bleiben ohne Eindruck. Termine waren nach harter Verlangung an der gestrigen Nachbörse heute leicht erholt.

### Witterungsüberblick vom 14. September 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. h. über Meer	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 10 U. M.
Stettin	759.5	SW	2 bedekt	13	10
Danzig	760.0	SW	2 bedekt	11	10
Breslau	759.0	SW	2 bedekt	11	12
Frankfurt	761.0	SW	3 bedekt	14	12
München	761.0	SW	3 bedekt	11	12
Wien	758.0	SW	2 bedekt	10	9
Dresden	762.0	SW	2 bedekt	13	10
Hamburg	760.0	SW	2 bedekt	11	10
Berlin	760.0	SW	2 bedekt	11	12
Köln	761.0	SW	2 bedekt	14	12
Paris	764.0	SW	2 bedekt	11	9

Wetterprognose für Freitag, den 15. September 1899. Ein wenig wärmer, zeitweise trüber, vielfach wolfig bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Unserem Restaurateur Ernst Gröber zu seinem heutigen Gelegenheitsdreimal dänischem Hoch! 2500b Die Stammgäste von W. H. G.

**Dankagung.** Für die mir erwiesene Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben, unversehrten Sohnes August sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Frau Witwe Seate Stamm.

**Bekanntmachung.** Die Geschäftsstelle der Central-Verbands der Wasser- und Abwasser-Verwaltung, 5133 im Lokal von A. Vattorod. 2572b

**Möbel** Bürgerliche Wohnungen-Einrichtungen Grobes Lager. — Billige Preise. Langjährige Garantie. (2432\*)

**Wilh. Lambrecht, Altona**

**Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik** Gussknecht, Berlin. — Bettfedern 16, versandt gegen Nachnahme garantirt. Bettfedern 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber seiner Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, 15. September.  
Opernhaus. Die verkaufte Braut. Die Ariele. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Julius César. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lustspiel. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Das Erbe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die Ehre. Anf. 8 Uhr.  
Neues. Kroll. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichens. Der Schlafwagen - Conductor. Vorher: Zum Eintriedler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Die Reise nach China. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lusten. Romeo und Julia. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ostend. Um tausend Mark. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Heide nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Berlin lacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Velle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.  
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.  
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Viel Lärmen um nichts.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Viel Lärmen um nichts.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**

**Thalia-Theater.**  
Tel. Amt IVa 6440, Dresdenerstr. 72/73.  
Heute und folgende Tage:  
**Der Platzmajor.**  
Gesangsspiel in 3 Akten von Ren und Schönfeld. Musik von G. Wanda.  
Brachtwolle neue Ausstattung! In 2. Akt: Hr. Musikosop-Terzett. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung Konzert im Tummel.

**Friedrich-Wilhelmstheater**  
Chausseest. 25/26.  
Abends 8 Uhr: Zum 4. Male:  
**Die Heise nach der Teufelsinsel**  
Burdelle Abenteuer-Bosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von „...“  
Musik von Albert Fischer.  
In Scene gesetzt von Dir. Max Sankt.  
1. Bild: Auf zu Dreifind.  
2. Bild: Verbündete Mächte.  
3. Bild: Attentat und Verrat.  
4. Bild: Das belagerte Haus.  
5. Bild: Die Gerichtsverhandlung.  
6. Bild: Apotheose.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: **Der Glöckner von Notre-Dame.** Schauspiel in 6 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferency.  
**Die Geisha**  
oder: Eine japanische Ehehausgeschichte.  
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Edwin Jones.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen: **Der Bettelstudent.** Operette in 3 Akten von Willibrod.

**Ufend-Garl Weij-Theater.**  
Gr. Frankfurterstraße 139.  
Täglich:  
**Um tausend Mark.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorgangsbildes haben Gültigkeit.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen: **Die Grille.**

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57.  
Direktion: Richard Schulz.  
**Jane Piery,**  
**Alice Bonheur,**  
**Floury Raynaud-Trio,**  
**The 6 Dalnests,**  
**Berlin lacht!**  
und das sensationelle **Spezialitäten-Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Das Räuschen ist in sämtlichen Räumen gestattet.

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
**Der Sieg des Menschen über die Natur.**  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags 5-10 Uhr.  
**Passage-Panoptikum**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
**Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.**

**CASTANS PANOPTICUM DREYFUS-LABORI ESTERHAZY-MERCIER Ohm KRÜGER-Mc'KINLEY**  
und viele andere Neuheiten.  
Vorzügliche Damen-Kapelle.  
Lebende Photographien.

**Palast-Theater**  
früher **Foen-Palast, Burgstraße 22.**  
In den wunderbar renovierten **Riesen-Pracht-Räumen** abends 8 Uhr, 8 1/2 Uhr die mit großen Erfolg aufgenommene Berliner Ausstattung - Gesangsspiel **Spreet-Loffchen!**  
Erstmann . . . . . Rich. Winter.  
Herzen . . . . . Wlfr. Feddel.  
Spreet-Loffchen . . . . . Defene Bab.  
Stürmischer Beifall!  
Helena Voss und Wilhelm Fröbel als Tanz-Duetts (Pantom. etc.)  
Desu das phänomenale große **Spezialitäten-Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.  
Kasseneröffnung 1 Stunde vor Anfang.  
Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Säger**  
(Wiesel, Britton, Cicchi, Krone, Kirschner, Zambler und Schrader).  
Zum Schlag, neu: **Stufes Pfingstfahrt.**  
Ensemble von Wiesel.  
**Tenor Böckmann**  
(Wachtel rediviva).  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Tageskasse 11-1 Uhr.  
Die Plätze zu den nummerierten Sitzen sind seit 8 Tage vorher zu haben!

**Apollo-Theater.**  
- Stürmischer Erfolg! -  
Abends 9 Uhr:  
**Frau Luna**  
Ferner:  
**Otto Reutter,**  
**Yumata Tiero,**  
**Paulette Darty**  
etc. etc. etc.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.

**Victoria-Brauerei**  
Zähofstraße 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
**Täglich**  
**Humoristische Solree der Norddeutschen Säger**  
(Führmann, Horst, Walde).  
Anf. Sonntag 7 Uhr.  
Sonntag 8 Uhr.  
Anfang 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf.  
Samstags 3-1 Uhr.  
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**CIRKUS BUSCH.**  
Sonnabend, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr:  
**! Grosse Gala-Premiere!**  
**Unsere Marine.**  
Grosses Ballett,  
geantzt von 120 Damen des Corps de Ballet.  
Auftreten der neu engagierten Schulreiterinnen  
Miss Lola Lee und Fräulein Martha Mohrke.  
**Ziethen aus dem Busch.**  
Quadrille in pompöser Ausstattung  
auf 12 Schulpferden.  
Die neu engagierten Reiterkünstler Mr. Charles Clarke, Miss Annie Clarke, Miss Darling.  
**Direktor Busch mit seinen neuesten Original-Meister-Dressuren.**  
Capitän Charles Webb mit seinen vorz. drossierten **Seehunden.**  
Der Billet-Verkauf findet im „Invalidendank“ und an der Cirkuskasse ab Freitag, den 15. September, von 10 Uhr vormittags ununterbrochen statt. Preise der Plätze:  
Logensitz 5,- M. Balkon 2,- M. 2. Platz 1,- M. Sperrsitz 3,- M. 1. Platz 1,50 M. Galerie 0,50 M.  
Sonntag, 17. September: **2 grosse Vorstellungen,** nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags hat jeder Erwachsene 1 Kind unter 10 Jahren frei; weitere Kinder zahlen halbe Preise. Nachmittags u. abends Auftreten des Capitän Webb mit seinen dress. **Seehunden.**

**Sanssouci Prater-Theater**  
Kottbuserstr. 4a.  
Täglich außer Sonnabends  
**Hoffmanns Norddeutsche Säger.**  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Anfang (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr.  
Anfang 50 u. 75 Pf.  
Donnerstag und Sonntag nach der Solree:  
**Tanz-Kränzchen.**

**Maehrs Theater**  
Oranienstr. 24.  
**Der Herzverführer.**  
Operette in 1 Akt v. Leopold Hls. Brothers Rungo. Frères Alexandr. Franziska Held. Else Messer. Trade Hergel. Gustav Eulenburg. Paul Frey etc.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.  
Vorzugsarten an Wochentagen gältig.

**Alcazar-Theater**  
Variété I. Ranges  
Dresdenerstr. 52-53. Annonstr. 42-43.  
**Auftreten von absolut erklärligen Spezialitäten**  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.  
Anfang:  
Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf.  
Die Direktion:  
Richard Winkler.

**R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“**  
Konzertgarten u. Prachtäle  
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieder.

**Victoria-Theater**  
C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711.  
Direkt.: V. Hausenwein u. C. Emmerich.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 7. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:  
Revität! Die weiße Henne. Revität!  
(La poule blanche).  
Baudeselle in 3 Akten von Dennequin und Mars. Deutsch v. Hotten-Böders.  
Musik v. H. Rogier. In Vorb. mit tenet. Erfolge über 500 mal gegeben.

**Anker Brikets**

**Feste Preise!**  
**Oscar Arnold**  
Hut-Engrosgechäft.  
Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz. (Kein Laden.)  
Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl:  
Herrenhüte, weich von Mk. 1,25-4,-  
do. steif von Mk. 2,00-4,-  
do. & Haarhüte von Mk. 1,00-7,-  
Cylinderhüte von Mk. 1,00-11,-  
Chapeaux claque von Mk. 2,00-12,-  
Kinderhüte von Mk. 1,00-2,-  
Centurmandenhüte von Mk. 1,25-2,-  
1/2 Velourhüte (Seidenpflüsch) Mk. 7,50  
Herren-Mützen von Mk. 0,25-2,50  
Kinder-Mützen von Mk. 0,20-2,50  
Pelz-Mützen von Mk. 1,50-3,-  
Pelz-Mützen von Mk. 1,50-3,-  
Pelz-Kragens von Mk. 1,25-10,-  
Pelz-Kragens u. Golliers v. Mk. 1,50-10,-  
Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
Bitte obige Firma zu beachten, da ich keine Zweiggeschäfte habe.

**W. Noacks Theater,**  
Brammenstraße 10.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Das Nachtlager in der Jungfernheide.**  
Bosse mit Gesang in 1 Akt von Robert Lindner. Musik von Richardis.  
**Berliner Leben.**  
Burdelle mit Gesang und Tanz in 1 Akt von B. Gerold. Musik von Schmidt.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**  
Himbeer-, Kirsch- etc.  
**Fruchtsäfte**  
garantiert rein, nur in ff. Raffinade eingedickt per Liter 1,10 M., alten Nordhäuser pro Liter 50 Pf. hochl. Stonsdorfer infl. Orig. (1/2 Liter) a 80 Pf., Halb und Halb, feinst. Silberhüte, pr. 1/2 Champagner-Nische infl. 90 Pf., süßen Ungarwein, Orig. (1/2 Liter) von 90 Pf. an, sowie samt Weine, Cognac, Rum u. Liqueure im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu Engrospreisen. Bestigle Bezugsquelle: **Jgnatz Sello, No. 110, Brunnenstr. No. 110** neben dem Strassenbahn-Depot.

**„Tip Top“**  
Cigarette, groß, qualitativ und sehr preiswert sollte jeder rauchen und nicht die teuren Detailpreise zahlen. 100 Stück 5 M. franco geg. Nachn.  
**Alfred Dörfler, Hamburg II.**  
**Anker-Brikets**  
sind zu haben bei  
**Friedr. Daniel & Co.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 29.

**Unterrichten Sie sich!**  
über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erfahrene Auskunfthierüber gleit die Broschüre:  
**Die Rechte und Pflichten des Mieters**  
von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Neudorferstraße 11.

**Unsinn ist Viel Geld**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**

Renommirtes Fabrikat. Baste Zuthaten.

Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalft, Spezialität . . . 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Besatz u. Knopfbesetzung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Weidlagen.  
Arbeitschuhe, rech. solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
Schaffstiefel, Reitstiefel.  
Damen-Zugstiefel 2,80, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Besatz u. Kappe, von 3,50 M. an.  
" Schnürschuhe . . . . . von 3,50 M. an.  
" Hausschuhe . . . . . von 3,00 M. an.  
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
Ballchuhe in den geschmackvollsten Weidlagen von 2,50 M. an.  
Größe Auswahl in Gummi-, Tarn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Weidlagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.  
Verkaufsstellen:  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W. Schillingstr. 12.  
Ziethen, Weißbühlengr. 14.  
Gannover, Ringstr. 7a.  
Hamburg, Steinstr. 18.  
Morgartenstr. 5.  
Bremen, Paulenstr. 75.  
Düsseldorf, Schadowstr. 57.  
Köln a. Rh., Eigelstein 68.  
Frankfurt a. M., Viehmarktstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Marktstr. 53.  
Dresden, Sandbergstr. 7.  
Duisburg, 22.  
Amalienstr. 28.

**Sophastoffe**  
Sand- u. Reife  
in Nips, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelins und Plüsch (Spot-Billa).  
Proben franco!  
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

**Chronische Kranke**  
aller Art, Refrakteszenten, Erholungsbedürftige, Personenleiden etc. beleben sich einen Prospekt des Sanatoriums **Naturheilanstalt Drahtentopf Eberwalde** senden zu lassen. Derselbe wird gratis und franco zugefleht. Bezugspreise, herrliche Lage, herrliche Leitung. Das ganze Jahr geöffnet.  
**Die Direktion.**  
G. Remole.

Ich wohne jetzt:  
**Königgrätzerstr. 27 I**  
Sprechst. 9-1, 4-7. (24992\*)  
**Dr. med. Schaper,**  
homöop. Arzt und Special-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Poliklinik: Friedrichstr. 114 I.



Der Ausstand der Bergarbeiter im Plauenschen Grunde.

Aus dem Plauenschen Grunde wird uns geschrieben:

Am Freitag voriger Woche sind die sonst so ruhigen und zurückhaltenden, um nicht zu sagen furchtsamen, Bergarbeiter des Plauenschen Grundes in den Streik getreten. Der Streik wurde in einer den Abend zuvor in Pottschappel abgehaltenen Versammlung, welche, trotzdem sämtliche Tische aus dem Saale entfernt wurden, überfüllt war, beschloffen. Am Freitag traten gegen 1000 Bergarbeiter in den Streik und jetzt ist die Zahl auf über 1500 gestiegen. Auf dem Burgler Werk liegen zwei Schächte ganz still, und nur auf einem Schacht, wo alle die Arbeitswilligen zusammengelegt worden sind, findet ein halber Betrieb statt. Dabei sei noch erwähnt, daß, wie man erfährt, nicht die bis jetzt befahrenen Orte belegt sind, sondern, um recht viel zu fördern, hat man den Hauptstrecken entlangörter angelegt.

Auf dieses unregelmäßige Abbauen wollen wir weiter nicht eingehen, bemerken wollen wir nur, daß man bei derartigen Abbaumethoden nicht weit kommen dürfte. Im Vergammsmund nennt man einen derartigen Abbau „Raubbau“. Auf dem löstlichen Werk sind zwar die Schächte noch alle in Betrieb, aber in so geringem Umfange, daß der Bedarf der Gießstahlfabrik in Döhlen kaum gedeckt werden kann, und wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich dieselbe schon nach einer anderen Quelle umgesehen.

Die Ursache des Streiks ist in der schroffen Behandlung der Bergarbeiter auf dem Burgler Werk zu suchen. Hierzu sei folgendes bemerkt: Die Förderleute auf diesem Werke hatten schon längst um Erhöhung ihres Lohnes, welcher sich in der Höhe von ungefähr 2,00 bis höchstens 3,10 M. bewegte, gebeten. Immer waren sie aber mit schönen Worten hingehalten worden. Vor ungefähr sechs Wochen war aber die Geduld zu Ende, der größte Teil der Förderleute legte die Arbeit nieder. Von der Direktion wurde denselben nun versprochen, ihre Forderungen zu bewilligen, sie sollten nur ruhig wieder anfahren, und über die Arbeitsniederlegung solle man ein Auge zudrücken, d. h. man wollte Maßregelungen bezügl. Bestrafungen dieserhalb nicht vornehmen. Daraufhin fuhren die Förderleute den andern Tag wieder ein, so daß der ganze Streik nur einen Tag gedauert hat.

Nachdem traten nun die hiesigen Bergarbeiter in eine allgemeine Lohnbewegung ein. In einer am 6. August abgehaltenen stark besuchten Versammlung wurden folgende Forderungen formuliert:

- 1. Für Häuer und diesen gleichstehende Arbeiter pro achtstündige Schichtzeit 4,40 M. bis 4,60 M.
- 2. Für Lehrhäuer und diesen gleichstehende Arbeiter 4,10 M. bis 4,30 M.
- 3. Für Förderleute und die gleichstehende Arbeiter 3,50 M. bis 3,80 M. (Küchler sind als Grubenarbeiter zu betrachten und soll für diese achtstündige Schichtzeit gelten.)
- 4. Für Tage-Arbeiter ein Prozentsatiger Lohnzuschlag.

Weiter stellte die Versammlung noch folgende Forderungen auf:

- 1. Einführung von Mannschafts- (Beauve-) Bädern.
- 2. Befreiung aller Lieber- und Sonntagsarbeiten, außer bei notwendigen Arbeiten, wo es sich um die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter handelt, oder um die Gefährdung des Grubenbaues.
- 3. Achtstündige Lohnzahlung. Wenn es bei den viertägigen Arbeitsmitteln bleiben soll, so soll mindestens alle acht Tage und zwar Freitags, ein entsprechender Abschlagslohn gezahlt werden.

Diese wurden an die Direktionen mit der Bitte um sofortige gefällige Rücksichtigung eingebracht. Aber wie gewöhnlich in diesen Fällen, so auch hier, eine Rückantwort kam nicht. Das machte schon Erbitterung unter den Arbeitern. Am 13. August fand wieder Versammlung statt. Diese war noch stärker besucht, als die vorhergehende. Hier wurde beschlossen, durch eine Kommission bei den Direktionen vorstellig zu werden, um über die Forderungen zu verhandeln. Aber auch dieses war resultatlos. Auf dem Burgler Werk verhandelte man überhaupt nicht mit der Kommission und auf dem löstlichen Werk sollte sich dieselbe 4 bis 6 Wochen gedulden, bis der Herr Direktor wieder vom Urlaub zurückkäme (dieselbe war gerade als ein Kommissionsmitglied bei ihm anfragte, ob und wann er die Kommission empfangen wolle, im Begriff abzureisen). Also weil der Direktor auf Urlaub ging, mußten die Arbeiter warten.

Diese Behandlung trieb aber die Erregung und Erbitterung aufs Höchste. Hätte man die Arbeiter empfangen und nur die Forderungen abgewiesen, die Erbitterung wäre nicht so stark gewesen. Aber noch wäre es nicht zum Äußersten gekommen, noch wäre der Streik demütigt worden, denn dazu wollte man es nicht kommen lassen, da schlug man auf dem Burgler Werk ein Verfahren ein, das die Arbeiter aufs Äußerste erbitterte. Es regnete Strofen und Maßregelungen, wofür man hauptsächlich die Gründe mit der Laterne suchen mußte. Damit glaubte man die Arbeiter einzuschüchtern und die Bewegung niederzudrücken. Das Mittel, welches bei den hiesigen Bergarbeitern immer gut angefallen hatte, es verjagte diesmal, ja es zeitigte gerade das Gegenteil des erwarteten Erfolgs: Die Bergarbeiter beschloffen, sich das nicht gefallen zu lassen und lieber die Arbeit niederzulegen, was auch geschah.

Wie man gegen die Arbeiter vorgeht, davon nur ein paar Beispiele. Nachdem die Kommission in Burgl abgewiesen war, wurde auf den Schächten eine Bekanntmachung angehängt, in welcher die Löhne neu geregelt, aber durchaus nicht gebessert waren. Gleich darauf erschien der Oberinspektor Schenk beim Berlesen auf den einzelnen Schächten und hielt eine Rede, in welcher er unmißlich betonte, daß niemand sich unterstellen sollte, öffentlich, in der Presse oder in Versammlungen den Anschlag und überhaupt die Verhältnisse zu kritisieren, er würde den Betreffenden schon rausbekommen und dann — nio. Und dann forderte er auf, wer etwas einzuwenden habe, solle es gleich thun. Der Häuer Franke auf dem Marialtschacht that das auch, aber jedenfalls ist es nicht in einer den Herren Beamten genehmen Weise gewesen, beim der Schluß die sofortige Kündigung. Der Häuer Köhler auf dem Segen-Gottes-Schacht war ebenfalls nicht damit einverstanden, was er ebenfalls infolge Aufforderung hierzu äußerte; dieser wurde nach Burgl vor die Direktion bestellt, was ihm hier geschähen, wissen wir nicht, eine Belobigung wird er aber jedenfalls nicht erhalten haben. Der Häuer Mühlstedt wurde ebenfalls nach seiner Meinung über den Anschlag gefragt, dieser verteidigte eine Kündigung hierauf und verwies auf die gewählte Kommission, diese würde im Auftrag der Gesellschaft Antwort geben, man solle nur mit ihr verhandeln. Als nach zweimaliger Frage M. seine Meinung nicht sagte, erfolgte die Kündigung. Der Bergmann Silbermann wurde mit drei Schichtlöhnen (9,60 M.) bestraft, weil er gelogen haben sollte. Die Lüge sollte darin bestehen, daß er an den Besitzer dieses Werkes, den Baron v. Burgl, wegen Unterhandlung mit der Kommission geschrieben hätte: Die Direktion wolle mit der Kommission nicht verhandeln. Das sollte nicht wahr sein, das wolle jetzt die Direktion nicht gesagt haben, deshalb die Strafe, nio.

Das alles hatten aber die Bergarbeiter noch ertragen, ohne zum Streik zu greifen. Da bestrafte man noch die 119 Förderleute, die vor 6 Wochen 1—2 Tage gestreikt hatten, wegen Wegbleibens von der Arbeit ohne Urlaub mit je 4 M. Das schlug dem Haß den Boden aus. Die Förderleute hatten fast alle Urlaub gemeldet, als sie von der Arbeit wegblieben, und das ist von den Beamten stillschweigend angenommen worden, ohne ein Wort dagegen zu sagen. Auch hatte man ihnen doch gesagt, daß man ein Auge zudrücken wolle, und nun doch die Strafe! Als auf Vorstellung die Strafe nicht anders zurück-

genommen werden sollte, als durch ein Wittgesch, legten am 6. d. M. die Förderleute die Arbeit nieder und am 7. fand die eingangs schon erwähnte Massenversammlung statt, in welcher sich die anderen Arbeiter des Burgler Werkes sowie auch die löstlichen Bergarbeiter nach Klarstellung der Sache solidarisch erklärten und am Freitag früh die Arbeit niederlegten.

Die Haltung der Streikenden ist eine gute. Da sieht man nur eine mutige und frische Kampfesstimmung und bis heute sind alle Schreckschüsse gegen die Arbeiter, um sie in Furcht zu bringen, wirkungslos abgeprallt. Gestern, Dienstag, hat wieder, trotz strömendem Regen, eine überfüllte Versammlung stattgefunden und auch hier hat man sich aufs neue das Versprechen gegeben, in dem ausgezwungenen Kampfe auszuhalten bis zum Äußersten. Das Verhalten der Arbeiter in diesen Versammlungen ist ein musterhaftes und auch außerhalb der Versammlungen; obwohl in die Schächte herum eine ganze Masse Gendarmen stationiert sind, ist noch nichts vorgekommen. Unter diesen Umständen ist ihnen der Sieg sicher, wenn die Arbeiter Deutschlands sie nicht im Stiche lassen.

Sociales.

Öffentliche Gesundheitspflege. In Nürnberg tagt zur Zeit eine Generalversammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Professor Dr. Crismann aus Zürich hielt einen Vortrag über künstliche Beleuchtung von Innenräumen und stellte dafür folgende Forderungen auf:

- 1. Die auf jeden Arbeitsplatz fallende Lichtmenge sowie die Flächenhelligkeit der Arbeitsplätze muß hinreichend groß sein. Für größere Arbeiten auf gut reflektierenden Flächen genügen zehn Meterkerzen. Für feinere Arbeiten und bei ungünstigen Reflexionsbedingungen sind dagegen wenigstens 25—30 Meterkerzen erforderlich. Die Flächenhelligkeit ist durch photometrische Messungen auszuüben.
- 2. Die Lichtverdrümmung durch Produkte der vollkommenen oder unvollkommenen Verbrennung der Leuchtstoffe soll möglichst gering sein. Es muß hier möglichst Reinheit des Brennstoffmaterials verlangt werden.
- 3. Es darf durch die künstliche Beleuchtung keine wesentliche Temperatursteigerung im beleuchteten Räume stattfinden, das heißt die Heizwirkung der Lichtquellen soll möglichst gering sein.
- 4. Die dunkle Wärmestrahlung der Lichtquellen darf nicht belästigend sein. Die Belästigung kann durch größere Entfernung des Lichtkörpers von den im Räume anwesenden Personen vermindert werden. Als die beste Lichtquelle muß, unter übrigens gleichen Verhältnissen, diejenige betrachtet werden, bei welcher die auf einer Kerze Helligkeit kommende Wärmestrahlung am geringsten ist. Die Wärmestrahlung einer idealen Lichtquelle sollte verschwindend klein sein. Von diesem Standpunkt aus ist die Farbe des Lichts nicht ohne Bedeutung, da einem Licht, welches viel rote Strahlen führt, im allgemeinen eine hohe, ein Licht mit überwiegendem Grün und Blau dagegen eine kleine Wärmestrahlung entspricht.
- 5. Lichtquellen, die einen großen Glanz besitzen, bei denen also auf die Einheit der leuchtenden Fläche eine große Lichtmenge kommt, müssen dem Auge entzückt oder in entsprechender Weise abgeschwächt werden.
- 6. Ein Jucken der Lichtquellen — eine abwechselnde Zunahme und Abnahme der Lichtintensität — ist bei der Beleuchtung von Innenräumen zu vermeiden. Ein gleichmäßiges, ruhiges Licht ist überall zu fordern, aber namentlich da absolut notwendig, wo Arbeiten ausgeführt werden, welche das Auge längere Zeit oder in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen.
- 7. Die Gefahren — Vergiftung, Explosion, Feuergefahr, elektrischer Schlag — welcher den Konsumenten oder dem Publikum überhaupt durch Installationen oder Betrieb von Beleuchtungsrichtungen drohen könnten, sollen möglichst gering sein.
- 8. Nicht weniger wichtig und für gewisse Innenräume (namentlich Schulen) noch wichtiger als die Beschaffung einer möglichst großen Lichtquantität ist eine richtige Verteilung des Lichts und die Abschattung der Schattenbildung. Diese Aufgabe kann bei direkter Beleuchtung nur unter besonderen Umständen erfüllt werden (wenn jedem Schüler eine besondere, mit abblenden Lampenschirm versehenen Lichtquelle gegeben wird). Am einfachsten und sichersten wird der Zweck erreicht durch Anwendung des indirekten (diffusen) Lichts. Für Schulzimmer ist dies die einzig richtige und allen Anforderungen der Hygiene entsprechende Beleuchtungsart. Sie kann aber auch in Geschäftsräumen, Werkstätten und dergl. sehr gute Dienste leisten. Die lästige Wärmestrahlung der Lichtquellen wird durch die diffuse Beleuchtung vollkommen beseitigt, weil hierbei die Leuchtkörper hoch über den Köpfen der Anwesenden angebracht werden. Eine Kombination des direkten Lichts mit dem indirekten vermittelt durchschiebender Milchglasreflektoren ist da, wo die Bedingungen einer lästigen Schattenbildung gegeben sind (d. h. wo geschriebene, gezeichnete u. dergl.) nicht rätlich und sind undurchsichtige Metallreflektoren den Milchglasreflektoren vorzuziehen. Professor Dr. Crismann empfiehlt das Glühlicht, meinte aber, daß für große Säle das Bogenlicht besser sei.

An der Debatte über den Vortrag beteiligten sich eine ganze Anzahl Fachmänner, die meist mit dem Redner übereinstimmten. Sodann sprach Professor Dr. H. Heim aus Erlangen über das Bedürfnis größerer Sauberkeit im Kleinvertrieb von Nahrungsmitteln. Er legte seinen Vortrag folgende Leitsätze zu Grunde: 1. Die Unsauberkeit ist groß bei der Bereitung von Brot, bei der Gewinnung und beim Vertriebe von Milch, Fleisch, Wurstwaren, Bier und anderen Nahrungsmitteln und Genussmitteln, in vielen Verkaufsstellen, Bierhäusern und Sälen. 2. Die Folgen sind nicht bloß Unappetitlichkeiten, es kann selbst ernsten Gesundheitsbeschädigungen und der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten Voranschub geleistet werden. 3. Die Abhilfe ist weniger durch spezielle neue Gesetze zu erhoffen und zu erzielen, als vielmehr: a) durch Verordnungen betreffend die Bedingungen bei der Konzessionserteilung für einzelne Geschäftsbetriebe; b) durch Vernehmung der Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalten im Deutschen Reich, sowie des Personals der vorhandenen, wenn größere Distrikte bereit werden sollen; c) durch Erziehung und Gewöhnung des Volkes zu größerer Reinlichkeit, in den Schulen durch geeignete Belehrung, im öffentlichen Leben durch reichliche Versorgung der Städte und Ortschaften mit gutem Wasser, Befestigung der Abfallstoffe in geschloßener Weise und in zweckentsprechender Weise, Ermöglichung für den einzelnen, das Reinlichkeitsbedürfnis zu befriedigen, Errichtung von Volkssäubern. Professor Dr. Heim wieder darauf hin, welche Unsauberkeiten in Bäckereien, Fleischereien, Milch- und Käsehandlungen begangen werden. Er erinnerte an den bekannten Käseprozess Valentin in Berlin und bemerkte, daß in den meisten Läden, die Nahrungsmittel feil halten, die Sauberkeit vielfach alles zu wünschen übrig lasse. In allen derartigen Geschäften sollten Hunde und Katzen nicht gehalten werden. Am meisten tragen aber zur Unsauberkeit die Menschen selbst bei. Auf die meisten Lebensmittel-Verkaufsstellen sei das Wort Jürgens anzuwenden: „Ein feiner Laden sei noch lange kein reiner Laden.“ Die Unsauberkeit finde man auch in den Schlafstellen und ganz besonders in den Sälen. Es sei dringend notwendig, dem Küchenpersonal und dem großen Publikum die Notwendigkeit peinlichster Sauberkeit bei Zubereitung und dem Verkauf von Speisen zum Verständnis zu bringen und auf die großen gesundheitlichen Gefahren hinzuweisen, die durch Unsauberkeit entstehen können. Der Redner wies im weiteren auf die Gefahren hin, die durch Unsauberkeit in den Koffern entstehen können. Vielfach seien Epidemien durch Unsauberkeiten, ganz besonders aber durch schlechtes Wasser entstanden. Arg zu tadeln sei es, daß viele städtische Verwaltungen erst, nachdem die Stadt von Epidemien heimgekehrt und nachdem viel Jammer und Leid über die Stadt gekommen war, sich zur Beschaffung gesunden Trinkwassers entschlossen

haben. Jedenfalls müsse gründlichster Wandel geschaffen werden. In der letzten Zeit habe das Spucken an öffentlichen Orten, in Straßenbahnen usw. ziemlich abgenommen, es sei zu hoffen, daß es in nicht allzu langer Zeit gänzlich werde, die Menschen von ihren üblen Gewohnheiten, die die Gesundheit ihrer Mitmenschen gefährden, abzubringen. Die Hauptfrage sei selbstverständlich die Belehrung. Viel könne der Arzt und der Lehrer thun. Die Gesundheitslehre sollte in jedem Lehrplan einen breiten Raum einnehmen. Ganz besonders seien hierüber die Mädchenschulen, die Koch- und Haushaltungsschulen ins Auge zu fassen. Auch müsse dafür geachtet werden, daß in den Schulbüchern die größte Sauberkeit herrsche. Ferner sei es notwendig, für Errichtung möglichst zahlreicher Volkssäuberer an allen Orten zu wirken. Der Redner wies im weiteren auf die vorzüglichen Ergebnisse hin, die die Lebensmittel-Untersuchungsbeamten in Bayern bei ihren Inspektionsreisen durch Belehrung usw. erreicht haben, und fährt alsdann fort: Es ist kein Zweifel, daß dasjenige Volk, in dem eine gute Gesundheitspflege durchgeführt ist, auch auf eine höhere Stufe der Wohlhabenheit gelangen wird. Weiterer sagt: Gesundheitslehre ist Volkswirtschaftslehre. Diese muß daher in erster Reihe im Volke gepflegt werden.

In der Debatte, die sich in den Tagen des Vortrages bewegte, ereignete sich ein kleiner, aber charakteristischer Zwischenfall. Dr. Crismann, der schweizerische Professor, empfahl, dahin zu wirken, daß die Konsumvereine betreffs Güte und Sauberhaltung der Waren und Lagerräume, wie das bereits vielfach der Fall sei, den Privathändlern von Lebensmitteln mit gutem Beispiel vorangehen. Letztere werden alsdann schon aus Gründen der Konkurrenz dies Beispiel nachahmen. Arbeiterssekretär Dr. Adolph Braun (Nürnberg) pflichtete dem Vorredner bei. Herr Stadtrat Fund (Magdeburg) verlangte Beweise dafür, daß die Konsumvereine sich gegen die Privathändler durch Sauberkeit, Güte der Waren usw. auszeichnen. Er halte es für einen Fehler, in dieser Versammlung Ratschläge zu erteilen, die keineswegs auf gesundheitlichem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Man sollte sich hüten, in dieser Versammlung wirtschaftspolitische Fragen in die Debatte zu ziehen. Professor Dr. Heim (Erlangen) pflichtete ihm bei.

Und doch ist es eine Thatsache, daß sich wenigstens viele Konsumvereine durch musterhafte Sauberkeit auszeichnen, besonders in den von ihnen eingerichteten Wägereibetrieben, wie denn überhaupt die wirtschaftliche Seite der Frage nicht hätte außer acht bleiben dürfen. Denn wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß auch in größeren Geschäften Unreinlichkeit genug herrscht und daß andererseits auch in kleinen Geschäften manche Unsauberkeit durch guten Willen und Reinlichkeitsbedürfnis der Geschäftsinhaber beseitigt werden könnte, so sind doch unzweifelhaft ein großer Teil der bestehenden Uebelstände namentlich in der Lebensmittelbereitung eine Folge der rückständigen Betriebsformen. — Beschlüsse wurden von der Versammlung nicht gefaßt.

Nürnberg, 14. Septbr. (B. L. V.) Die Generalversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigte sich heute mit der Frage der Schulärzte. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der Anstellung von Schulärzten in allen Schulen, auch den Dorfschulen, sowie Einrichtung von Lehrkursen für Schulhygiene an den Universitäten und Seminaren. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Hort mit den Dachwohnungen! In der Stadt Zürich ist im Jahre 1898, gestützt auf das Baugesetz, die Räumung von 169 Dachwohnungen angeordnet worden. Die dagegen erhobenen zahlreichen Reklamen wurden ausnahmslos abgewiesen. 75 rentierte Hausbesitzer wurden verurteilt, 53 gestützt und 6 weitere zur Bestrafung angezeigt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

Gutenbrunne. Bitte wiederholen Sie Ihre Frage. W. G. 38. Uebermüdung bezw. krankhafte Anschwellung eines Organs oder eines Teiles derselben.

G. N. 12. Es besteht darin sehr große Unterschiede. Reize Sie das weitere in einem geographischen Wert nach. — Fragestellung unklar. Freimarkt steht Ihnen zur Verfügung.

Job. Keverich. Wenden Sie sich an die Redaktion der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Essen a. M.

R. 101. Nein: Sie können dann nur die Kosten beitreuen. War der Vergleich ein außergerichtlicher, so müßte auf Grund des Vergleichs Klage erhoben werden. Lag ein gerichtlicher Vergleich vor, so lassen Sie die Kosten durch das Gericht festsetzen. — W. M. 96. Nein.

G. P. 12. Ein Nicht-Rechtsbesitzer hat kein Recht auf Naturalisation. Der von Ihnen angeführte Umstand würde das Verbleiben der Behörde, den Betreffenden in den preussischen Staatsverband aufzunehmen, schwerlich zu seinen Gunsten stimmen. — S. W. 6. G. 11. Eine solche Entscheidung ausgehende Bestimmung besteht nicht. — W. C. 37. Die Rechtsanwaltsgebühren berechnen sich nicht nach der Anzahl der Termine. Sie werden vielmehr danach berechnet, ob eine Klage gestellt, ob verhandelt und ob Beweis erhoben ist. In eine Klage über ein Objekt von 60 bis 120 M. zu stellen, so beträgt die Anwaltsgebühr 4 M. Findet über die Klage eine Verhandlung statt, in der Kläger und Beklagter entgegenstehende Anträge stellen, so tritt noch eine Gebühr von 4 M. hinzu, gleichviel, ob ein oder zehn solcher Termine stattgefunden haben. Wird Beweis erhoben und dann nochmals plädiert, so treten noch 4 M. hinzu. Neben diesen Gebühren sind die Anwalts (Zustellungs-) Kosten, Schreibgebühren, Porto usw.) zu erstatten.

H. A. 100. Ihre Anfrage war unter N. 100 gestellt und ist unter dieser Nummer bereits im „Vorwärts“ vom 2. d. M. beantwortet.

Weiten 99. 1. Wer bereits mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt, kann eine weitere abnehmen. 2. Ja. 3. Ja. 4. Kirchenbauern.

H. 15. Wird das Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren: nein, wird es später geboren: ja. — Zwei Wetteube 100. Nach Ansicht des Kammergerichts haben Sie sich getraut. — J. in W. 1. Drei Monate beträgt die Verjährungsfrist für eine Verletzung. 2. Der Betreffende muß wohl leben. 3. Die junge Frau erhält die Hälfte der Lebensrente zurück. Zugleich mit dem Antrag soll sie beantragen, den Herrn zum Rückleben auf seine Kosten zu verurteilen. In leben ist für die Zeit vom 1. Januar 1891 ab. — R. J. Wienerkr. 53. Vom 1. Januar 1900 ab braucht weder ein Fräulein noch ein Mann entweder vor oder nach dem 1. Januar 1900 die Genehmigung zur Heirat, wenn die heiratsfähige Person das 21. Jahr vollendet hat.

R. 100. Dasselbe: Vollbürtige Geschwister, auch richtige Geschwister genannt, sind Kinder, die von einerlei Vater und Mutter in rechtmäßiger Ehe erzeugt oder geboren oder durch solche Ehe legitimiert sind. Halbblütige Geschwister, auch Halb- oder Stiefgeschwister genannt, sind solche, die nur einen gemeinschaftlichen Vater oder eine gemeinschaftliche Mutter haben.

H. M. 31. Ein wechselseitiges Testament genügt — ein Formular dazu haben wir erst kürzlich wieder veröffentlicht — so erbt der überlebende Ehegatte die Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens (das Vermögen, welches einschließlich der Schulden am Todeslage beide Gatten zusammen aufweisen konnten), die andere Hälfte fällt an die Kinder oder, falls solche nicht vorhanden, an die Eltern und Geschwister des Verstorbenen. — R. A. 6. Mit vollendetem 21. Jahre, genau mit Mitternacht des Tages, in dem der Betreffende 21 Jahre alt wird, wird der Deutsche, ohne Unterschied des Geschlechts, volljährig. — H. B. Grenzkr. Ja, Nejerne. — 2. Pflanzkr. Leider können Sie lediglich auf Unterlassung der Strömung Klagen.

H. R. 24. Auch wenn Sie beneiden, daß jeder ein Epion und Lump ist, können Sie wegen dieser Bezeichnung mit 3 bis 600 M. oder 1 Tag bis zu einem Jahr bestraft werden. — Th. 36. Ja dem Abzug wäre der Kollektor berechtigt. — G. P. Cuvrhr. 24. Ja. — C. W. 61. Sie können eine Anfrage an das Landgericht richten. Diesem steht es frei, zu antworten. — W. P. 93. Durch Einbruch der Alten ist festgestellt, daß Sie nicht wegen Ihrer Schlafsuchtsqualität, sondern weil Sie Steuerzahler sind, in die Liste nicht aufgenommen waren. Eine Klage wäre deshalb ohne Erfolg. — Heuer. Das ist gleich. — S. J. 2. Personen, welche eine Unfallsrente beziehen, aber noch gegen Lohn beschäftigt sind, unterliegen an sich der Invaliditätsversicherung, sofern sie nicht etwa im Sinne des Altersversicherungs-Gesetzes erwerbsunfähig sind, also nicht mehr als ein Drittel des ordentlichen Tagelohns einfacher Arbeiter verdienen können. Sie können jedoch auf Ihren bei der unteren Vermögensbehörde (Vandrat oder Magistrat) zu stellenden Antrag von der Beitragsleistung befreit werden, wenn die Unfallrente den Mindestbeitrag der Invalidenrente erreicht.

